

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldplennig, monatlich 2,40 Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Ost- und Westpreußen, Ostpreußen, Litauen, Posen, Danzig 4,25 Goldmark, für das übrige Ausland 5,25 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Wolk und Reiz“ mit „Siedlung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Stimmwelt“ und Frauenbeilage „Frauentimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 27. Juni 1924

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Postkontos: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Postfach Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:

Die einseitige Anzeigenzeile 0,70 Goldmark, Reklamazeile 1.- Goldmark. „Kleine Anzeigen“ des Freitagabends Wort 0,20 Goldmark (schlief zwei Zeilenbreiten Wort), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellengesuche des Freitagabends Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 0,30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Polak geteilt durch 4,25.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Öffnet von 9 Uhr früh bis 8 Uhr nachm.

Die Ruhr-Amnestie.

Herriot läßt zunächst 60 000 Ausgewiesene zurückkehren.

Zusätzlich wird mitgeteilt:

Der französische Ministerpräsident hat die deutsche Reichsregierung amlich davon in Kenntnis gesetzt, daß seine in der französischen Kammer abgegebenen Erklärungen über die Freilassung der Gefangenen und die Wiedergelassung der Ausgewiesenen bereits durch entsprechende Weisungen an die französischen Befehlsbehörden in die Tat umgesetzt worden sind.

Wie die Meldungen aus den besetzten Gebieten bestätigen, sind diese Weisungen schon seit einigen Tagen in der Durchführung begriffen. Bisher ist schon für den französischen Befehlsabschnitt des allbesetzten Gebiets 7500 Familien, also etwa 30 000 Personen, die Rückkehrerlaubnis erteilt worden. Am 25. Juni hat die Rheinlandkommission die Aufhebung weiterer Ausweisungen aus dem allbesetzten Gebiet in etwa gleichem Umfang beschlossen, so daß im ganzen etwa 15 000 Familien bzw. 60 000 Personen die Rückkehr in ihre rheinische Heimat ermöglicht ist. Gleiche Maßnahmen sollen für das neubefreite Gebiet ergehen.

Sonach ist damit zu rechnen, daß in kürzester Frist dem größten Teil der Ausgewiesenen die Rückkehr ermöglicht und der Mehrzahl der Gefangenen aus der Zeit des Ruhrkampfes die Freiheit wiedergegeben wird. Früher sind bereits auch die deutschen Gefangenen aus St. Martin und anderen französischen Strafanstalten gemäß der Zusage der französischen Regierung in Gefängnisse des besetzten Gebiets zurückgeführt worden.

Änhere Wünsche in dieser, dem deutschen Volk und der deutschen Regierung so sehr am Herzen liegenden Angelegenheit sind durch die Initiative der Regierung des Herrn Herriot ihrer Verwirklichung einen erheblichen Schritt näher gebracht. Möge das Echo, das dieser, den französischen Verständigungswillen bekundende Entschluß in Deutschland sicherlich finden wird, mit dazu beitragen, daß auch die jetzt noch bestehenden Ausnahmen baldigst aufgehoben und damit baldigst sämtliche Gefangenen der Freiheit und damit der Heimat wiedergegeben werden.

Erklärung Herriots im Parlament.

Paris, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialistische Kammerfraktion hat am Donnerstagnachmittag eine Abordnung, bestehend aus den Abg. Aurioi, Blum, Routet und Renaudel zu Herriot entsandt, um diesem den Standpunkt der Partei zu dem am Nachmittage in der Kammer abzugebenden Regierungserklärung über die Ergebnisse der Besprechungen von Chequers und Brüßel zur Kenntnis zu bringen. Der Abg. Klotz, von dem die Initiative zu dieser Aussprache ausgegangen ist, hat sich ebenso wie der Senator Hubert im Senat nach einer mit Herriot getroffenen Vereinbarung darauf beschränkt, im Plenum der Regierung einige präzise Fragen zu stellen. Herriot hat darauf in beiden Häusern des Parlaments eine schriftlich niedergelegte Erklärung über das Ergebnis seiner Reise nach London und Brüßel abgegeben. Die Erklärung ist stark in Allgemeinheiten gehalten und vermeidet gefühllos auf Einzelheiten der Verhandlungen oder gar der gefassten Beschlüsse einzugehen. Allerdings hat sich Herriot vorbehalten, darüber in den beiden Parlamentsauschüssen für auswärtige Politik eingehende Mitteilungen zu machen. Die Verhandlungen von Chequers, heißt es in der Erklärung, hätten in erster Linie der Durchführung des Dawes-Plans gegolten, in dessen Ergebnisse die französische Regierung volles Vertrauen habe. Die Anspielung, Frankreich müsse darauf bestehen, daß seine

Forderungen an Deutschland kommerziellen Wert erhalten, bestätigt, was in den letzten Tagen über die französisch-belgische Forderung nach rascher Mobilisierung der deutschen Obligationen gemeldet worden ist. Ueber die militärische Befehung des Ruhrgebietes und ihre Aufgabe sei in Chequers nicht gesprochen worden. Frankreich und Belgien hätten in diesem Punkte also noch wie vor volle Verhandlungsfreiheit. Für den Fall neuer deutscher Verletzungen habe England die Verpflichtung übernommen, sich an die Seite Frankreichs und Belgiens zu stellen; dagegen würden die Maßnahmen, die in diesem Falle zu ergreifen wären, noch geprüft werden. Die Frage der militärischen Garantien in den von den Franzosen und Belgiern besetzten Gebieten werde den zuständigen Sachverständigen überwiesen werden. Damit Europa in Frieden leben könne, sei es notwendig, daß Deutschland entwa sfnnet werde. Verprechungen allein könnten nicht genügen. Die Bedeutung, die die Alliierten gerade dieser Frage beimessen, gehe aus der in Chequers abgefassten Note hervor, die die belgische Regierung radikallos gebilligt habe. Auch in den anderen Punkten seien die Verhandlungen in Brüßel nicht auf die geringsten Schwierigkeiten gestochen. Herriot teilte weiter mit, daß Komman Macdonald die Zustimmung gegeben habe, die Verhandlungen über die in der Alliierten Schlußreden so bald wie möglich aufzunehmen. Beide Regierungen seien dahin übereingekommen, daß von dem Augenblick an, da Deutschland seine aus dem Friedensvertrag resultierenden Verpflichtungen erfülle, der Zeitpunkt seines

Einfleht in den Völkerbund

nur noch von seiner eigenen Entschlieung abhängen werde. Herriot gab die Versicherung, daß er in den Verhandlungen keine endgültigen Abmachungen getroffen habe und auch auf der Londoner Konferenz die Rechte des französischen Parlaments gewahrt werden würden. Er schloß mit der Erklärung, daß Deutschland, wenn es seine Verpflichtungen loyal erfülle, in keiner Weise be-

unruhigt, ihm aber im entgegengesetzten Falle nichts erspart bleiben würde.

In Kammer und Senat haben sich beide Fragesteller von diesen Erklärungen für befriedigt erklärt und beide Häuser haben Herriots Erklärungen mit starkem Beifall quittiert.

Neue Vizepräsidenten der Kammer.

Paris, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer hat am Donnerstag nachmittags die Ersatzwahlen für die drei durch den Eintritt ihrer bisherigen Inhaber in das Ministerium freigewordenen Vizepräsidentenposten vorgenommen. Da die Rechte auf die Auffstellung von Gegenkandidaten verzichtet hatte, wurden die Kandidaten des Kartells der Linken, der Sozialist Bouffon, der Radikalsozialist Bouffou und das Mitglied der Radikalen Linken Bouffour-Laffont im ersten Wahlgang gewählt.

Die Generalinspektion.

Zustimmung der Reichsregierung.

Am Sonnabend, spätestens am Sonntag, wird die Reichsregierung die letzte Note der Alliierten über die Militärkontrollen in positivem Sinne beantworten. Die deutschen Botschafter in London und Paris haben dringend zur Annahme der von den alliierten Regierungen geplanten Generalinspektion gemahnt. Wenn trotzdem die Deutschnationalen sich heute wieder als die wirklich „nationalen“ Kreise Deutschlands hinstellen und ohne Rücksicht auf die politische Lage Ablehnung der Generalinspektion fordern, dann zeigt diese Haltung, wie skrupellos die Rechte mit den Interessen des deutschen Volkes umgeht. Der deutsche Vertreter in London ist ebensowenig Sozialdemokrat wie der Botschafter v. Hoersch in Paris. Wenn er und sein Kollege in London trotzdem für sofortige Annahme der Generalinspektion eintreten, so dürften hierfür ernsthaft politische Gründe maßgebend sein. Diese Gründe sind es auch, die schließlich die Reichsregierung veranlassen haben, die voraussichtlich letzte Generalinspektion anzunehmen. Andernfalls dürfte eine Entwicklung der außenpolitischen Lage zugunsten Deutschlands nicht nur gefährdet, sondern auf absehbare Zeit überhaupt ausgeschlossen sein. Das wollen die Deutschnationalen — deshalb ihr Protest gegen die Annahme der Generalinspektion und ihr Versuch, in der Besprechung, die sie vom Reichstanzler gefordert und die ihnen für Freitag zugesagt ist, ihr Letztes zu tun, um eine positive Antwort auf die letzte Militärkontrollnote zu verhindern. Dieser Versuch scheitert hoffentlich in einer Form, die der Öffentlichkeit bekanntgegeben wird und der Welt erneut zeigt, daß die Reichsregierung nicht geneigt ist, der Politik unserer Kriegsheher auch nur im geringsten Folge zu geben.

Neue Bürgerkriegshehe.

Augen an, Republikaner!

Eine Sakal Korrespondenz verbreitet folgende Meldung: Die Vereinigten Vaterländischen Verbände haben zum 30. Juni d. J. die Führer aller Vaterländischen Verbände aus dem ganzen Reich zu einer Vertreterversammlung einberufen. Gegenstand der Verhandlung ist, wie das Thema des Berichterstatters, Abgeord. Geisler, besagt, das landesverräterische Zusammenspiel der Vintsparteien in Deutschland mit dem feindlichen Ausland, wobei zur Bemäntelung eigener deutschfeindlicher Pläne, die gegen den roten Terror entstandenen W.W. verdächtigt werden, zum Kriege zu hehen und zu rüsten. Ferner sollen die heberhaft betriebenen kommunistischen Revolutionsoorbereitungen, sowie Selbsthilfemaßnahmen zur Befestigung der unnatürlichen Kreditnot der deutschen Wirtschaft behandelt werden.

Die Tonart ist bekannt. Als die Ruhrpolitik des Kabinetts Cuno zusammengebrochen war, schrien die Vaterländischen, Stahlhelme, Nationalsozialisten und wie die erlauchte Corona der Hochverräter heißen mag, gleichfalls nach „wirtschaftlicher“ Selbsthilfe. Auch damals erging man sich in heßerischen Verleumdungen gegen die Vintsparteien. Auch damals unterstützte die deutschnationale Partei das hochverräterische Treiben durch ähnliche Aktionen wie die famose Erklärung in der Kontrollfrage und die „Deutsche Zeitung“ „warnte“ vor der Volkswut.

Die Folge im Herbst vorigen Jahres waren der Rüstinger Putz, der Aufmarsch Ehrhardts an der Thüringer Grenze, Ludendorffs Novemberputsch und die Kullisschiebungen des Justizrats Claf.

Die Regierung wird alle Energie darauf verwenden müssen, um zu verhindern, daß es heute wieder so weit kommt wie damals. Die warnenden Anzeichen mehren sich! Jedenfalls kann man den Republikanern nur zurufen: Augen auf!

Beamtenfragen im Reichstag.

Befolgung und Abbaugesch.

Von Willy Steinkopf.

Ueber die Art und Weise noch ein Wort zu verlieren, in der die Regierung die ihr für die parlamentslose Zeit erteilte Ermächtigung zur selbständigen Regelung mißbraucht hat, ist zwecklos. Sie hat, wie bekannt, nicht nur die Entziehung der gesamten mittleren und unteren Beamten, sondern auch den Widerspruch sämtlicher Parteien des Reichstags hervorgerufen. Der Reichstag hat infolgedessen noch nie so viel Beamtenanträge erlebt, wie in diesem Augenblick. Man konnte auf den Ausgang gespannt sein.

Was ist nun herausgekommen? Der kreischende Berg hat ein Mäuslein geboren: Die Regierung wird die ihr abgequetschten 7 1/2 Millionen Mark auf die Grundgehälter der Gruppen I bis VI verteilen. Der einzelne wird dabei teils nichts, teils eine monatliche Zulage von etwa eine bis sieben Mark erhalten. Von vornherein muß dazu gesagt werden, daß das Endergebnis ungenügend ist und die Sozialdemokratie ihm zu keiner Zeit zugestimmt hat.

Ueber das Zustandekommen dieses Ergebnisses läßt sich folgendes sagen. Die Sozialdemokraten hatten während der ersten kurzen Tagung des Reichstages die schleunige Ueberweisung aller Befolgungsanträge an den Hauptausschuß beantragt, damit dieser die Angelegenheit in Ruhe erledigen könne. Diesem Vorschlag widersprachen sämtliche anderen Parteien, mit Ausnahme der Deutschnationalen, mit dem Hinweis, daß die Anträge erst in der am 25. Juni möglichen Debatte im Plenum besprochen werden müßten. Wenn trotzdem der Hauptausschuß am 20. in die Behandlung der Materie eingetreten ist, so geschah dies auf Drängen der Sozialdemokraten. Die im Plenum gestellten Anträge kamen hierbei aber nicht zur Sprache, weil sie dem Haushaltsausschuß nicht vorschriftsmäßig überwiesen worden waren.

Die Beratungen im Hauptausschuß gingen deshalb von der Grundlage aus, daß dem Reichsfinanzminister auf Grund der Ermächtigung noch nach wie vor das Recht zur selbständigen Regelung der Beamtenbezüge zustehe. Es handelte sich also nur darum, eine Meinungsäußerung der Parteien herbeizuführen, ob die letzte Befolgungserhöhung ihren Ansichten entspricht oder was noch zu veranlassen ist.

Die Sozialdemokraten stellten sich von vornherein auf den Standpunkt, daß die von der Regierung inzwischen angebotene Erhöhung der Sozialzulagen vollständig ungenügend sei. Diesen Standpunkt behielten sie auch bei, als die Regierung im Einverständnis mit den Regierungsparteien eine minimale Erhöhung der Grundgehälter der Gruppen I bis VI und daneben die Erhöhung der Kinderzulage für Kinder bis zu 6 Jahren um 2 M. monatlich anbot. Sie verlangten, daß die Grundgehälter so aufgebessert würden, daß tatsächlich eine Erleichterung der wirtschaftlichen Lage der beteiligten Beamten und eine Reparation der auseinandergerissenen Befolgungskala eintrete. Dies war jedoch trotz aller Bemühungen nicht zu erreichen. Die Regierung erklärte, über den sich aus ihrem Vorschlag — Erhöhung der Grundgehälter der Gruppen I bis VI um 1 bis 6 M. monatlich und die eben erwähnte Erhöhung des Kinderzuschlags — ergebenden Betrag von 7 1/2 Millionen Mark jährlich nicht hinausgehen zu können.

Diesem Vorschlag stimmten schließlich die Regierungsparteien zu, wünschten aber, daß die Gesamtsumme der Bewilligung auf die Grundgehälter gelegt werde; die Sozialzulagen diesmal aber unberücksichtigt bleiben. Sie stellten einen Antrag, der dies grundsätzlich und ohne eine Summe für die Erhöhung festzusetzen verlangte. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme. Es konnte auch nicht anders sein, weil selbstverständlich nur die Grundgehälter der unteren Gruppen berücksichtigt werden konnten, wenn es nicht gelang, der Regierung die Ermächtigung zu entziehen, und diese nur einen verhältnismäßig geringen Betrag zur Ausschüttung brachte.

Die Deutschnationalen, die gern bereit gewesen wären, dem Antrag der Regierung zuzustimmen, sofern diese nur noch die Frauenzulage um eine Kleinigkeit erhöhte, stellten nun den ebenfalls allgemeinen Antrag, außerdem die Sozialzulagen zu erhöhen. Da dieser Antrag weder einen Zeitpunkt der Erhöhung nannte, noch den Betrag der verlangten Erhöhung aussprach, also ganz allgemein gehalten war, und die Sozialdemokraten für eine angemessene Erhöhung der Sozialzulagen neben dem Grundgehalt immer eingetreten sind, stimmten sie ebenso wie die Kommunisten auch für diesen Antrag, der so gegen die Stimmen der Regierungsparteien und Nationalsozialisten angenommen wurde.

Im Plenum des Reichstags hat der sozialdemokratische Redner keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Partei so wohl die letzte unsoziale Befolgungsregelung als auch das, was die Regierung nun vorhat, ablehnt. Sie müsse unbedingt darauf bestehen, daß der Regierung die Ermächtigung entzogen und in eine ordnungsmäßige Beratung ihres vorliegenden Antrages eingetreten werde. Sie vertritt die Auffassung, daß es besser sei, die von der Regierung be-

abschlägt, durchaus ungenügende Aufbesserung zum Scheitern zu bringen, als daß der berechtigten Unwille der Beamten durch Zahlung lächerlich kleiner Zulagen ins Maßlose gesteigert werde. Sie war dabei der Überzeugung, daß die Beamtenschaft diese Haltung der Sozialdemokratie verstehen und billigen werde. Dies um so mehr, als die Regierung dazu angehalten werden sollte, fogleich einen Gesetzentwurf zur Neuordnung der Befoldung einzubringen, der beschleunigt hätte verabschiedet werden können.

In Verfolg dieser Ansicht erreichte die Sozialdemokratie, daß die Anträge, die sich auf die Entziehung der Ermächtigung beziehen, zuerst zur Behandlung kamen. An Stelle der Annahme aber fand sich bei der Abstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten nur eine Mehrheit für die Ueberweisung der Anträge an den Haushaltsausschuß.

Somit stand der Wunsch der bürgerlichen Mehrheit fest, daß die Regierung eine Erhöhung der Befoldung nur im Rahmen ihrer Ermächtigung vornehme. Der Reichstag hatte sich ausgesprochen. Bei dieser Sachlage blieb gar nichts anders übrig, als dafür einzutreten, daß das Wenige, das unter Billigung der Reichstagsmehrheit den Beamten gegeben werden sollte, den Grundgehältern der Gruppen I bis VI zugute kommt. Demersprechend stimmten die Sozialdemokraten dem in dieser Richtung gehenden Ausschußantrag zu. Die Kommunisten stimmten, trotzdem sie im Ausschuß dafür gestimmt hatten, dagegen und wollten somit der Regierung sogar in der Verteilung völlig freie Hand lassen. Ebenso wurde auch der zweite Ausschußantrag auf Erhöhung der Sozialzulagen, ohne hierfür Zeitpunkt und Summe zu bestimmen, gegen die Stimmen der Regierungsparteien und der Kommunisten angenommen. Auch hierbei nahmen die Kommunisten eine andere Haltung als im Ausschuß ein. Der dritte Ausschußantrag, alle zur Befoldung vorliegenden Anträge als erledigt anzusehen, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Der kommunistische Antrag, in einem Zusatz zum Ausschußantrag die Verteilung einer Summe von 800 Millionen zu verlangen, mußte abgelehnt werden, weil die Annahme eines Antrags von solcher Tragweite ohne Vorberatung im Haushaltsausschuß und ohne Erörterung der Deckungs- und Währungsfrage einfach unmöglich ist. Hingzu kommt, daß der kommunistische Antrag diese große Summe auch nur für die Erhöhung der Grundgehälter der Gruppen I bis VI zur Verfügung stellen wollte, was selbstverständlich bei den darüber liegenden Gruppen berechtigtes Widerspruch hervorgerufen hätte. Der andere kommunistische Zusatzantrag im Falle der Erhöhung der Sozialzulagen, diese nur für einen Teil der Beamten durchzuführen, mußte ebenfalls abgelehnt werden, weil die Sozialzulagen seit jeher als Kopfschlag, d. h. in einer einheitlichen für alle gleichen Summe, bewilligt worden ist.

Für das, was die Regierung jetzt tun wird, trägt sie und tragen jene Parteien die Verantwortung, die ihr die Ermächtigung weiter belassen haben. Daß die kommende Neuordnung eine Beruhigung der Beamtenschaft bringen wird, ist vollständig ausgeschlossen, deshalb muß dieser Frage nach wie vor vollste Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Anträge auf Entziehung der Ermächtigung liegen jetzt im Haushaltsausschuß. Es ist notwendig, daß sie schnellstens zur Beratung und Verabschiedung kommen. Wird dabei der Regierung, die Ermächtigung entzogen, muß der Reichstag sich dazu verstehen, hieran anknüpfend sofort eine grundsätzliche Neuordnung der Befoldung herbeizuführen. Daß dieser Augenblick nicht verpaßt wird, dafür wird die Sozialdemokratie Sorge tragen.

Bezeichnend für die Regierungsparteien war auch ihr Verhalten in der Frage der Aussetzung des Personalabbaues. Die Sozialdemokratie war es, die in Unbetracht des kommenden neuen Abbaugesetzes beantragte, die weitere Durchführung der Personalabbauperordnung sofort und solange auszusetzen, bis der Gesetzentwurf über die zweite Men-

derung der Personalabbauperordnung vom Reichstag verabschiedet ist. Der Antrag ist angenommen worden. Aber diejenigen, die trotz ihrer von Beamtenfreundlichkeit triebenden Reden gegen den Antrag stimmten, waren die Parteien der bürgerlichen Mitte. Die besondere Zuneigung der Beamten werden sie sich damit nicht erworben haben.

Reichswehr und völkische Kundgebungen.

Nach einer Meldung des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes“ hat bei einem „Deutschen Tag“ des Jungdeutschen Ordens in Buxbach eine Reichswehrkapelle in Uniform mitgewirkt. Die Reichsregierung hat bekanntlich öffentlich gegen den Anflug der „Deutschen Tage“ Stellung genommen. In einer gemeinsamen Konferenz mit den Vertretern der Landesregierungen wurden ausdrücklich Kundgebungen wie die des Jungdeutschen Ordens in Buxbach als politische Demonstrationen gekennzeichnet. Der Buxbacher Fall ist nicht der einzige, in dem Teile der Reichswehr oder einzelne ihrer Angehörigen sehr auffällig ihre Vorliebe für völkische Organisationen gezeigt haben. Da die völkischen Organisationen — auch Jungdeutscher Orden, Stahlhelm usw. — Feinde der bestehenden Staatsordnung sind, muß verlangt werden, daß Extravaganzen einzelner Reichswehrmitglieder nicht gebuldet werden. Die Haltung der Schüler der Münchener Kriegsschule beim Hitler-Putsch hat gezeigt, wie gefährlich das ist.

Handgranaten im Reichstag.

Eine völkische Anregung an die Kommunisten. Im Münchener „Völkischen Kurier“ schreibt Hauptmann Tröbst:

Während die Rot von Stunde zu Stunde steigt, während ein Konturs, ein Zusammenbruch dem andern folgt, streiten sich die vom belogenen und betrogenen Volke gewählten Regierungsmänner im Reichstag in einer Art und Weise um Bagatelien und Nichtigkeiten, daß man den Kommunisten nicht gram sein kann, wenn sie den Wunsch in sich rege fühlen, einmal eine Handgranate in die Schär dieser aufgeblasenen Frösche zu werfen, um ihnen klarzumachen, daß es jetzt nicht an der Zeit ist, mit den Interessen der Nation Schindluder zu treiben.

Es ist begreiflich, daß der Herr Hauptmann die Handgranate nicht selber werfen will. Dazu hat ein Hauptmann ja seine Leute. Und „gram“ ist man den Kommunisten ja sowieso nicht. Im Gegenteil, das gelegentliche Entrüsten über bolschewistische Umsturzpläne wirkt nur widerlich, da man doch ein Herz und eine Seele ist. Sollte wirklich einmal etwas derartiges passieren, wie es der Hauptmann Tröbst wünscht, so wüßte man gleich nicht nur, wer die dummen Teufel sind, die es ausführen, sondern auch, wo die intellektuellen Urheber sitzen, denen es nützt.

Wirrwarr in Bayern.

Das Kabinett Geld wieder in Frage gestellt. München, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Lösung der bayerischen Regierungskrise, die durch die Präsidentschaftskandidatur Held als vollständig gesichert erschien, ist im letzten Augenblick von den Deutschnationalen ganz unerwartet vereitelt worden. Die Wendung der Deutschnationalen wurde hervorgerufen durch einen Artikel des führenden Blattes der Bayerischen Volkspartei in München, dem „Bayerischen Kurier“, der in seiner Donnerstag-Morgenausgabe einen außerordentlich scharfen Artikel gegen den deutschnationalen Justizminister Gärtnner veröffentlichte, der bekanntlich dem neuen Kabinett angehört, während Dr. Schweger als Innenminister in die Wäpfe geschickt werden soll. Gärtnner habe nach dem Hitler-Prozess eine Politik getrieben, die zu den allerhöchsten rechtlichen Bedenken Anlaß gab. Auf der anderen Seite sei Dr. Schweger der Vertreter der Anschauung, daß die revolutionären Bestrebungen der partei-

völkischen Bewegung eine entschiedene Abwehrstellung des Staates notwendig mache. Ein Kabinett mit Gärtnner als Justizminister trage von Anfang an den Keim innerer Zersetzung in sich.

Infolge dieser schweren Angriffe trat die deutschnationale Fraktion des Landtages noch am Vormittag zusammen und beschloß, das eben frisch geschlossene Koalitionsverhältnis mit der Bayerischen Volkspartei zu kündigen. Diese Kündigung wird in einem Schreiben an die Fraktion der Deutschen Volkspartei zum Ausdruck gebracht. Darin heißt es: Solange solche ungeheuren Quertreibereien aus dem Lager der Bayerischen Volkspartei gegen das Kabinett ihres eigenen Parteiobers in bündiger und unzweideutiger Form zum Ausdruck gebracht werden, ist die deutschnationale Fraktion nicht in der Lage, sich an der geplanten Koalition zu beteiligen. Ein Kabinett, das unter solchen Vorzeichen zustande kommt, trägt von Anfang an den Keim der inneren Zersetzung in sich.

Unter diesen verworrenen Verhältnissen kann natürlich die für Freitag geplante Wahl des Ministerpräsidenten nicht vorgenommen werden. Die Richtlinien des Koalitionsprogramms, auf das sich die drei Parteien geeinigt hatten und auf denen das Regierungsprogramm hätte aufgebaut werden sollen, enthält folgende Hauptpunkte: Der Kurs der bayerischen Politik ist national und rechts gerichtet. Die Pflege des nationalen Gedankens ist eng verknüpft mit dem Problem der vaterländischen Bewegung, das sich nur in engstem Zusammenhang mit der staatlichen Obrigkeit auswirkt. Die vaterländischen Verbände dürfen ihre Aufgaben nur in der engsten Verbindung mit der verfassungsmäßigen Regierung erfüllen. Bewaffnete Organisationen, die sich bei Gelegenheit illegale Rechte anmaßen, sind für ein geordnetes Staatswesen unerträglich. Der Staat allein hat die vollziehende Gewalt in Händen und jedes gewalttätige Eingreifen, woher es auch komme, insbesondere auch alle Bestrebungen nach gewaltsamer Änderung der Verfassung sind mit allen Mitteln zu bekämpfen. Die Rechtspflege muß frei von allen politischen Einflüssen gehandhabt werden, denn nur dadurch erhalte das Volk unbedingtes Vertrauen zur Justiz, ohne die auch in Bayern kein Staat bestehen kann. Das Verhältnis zwischen Bayern und dem Reich müsse endgültig in Ordnung gebracht werden im Sinne der bundesstaatlichen Bestimmung Bayerns im Rahmen Deutschlands. Dazu ist auch notwendig die baldige Erreichung der finanziellen Selbständigkeit Bayerns.

Es sind dann noch einige wichtige Programmpunkte, die die Regelung zwischen Kirche und Staat betreffen (Konkordat). Ferner Richtlinien zur strengsten Sparsamkeit im bayerischen Staatshaushalt unter Milderung des Steuerdruckes, wodurch insbesondere die Landwirtschaft in ihrer Existenz bedroht ist.

Eine Kampfansage des Völkischen Blocks.

München, 26. Juni. (Ill.) Der Pressedienst des Völkischen Blocks nimmt zur Ministerpräsidentenschaft Held mit der Bemerkung Stellung, daß in dem Ministerpräsidenten Held den Völkischen die „organisierte Reaktion“ als Regierungsprinzip gegenüberstehe. Die völkische Bewegung werde gut tun, sich auf einen harten Kampf gefaßt zu machen. Mit der Entschließung des Völkischen Blocks, daß die Völkischen jede die deutschen und bayerischen Belange preisgebende Regierung aufs schärfste bekämpfen, werde auch Herr Held zu rechnen haben, und er werde mit ihr schon bei der Benennung seiner Ministerkollegen rechnen müssen.

Der Vorkessent der Reichstagsberiet gestern übermorgens über die Dispositionen für Freitag und Sonnabend. Am Freitag um 12 Uhr stehen die Interpellationen wegen der landwirtschaftlichen Kreditnot, am Sonnabend um 10 Uhr die Interpellationen wegen der Notlage der Ausgewiesenen und wegen der Auswertungfrage auf der Tagesordnung. Es bleibt dabei, daß am Sonnabend der gegenwärtige Tagungsabschnitt abgeschlossen wird. Wann danach der Reichstag wieder zusammentritt, ist noch ungewiß.

Die Kommunistenverhaftungen in Bayern. Die im kommunistischen Fraktionszimmer des bayerischen Landtags verhafteten 7 Personen sind nach ihrer Vernehmung wieder freigelassen worden.

Vorbestraft.

Von Käthe Lucie Günther.

In einem Polizeibureau im Westen Berlins. Der Raum ist angefüllt mit wartenden Menschen. Vor mir stehen zwei ältere Herren. Die Frau, mit der sie ihre gestörte Unterhaltung führen — einige Worte, die an mein Ohr dringen — zeigen mir ihre Vertraulichkeit, ihre inneren Beziehungen zueinander.

Der Platz an der Balustrade wird frei. Der eine der Herren nimmt ihn ein. Reicht dem Beamten mehrere Abmeldeformulare. Der Beamte zieht einen Kasten aus dem Regal, seine Finger suchen — finden — und entdecken an einem der Formulare, die als Duplikate der Meldungen, ordnungsgemäß, auf den Polizeirevierern liegen — einen hinten angeklebten Zettel.

„Ist mir billigen seine Mienen. Er liest den Zettel angelegentlich.“

„Ich kenne diese Zettel — weiß, was sie befragen.“

„Ob auch der zurückgebliebene Herr ihre Bedeutung erkennt?“

„Er ist durch das Zögern des Beamten aufmerksam geworden — macht einen Schritt vor. Steht Seite an Seite mit dem Freund. Sein Blick konzentriert sich auf das Papier in des Beamten Hand.“

„Der ist mit seiner Unterhaltung fertig. Sein Auge hebt sich, fixiert den Ueberbringer der Meldungen. Angelegenlich.“

„Der Herr vor mir bemüht sich, die Hand zur Faust geballt, Haltung zu bewahren. Um seinen Mund zittert Angst. Die Lippen zittern unaufrichtig dieselben Worte.“

„Wiederum zwanzig Jahre steigt das zurück.“

„Wohlich springt er auf. Haltet hinaus. Auf der Straße lehnt er sich einen Moment an ein Gartengitter, dann eilt er weiter. Seine Augen suchen an den Häusern entlang — suchen in den Auslögen der Schaufenster. Wohlich scheint er sich zu erinnern. Seine Muskeln straffen sich — seine Haltung, seine Schritte werden zielbewußter.“

„Ich kann mich nicht entscheiden, ihn aus meinem Blick zu lassen. Instinktiv fühle ich, hier spielt sich eine Tragödie ab, in die ich vielleicht helfend eingreifen kann.“

„In direkter Distanz folge ich ihm.“

„Nachdem wir mehrere Straßen durchkreuzt haben, bleibt er vor einem Waffengeschäft stehen. Sucht mit uralten Fingern in seiner Brieftasche — geht in den Laden hinein. Ich muß lange warten, bis er wieder erscheint. Er trägt ein sorgfältig verschmürtes Päckchen, betrachtet es stundenlang, läßt es langsam in seine Tasche gleiten.“

„In seinem Gesicht arbeitet ein verzweifelter Entschluß. Und wie im Takt mit diesem Entschluß, festen Schrittes, biegt er in einen Weg ein, der nach dem Tiergarten führt.“

„Ich folge ihm weiter. Er ist so stark mit sich, mit seinem Erlebnis beschäftigt, daß ich es wagen darf, mich in seiner Nähe zu

halten. Eine einsam stehende Bank lockt. Er sinkt darauf nieder. Starret mit erloschenen Augen ins Leere.

„Ich mache einen kleinen Umweg um die Bank und sehe mich zu ihm.“

„Da trifft mich kein Bild. Abwesend — voll unmenndbarer Qual. Ich aber überwinde meine Scheu, mich in fremde Angelegenheiten zu mischen, und erkläre ihm in schlichten Worten, warum ich neben ihm sitze.“

„Er zuckt zusammen. Seine Augen sondieren mich. Lastend erst — dann bewußt. Ich achte seine innere Abwehr — durch die doch eine geheime Sehnsucht nach Aussprache zittert — und warte schweigend.“

„So sitzen wir lange Minuten.“

„Endlich spricht er:“

„Sie sagen, Sie haben mitterlebt, was mir soeben geschehen ist? Halten Sie diese Zettel für berechtigt?“

„Seine Augen bohren sich in mein Gesicht.“

„Wohlich sind sie notwendig, wenn es gilt, notorische oder gemeingefährliche Verbrecher im Auge zu behalten... In Ihrem Falle...“

„Er greift meine letzten Worte auf:“

„In meinem Falle liegt die Sache anders! Vierundzwanzig Jahre liegt jene Zeit zurück. Vierundzwanzig Jahre voll, jäh, unermüdlicher Arbeit sind darüber vergangen. Mein ältester Sohn war im Kriege flüchtig. Jetzt hat er sich, noch bestandenen Ingenieurexamen, eine Lebensstellung erworben — und will in wenigen Tagen heiraten!“

„Ein trodenes Schluchzen steigt in seine Kehle, hindert ihn am Weiterreden. Ich warte still. Er reißt sich zusammen:“

„Haben Sie meinen Begleiter gesehen? Er war der zukünftige Schwiegervater meines Sohnes!“

„Das ist furchtbar! Ich übersehe die ganze Tragweite dieses unglücklichen Zusammentreffens!“

„Und mein Sohn weiß nichts! Er — er...“

„Seine Stimme bricht.“

„Ich suche nach Worten — und verwerfe ein jedes, bevor ich es ausspreche.“

„Da schreit seine Stimme neben mir:“

„Hat der Beamte ein Recht, den Zettel so augenfällig — so angehängt eines wartenden Publikums zu studieren? Gibt es nicht eine Lösung der Vorstrafen nach einer bestimmten Frist?“

„Ja, die gibt es! Über — ich glaube, man muß diese Lösung beantragen!“

„Das ist es ja eben!“ Stößt er gequält hervor. „Beantragen!“

„— und damit einen ganzen Rationensatz von qualvollen Erinnerungen herausförmöhen. Die ganze, lang und schwer überwandene — und tausendfach gefühnte Schuld wieder ans Tageslicht zerren... Das habe ich am meisten gefürchtet! Dagegen habe ich mich gewehrt! Ich wollte vergessen! Warum dieser Antrag? Geshen nicht zehn oder, wie in meinem Falle, mehr als zwanzig Jahre unablösgen Lebens — um diese Lösung auch ohne Antrag vornehmen — um diese Zettel einzulegen zu können?“

„Die Erinnerung an jene Minuten im Polizeibureau jagt ihm das Blut hoch. Er verdirgt das Gesicht — stöhnt in sich hinein.“

„So sitzen wir wieder lange Minuten.“

Dann springt er auf. Sein Gesicht hat wieder jenen entschlossenen Ausdruck der Bergwirkung. Seine Hand gleitet suchend in die Rocktasche, zieht das verschmürte Päckchen hervor. Er denkt laut:

„Es gibt keinen anderen Ausweg!“

„Ich stehe neben ihm. Er schreut zusammen — macht einen Anlauf, um mir zu entfliehen. Meine Worte bannen ihn am Platz:“

„Doch — es gibt einen Ausweg! Sie müssen sich Ihrem Sohn offenbaren!“

„Das — das kann ich nicht!“

„Doch! Sie können es! Sie sind es ihm schuldig!“

„Er starrt mich an — starrt an mir vorbei — wandt zur Bank zurück. Sein Blick sammelt sich, geht nach innen.“

„Ich löse ihn nicht. Ich sehe den Kampf — den schweren Kampf des Vaters.“

„Dämmerung legt sich über den Weg — legt sich über die Bank, auf der wir sitzen.“

„Ich aber sehe doch, wie ein neuer Entschluß seine vornübergebeugten Schultern hebt — wie ein neuer Wille in seinen Augen erwaucht!“

„Und ich fühle den Druck seiner Hand, die mir dankt...“

„Auf meinem Heimweg klingen seine Fragen in meiner Seele nach.“

Die Fahkart.

Diese Geschichte ist keine erfundene Anekdote, sondern die objektive Wiedergabe eines Vorganges, der sich im Frühjahr 1909 in Leipzig abgespielt hat, als es dort noch keinen Hauptbahnhof gab, sondern eine Reihe verschiedener Bahnhöfe für die wichtigsten Bahnstrecken.

Doktor Treff, der als Chemiker in einem größeren Leipziger Betriebe beschäftigt war, hatte einen Sonntagsausflug nach Eisenburg zu einer befreundeten Familie unternommen. Dieser Ausflug endete mit Treffs Verlobung, und Treff kam deshalb in einem durch dies frohe Ereignis verklärten nicht ganz nüchternen Zustande mit dem letzten Abendzuge wieder auf dem Eisenburger Bahnhof in Leipzig an.

Als Treff die Bahnsteigsperrre passieren wollte, konnte er seine Fahrtkarte nicht mehr finden. Nervös durchwühlte er alle seine Taschen. Hinter ihm staute sich die Menge der Fahrgäste und nahm eine drohende Haltung gegen das Verkehrsbehindern an. Treff suchte und suchte und bekam einen dicken Kopf.

„Ich muß meine Fahrtkarte vermahnt haben,“ murmelte er. „Da muß ich mir erlöcht mal ein Schalter ohne neke leeren von Einbruch nach Leipzig.“

Aber der Schaffner schüttelte mit dem Kopfe. „Wenn Sie ohne Fahrtkarte gehabt haben, da muß sie sich auch finden. Sahn Sie nur erlöcht mal ornitlich nach!“

Treff kempelte seine Taschen um und um. Ohne den geringsten Erfolg. Die wartenden Fahrgäste hinter ihm machten allerlei wenig schmeichelhafte Bemerkungen.

„Ich kann sie bardeud nicht mehr finden. Ich will mir schon eine nachlesen.“

„Wohlich haben Sie sie im Abteil verloren.“

„Das kann schon meeglich sein.“

Um die Micum-Verträge.

Ablehnung direkter Regierungsverhandlungen.

Wie amlich mitgeteilt wird, hat der deutsche Geschäftsträger in Paris in Abwesenheit des Botschafters von Hoefch das französische auswärtige Ministerium aufgesucht und angeregt, die in Aussicht genommenen Verhandlungen über die Micum-Verträge von Regierung zu Regierung zu führen, da der französische Außenminister Herriot von seiner Londoner Reise zurückgekehrt sei. Die französische Regierung hat die Verhandlungen indessen mit der Begründung abgelehnt, daß sie, wie bisher, vor der „Micum“ geführt werden sollen. Es muß also nun verhandelt werden, zwischen der Sechserkommission und der Micum zu einer Vereinbarung über die Micum-Verträge zu gelangen.

Bei der bevorstehenden Verständigung über die Reparationsfrage handelt es sich um den Ausgleich zwischen den Reparationsinteressen der Alliierten auf der einen und den Lebensinteressen Deutschlands auf der anderen Seite. Das Sachverständigen Gutachten gibt die generelle Linie des Ausgleichs. Die deutsche Öffentlichkeit erwartet von dem Beweise des guten Willens, der in der Annahme und Durchführung des Sachverständigen Gutachtens besteht, eine Erleichterung des ungeheuren Druckes, der auf dem besetzten Gebiete ruht. Sie erwartet vor allem auch, daß die Micumlast von der Industrie und vor allen Dingen von der Arbeiterschaft des besetzten Gebietes, die sie am Ende zu tragen hat, genommen wird.

In welchem Tempo sich die erwarteten Erleichterungen vollziehen werden im Zusammenhang mit der Erledigung der Gutachten, muß durch Verhandlungen und Sondierungen festgestellt werden. Deutschland hat ein brennendes Interesse daran, daß die wirtschaftliche Erleichterung im besetzten Gebiet so rasch als möglich erfolgt. Aus diesem Grunde hat die deutsche Regierung in Paris in der Micumfrage sondieren lassen. Es hat sich herausgestellt, daß die französische Regierung die Micumfrage zeitlich hinter die Frage der Durchführung der Gutachten zurückstellen will. Die Hoffnung, daß die französische Regierung mit Rücksicht auf die überaus schwierige Lage im besetzten Gebiete zu direkten Verhandlungen über die Micumverträge bereit sein würde, ist enttäuscht worden. Es stellt sich heraus, daß die deutschen Hoffnungen mit den politischen Realitäten in Frankreich rechnen müssen, wenn sie nicht chimärisch werden sollen. Es hat sich nicht die Mentalität aller Franzosen mit einem Schläge verändert. Herriot kann die Politik Poincarés abbauen — er kann sie nicht mit einem Schläge ausheben.

Nur wer diese Zusammenhänge überblickt, kann seine Erwartungen übermäßig hochspannen und sich dadurch in grenzenlose Enttäuschung hineinreißen lassen. Wir stehen gewiß in der Micumfrage unter entsetzlichem Zeitdruck, und jeder Tag, um den die Micumverträge verlängert werden, bedeutet schwerste Belastung der Bevölkerung des besetzten Gebietes. Aber sind nicht mindestens drei Wochen nutzlos veran worden durch den schmählichen Handel der Deutschnationalen um die Regierungsbildung — drei Wochen, um die wir weiter sein könnten in der Durchführung der Gutachten? Nun treten die Folgen der Verschleppung zutage! Die berechtigten und ausgesprochenen Hoffnungen, die an die Annahme und Durchführung der Gutachten geknüpft wurden, waren doch die Befreiung des besetzten Gebietes von der Micumlast durch die Durchführung der Gutachten: die schnellste Durchführung der Gutachten also der sicherste Weg.

Die Ablehnung der direkten Verhandlungen in der Micumfrage aber wird von der nationalistischen Presse benutzt, um gegen den Kurs der deutschen Politik zur Verständigung auf der Grundlage der Annahme und Durchführung der Gutachten überhaupt Stimmung zu machen. Die Telegraphen-Union spricht von einem „Schlag ins Gesicht des deutschen Volkes“, der Berliner Lokal-Anzeiger, der von einer „neuen Sachlage“ redet, zieht gar die Schlussfolgerung:

Da trat der Beamte aus seinem Häuschen heraus, hängte die Kette vor die Sperre und meinte gemütlich:

„Da wollen wir mal zusammen suchen gehn.“

Er nahm Treff unter den Arm und ging mit ihm den Bahnsielg zurück an dem noch dastehenden Zuge entlang.

„In welchem Abteil haben Sie denn gefessen?“

Treff bezeichnete nach Guckbühnen irgendein Abteil. Der Schaffner stieg ein, Treff hinterher.

Der Schaffner suchte die Bänke ab, hob ein leeres Stullenpapier aus dem Gedächtnis, kniete auf den Boden, klopfte unter die Bänke und wuschte mit seinen Fingern unter den Heizungsrohren durch. Schließlich erhob er sich mit einem resignierten: „Hier kann ich Sie aber auch nicht finden.“

Er verließ das Abteil wieder und beehrte mit Treff an die Sperre zurück. Dort wandte er sich lebenswürdig an seinen Begleiter:

„Gehn Sie nur durch! Ich glaub's Ihnen schon so, daß Sie ähne Fahrkarte gehabt haben.“

Damit schob er Treff durch die Sperre und wandte sich den anderen Fahrgästen zu.

Hubert Kaspari.

Ein neuer Straßenbahnwagen. Eine aus Amerika stammende Neuerung, die auch für das Straßenbahnwesen auf dem Kontinent von Bedeutung werden kann, ist soeben in London eingeführt worden. Es handelt sich um den neuen Typ eines Straßenbahnwagens, der mit selbsttätig wirkenden Apparaten ausgerüstet ist, die das gefährliche Auf- und Abspringen während der Fahrt unmöglich machen. Bei jedem Haltepunkt betätigt der Schaffner des Straßenbahnwagens einen Hebel, der automatisch die Türen öffnet und die Trittschufen des Wagens zum Straßenniveau herabläßt. Nachdem die Fahrgäste ausgestiegen oder eingestiegen sind, zieht eine zweite Bewegung des Hebels die Stufen wieder herauf und schließt die Türen ab. Der Wagen kann nicht in Bewegung gesetzt werden, solange die Türen geöffnet sind, und ebenso wenig ist es möglich, die Türen zu öffnen, wenn der Wagen fährt.

Die kanadische Getreideernte hat 1923 eine Höchstzahl erreicht, von der man sich nur schwer eine Vorstellung machen kann. Einige Ziffern bringt die „Canadian Pacific Railway“. Vom 1. September, dem Beginn der Ernte, bis zum 12. Dezember, dem Schluß der Ernte, wurden 116 232 Waggons verladen. Hätte man diese zu einem einzigen Zug zusammenstellen können, so wäre dieser 1410 Kilometer lang geworden. Während der ganzen Transportperiode liefen die Züge zwischen Winnipeg und Fort William Tag und Nacht in einem Abstände von 50 Minuten.

Der Choemesser und Komponist O. Suchsdorf begehrt heute seinen 70. Geburtstag. Er hat mehrere Nieder für Arbeitergesangsvereine komponiert und zum Teil auch selbst gedichtet. Wegen seiner Arbeiterlieder wurde er von der Reaktion 1902 zur Verantwortung gezogen und legte sein Lehramt nach 26jähriger Tätigkeit nieder, um sich ganz der Kunst zu widmen.

Der diesjährige Werkbundtag. Die 13. Jahresversammlung des Deutschen Werkbundes findet vom 23. bis 29. Juli in Baden, Baden und Karlsruhe statt. Anschließend wird in Stuttgart die Ausstellung „Die Form“ stattfinden. Den Hauptvortrag hat der Direktor der Robert Bosch A. G., Hugo Boss in Stuttgart übernommen, über das Thema „Mechanische Arbeit“ — muß sie im Gegensatz zur freien Arbeit Mensch und Natur gefährden?

Der Choemesser und Komponist O. Suchsdorf begehrt heute seinen 70. Geburtstag. Er hat mehrere Nieder für Arbeitergesangsvereine komponiert und zum Teil auch selbst gedichtet. Wegen seiner Arbeiterlieder wurde er von der Reaktion 1902 zur Verantwortung gezogen und legte sein Lehramt nach 26jähriger Tätigkeit nieder, um sich ganz der Kunst zu widmen.

Der diesjährige Werkbundtag. Die 13. Jahresversammlung des Deutschen Werkbundes findet vom 23. bis 29. Juli in Baden, Baden und Karlsruhe statt. Anschließend wird in Stuttgart die Ausstellung „Die Form“ stattfinden. Den Hauptvortrag hat der Direktor der Robert Bosch A. G., Hugo Boss in Stuttgart übernommen, über das Thema „Mechanische Arbeit“ — muß sie im Gegensatz zur freien Arbeit Mensch und Natur gefährden?

Der diesjährige Werkbundtag. Die 13. Jahresversammlung des Deutschen Werkbundes findet vom 23. bis 29. Juli in Baden, Baden und Karlsruhe statt. Anschließend wird in Stuttgart die Ausstellung „Die Form“ stattfinden. Den Hauptvortrag hat der Direktor der Robert Bosch A. G., Hugo Boss in Stuttgart übernommen, über das Thema „Mechanische Arbeit“ — muß sie im Gegensatz zur freien Arbeit Mensch und Natur gefährden?

Der diesjährige Werkbundtag. Die 13. Jahresversammlung des Deutschen Werkbundes findet vom 23. bis 29. Juli in Baden, Baden und Karlsruhe statt. Anschließend wird in Stuttgart die Ausstellung „Die Form“ stattfinden. Den Hauptvortrag hat der Direktor der Robert Bosch A. G., Hugo Boss in Stuttgart übernommen, über das Thema „Mechanische Arbeit“ — muß sie im Gegensatz zur freien Arbeit Mensch und Natur gefährden?

Der diesjährige Werkbundtag. Die 13. Jahresversammlung des Deutschen Werkbundes findet vom 23. bis 29. Juli in Baden, Baden und Karlsruhe statt. Anschließend wird in Stuttgart die Ausstellung „Die Form“ stattfinden. Den Hauptvortrag hat der Direktor der Robert Bosch A. G., Hugo Boss in Stuttgart übernommen, über das Thema „Mechanische Arbeit“ — muß sie im Gegensatz zur freien Arbeit Mensch und Natur gefährden?

Der diesjährige Werkbundtag. Die 13. Jahresversammlung des Deutschen Werkbundes findet vom 23. bis 29. Juli in Baden, Baden und Karlsruhe statt. Anschließend wird in Stuttgart die Ausstellung „Die Form“ stattfinden. Den Hauptvortrag hat der Direktor der Robert Bosch A. G., Hugo Boss in Stuttgart übernommen, über das Thema „Mechanische Arbeit“ — muß sie im Gegensatz zur freien Arbeit Mensch und Natur gefährden?

Der diesjährige Werkbundtag. Die 13. Jahresversammlung des Deutschen Werkbundes findet vom 23. bis 29. Juli in Baden, Baden und Karlsruhe statt. Anschließend wird in Stuttgart die Ausstellung „Die Form“ stattfinden. Den Hauptvortrag hat der Direktor der Robert Bosch A. G., Hugo Boss in Stuttgart übernommen, über das Thema „Mechanische Arbeit“ — muß sie im Gegensatz zur freien Arbeit Mensch und Natur gefährden?

Der diesjährige Werkbundtag. Die 13. Jahresversammlung des Deutschen Werkbundes findet vom 23. bis 29. Juli in Baden, Baden und Karlsruhe statt. Anschließend wird in Stuttgart die Ausstellung „Die Form“ stattfinden. Den Hauptvortrag hat der Direktor der Robert Bosch A. G., Hugo Boss in Stuttgart übernommen, über das Thema „Mechanische Arbeit“ — muß sie im Gegensatz zur freien Arbeit Mensch und Natur gefährden?

„Wie aber eine Regierung in Deutschland soll weiter amten können, der die Grundlage ihrer gesamten Politik — und das ist doch das Dawes-Gutachten, um das sich bekanntlich die Regierungserklärung des neuen Kabinetts Marx-Stresemann ausschließlich gedreht hat — jählings unter den Füßen fortgezogen worden ist, das ist eine Frage, die man für den Augenblick völlig offen lassen muß.“

Das ist denn doch zu plump! Es handelt sich nicht um das Gutachten, sondern um einen Versuch der deutschen Regierung, daß Tempo der erwarteten Erleichterungen zu beschleunigen. Die Konsequenz des Mißlingens dieses Versuches ist nicht der von den Nationalisten gewünschte Kurswechsel, sondern die Notwendigkeit der Beschleunigung der Durchführung der Gutachten. Jede Verzögerung — und die Deutschnationalen haben schon Wochen der Verzögerung auf dem Gewissen —, und jeder Versuch, den Eindruck zu erwecken, als wolle Deutschland von dem Gutachten wieder herunter, muß die Verhandlungen und Sondierungen der deutschen Regierung erschweren.

Im Interesse des besetzten Gebietes und um dem plumpen Geschrei der Nationalisten nicht neue Vorwände zu geben, hätten wir dem Schritte der Regierung einen besseren Erfolg gewünscht. Dennoch: wenn jetzt die Nationalisten über die Gefährdung der Existenz der Industrie im Westen schreien, so muß ihnen mit aller Deutlichkeit gesagt werden: eure Verschleppung hat die Situation verschlechtert, jeder Tag, der noch unter der Micumlast vergeht, fällt auf euer Schuldkonto!

Der Pakt der Schutzöllner.

Ein Agrarorgan für industrielle Schutzöllner.

Die großagrarisches „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlichte soeben einen Artikel von industrieller Seite, der in sehr besonnenen, aber in der Absicht ebenso deutlichen Tönen die Einführung von Hochschutzzöllen für die Industrie befürwortet. Ganz selbstverständlich wird eine „mäßige“ Erhöhung der Industrieschutzzölle verlangt und man kommt dabei zu dem billigen Schluß, daß unter diesen Umständen auch die Landwirtschaft einen Anspruch auf einen Schutzzoll habe. Nun soll hier nicht darüber diskutiert werden, inwieweit die Landwirtschaft von einem Schutzzoll Vorteile hat, auch nicht darüber, ob ein solcher Schutz gegen die ausländische Konkurrenz nicht zweckmäßiger für Erzeuger und Verbraucher durch andere Mittel zu erreichen ist. Interessant ist aber, wie die Landwirte, die kürzlich vom Reichskanzler so entschieden Schutzzölle verlangten, jetzt auf einmal Industrielle vorkommen, um ihre Forderungen zu rechtfertigen. Die Landwirte, die bereit sind, die Produktionsmittel der Landwirtschaft künstlich zu verteuern, sehen nun keinen anderen Ausweg mehr, als daß sie die Forderungen der Industrie nach Schutzzöllen unterstützen, um überhaupt ihren Forderungen Nachdruck verleihen zu können. Es scheint, daß die alten Bismarckverehrer ein Wort ihres Heros in abgewandelter Form anzuwenden wünschen, das dann lauten würde: Wir Deutschen fürchten die ausländische Konkurrenz, sonst niemand auf der Welt.

Die Sozialdemokratie denkt nicht daran, den Wünschen der vereinten Schutzöllner in Industrie und Landwirtschaft nach einer künstlichen Verteuerung der Lebenshaltung nachzugeben. Und sie wird es um so weniger tun, als der industrielle Berater der „Deutschen Tageszeitung“ gar kein Hehl daraus macht, daß ihm daran liegt, die Vereinigung der Wirtschaft von Inflationsgewinnern zu verhindern und so noch den Schiebern auf dem Wege der Zollpolitik zu einem bequemen Dasein zu verhelfen. Wir haben bereits betont, daß wir es für vollkommen falsch halten, wenn man der Wirtschaftskrise völlig freien Lauf lassen würde. Gerade während der jetzigen Krise haben die amtlichen Regierungsorgane die Pflicht, alles zu tun, um die Umstellung der deutschen Wirtschaft von den Gewohnheiten der Inflationszeit auf eine billige Produktionsweise zu fördern und so die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt zu mildern. Eine vorzeitige Aufrichtung der neuen Schutzzollmauer, die den Hochschutzzoll der Inflation ablösen soll, wäre der denkbar schlechteste Dienst, den man der deutschen Wirtschaft erweisen könnte. Es ist bezeichnend, daß auch bürgerliche Kreise diese Auffassung teilen. So veröffentlicht jetzt der Deutsche Außenhandelsverband eine Entschlossenheit, in der es u. a. heißt:

Ein Hochschutzzolltarif, auch wenn er angeblich nur zu Verhandlungszwecken aufgestellt wird, wäre ein verhängnisvoller Fehler. Einerseits würde er für den inneren Markt statt des dringend notwendigen Preisabbaues eine Preissteigerung und damit eine Erschwerung unserer Wettbewerbserfähigkeit auf dem Weltmarkt bewirken; andererseits wäre er kein geeignetes Instrument für den Abschluß günstiger Handels- und Tarifverträge. Das von deutscher Seite gegebene schlechte Beispiel würde alsbald von anderen Staaten nachgeahmt und übertrumpft werden, soweit diese ihre neuen Tarife noch nicht fertiggestellt haben.

Man erzieht aus der Kundgebung, daß in Industrie und Handel die Meinung darüber, wie die künftige Zollpolitik gestaltet werden soll, durchaus geteilt ist. Für die Sozialdemokratie ergibt sich daraus und aus ihrer ganzen Tradition die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die kommende Zollpolitik unter allen Umständen in den Dienst der gesamten Wirtschaft gestellt werden muß, daß also insbesondere jede unnütze Verteuerung der Lebenshaltung für die arbeitende Bevölkerung und jede unnütze Erschwerung für die verarbeitenden Industrien vermieden werden muß. Die Agrarier sind anderer Meinung. Sie schließen mit den Hochschutzzöllen der Industrie einen Pakt, um gemeinsam mit ihnen eine Politik zu befürworten, mit der sie sich gegenseitig zur Hochhaltung der Preise, zur Stärkung der Macht der Kartelle und zur Sentung der Lebenshaltung der Werktätigen verhelfen. Wenn sich die Regierung derartige Bestrebungen zu eigen machen sollte, wird sie bei der Sozialdemokratie auf den stärksten Widerstand stoßen.

Nationalunken vor Gericht.

Das Attentat gegen die Frankfurter Synagoge.

Leipzig, 26. Juni. In dem Prozeß vor dem Staatsgerichtshof wegen Vorbereitung zum Hochverrat und zum Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz (Attentat gegen die Frankfurter Synagoge) wurde heute die Vernehmung der Angeklagten und die Beweisaufnahme abgeschlossen. Der Vertreter der Anklage, Staatsanwaltstaatsrat Küder, beantragte gegen Bau 8 Jahre Zuchthaus, gegen Kaufmann 7 Jahre, gegen Hille 6 Jahre und gegen Wegner 5½ Jahre Zuchthaus, außerdem die üblichen Nebenstrafen. In der Begründung führte er aus, die Angeklagten hätten den Mord vorzüglich gefaßt. Sie seien sich am zweiten März allgemein über das Vorhaben klar gewesen. Straferschwerend wirkte vor allem, daß sie als Mitglieder eines nationalen Bundes mit den Franzosen in Verbindung

getreten seien. Die weitere Verhandlung wurde auf morgen vormittag 9½ Uhr vertagt. Das Urteil dürfte im Laufe des morgigen Tages gefällt werden.

Entwurf zu einem Hausgehilfengesetz.

Dreizehnhündige Arbeitsbereitschaft.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die baldige Vorlegung eines Hausgehilfengesetzes von der Regierung verlangt. Ein solcher Gesetzentwurf liegt so gut wie fertig im Reichsarbeitsministerium. Er stützt sich auf Beratungen im Reichswirtschaftsrat, die schon lange zurückliegen. Infolge der vielen durch das Rahmengesetz notwendig gewordenen Verordnungen soll sich die Uebermittlung des Gesetzentwurfes am Reichstag verzögert haben. Der Hauptgegenstand des Gesetzentwurfes ist die Arbeitszeitfrage, in der sich die verschiedenen Gruppen ohne Einigung gegenübersehen. Der neue Versuch, eine mittlere Linie einzuhaken, schlägt eine dreizehnhündige Arbeitsbereitschaft vor.

Ferner enthält der Gesetzentwurf Schutzbestimmungen für Jugendliche, kürzere Arbeitszeit, Arbeitspausen und vor allem Schutz vor Leuten, die für die jugendlichen Hausgehilfen stichlich gefährlich sind. Besondere Hausdienstausschüsse (paritätisch aus Hausfrauen und Hausgehilfen zusammengesetzt) sollen mit den Arbeitsvermittlungsstellen in Verbindung stehen und die Aufsicht führen, sowie in Streitfällen als Schlichter fungieren.

Schließlich enthält der Gesetzentwurf eine Regelung der Freizeittage. Vorgelesen ist jede Woche einen freien Nachmittags und alle vierzehn Tage einen freien Sonntag.

Begen den Kriegsanleihschwindel.

Amlich wird mitgeteilt:

Die neuerliche Bewertung der Kriegsanleihe auf der Börse hat zu Gerüchten bezüglich einer angeblichen Aufwertung der Anleihen Anlaß gegeben. Es muß festgestellt werden, daß diese Gerüchte jeder Grundlage entbehren.

Macdonald berichtigt.

London, 26. Juni. (CP.) Im Unterhaus ersuchte heute General Spears Macdonald um Aufschluß über das Interview, das Herriot dem Korrespondenten der „Independence Belge“ erteilt habe. Macdonald erklärte, daß er sehr überrascht gewesen sei, zu sehen, wie die Unterredung von Chequers grob verfälscht und übertrieben worden sei. Das Kommuniqué, das in Chequers veröffentlicht worden sei, behandle alle Punkte, die besprochen worden seien. Macdonald dementierte ferner die Pariser Meldung, daß der englische Botschafter in seiner gestrigen Unterredung Herriot über sein Interview in der „Independence Belge“ zur Rede gestellt habe.

Chamberlain wies dann darauf hin, daß der französische und der englische Text des Kommuniqués von Chequers verschieden seien. Macdonald erklärte, daß er beide Texte gelesen und keinen Widerspruch gefunden habe.

Der Abg. Kyles (Lab.-Partei) ersuchte Macdonald, dem Unterhaus die feste Zusicherung zu geben, daß er Herriot gegenüber für England keine militärischen Verpflichtungen irgendwelcher Art übernommen habe. Macdonald antwortete: „Ich kann Ihnen diese absolute Zusicherung geben, meine Erklärung vom letzten Montag im Unterhaus hat genau und vollständig alles enthalten, was in Chequers besprochen worden ist.“

Die Kammerfaschisten unter sich.

Mailand, 26. Juni. (CP.) Die Oppositionsparteien haben beschlossen, gegenüber der Regierung auf ihrer bisherigen Zurückhaltung zu beharren und vorläufig nicht an etwaigen Kammerarbeiten teilzunehmen. Der römische Korrespondent der „Stampa“ berichtet, die Oppositionsparteien seien von den Versprechungen und Zusicherungen Mussolinis keineswegs beindruckt. Sie verlangten Klärung der moralischen Verantwortlichkeit der Regierung an der Affäre Matteotti, und machten geltend, es könnten nicht Männer an der Regierung bleiben, deren vertraute Freunde und Mitarbeiter der Mordanschlag an einem schiedlichen Verbrechen angeklagt seien.

Nach einer heftigen Oppositionsrede des Geministors Graf Storza hat der Senat heute mit großer Mehrheit der Regierung Mussolini das Vertrauen ausgesprochen.

Mussolinis Privatsekretäre zurückgetreten.

Rom, 26. Juni. (CP.) Nach den römischen Blättern sind die beiden Privatsekretäre Mussolinis, Chianotti und Pasziosi, zurückgetreten, weil sie auf der Liste der Personen standen, die außer dem ordentlichen Redakteur vom „Corriere d'Italia“ honoriert wurden.

Der Dauerkonflikt mit Rußland.

Erklärungen Litwinows.

Der stellvertretende russische Volkskommissar des Außen, Litwinow, der eben aus London in Berlin eingetroffen ist, erklärte einem Vertreter des Ost-Express, daß er sich gegenwärtig auf Urlaub befinde und einen Kurort aufsuchen.

In bezug auf den deutsch-russischen Konflikt äußerte Litwinow sein lebhaftes Bedauern darüber, daß der Konflikt sich bis heute noch in demselben Stadium befinde wie vor drei Wochen. Er glaubt nicht, daß er in die Verhandlungen über die Beilegung des Konflikts eingreifen werde. Die deutsche Regierung kenne die

Minimalforderungen, ohne deren Bewilligung das weitere Bestehen des sowjetrussischen Handelsapparates in Deutschland unmöglich

sei. Die Sowjetregierung sei bis an die Grenze der Nachgiebigkeit gegangen, die mit ihrem Prestige und ihren Realinteressen noch zu vereinbaren sei. Die Unterhandlungen hätten jenes Stadium erreicht, wo entweder umgehend eine Vereinbarung erzielt werden müsse, oder der Konflikt chronisch zu werden drohe — mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen. Die Sowjetregierung schätze die Freundschaft und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland zu hoch, als daß sie sich mit der Unterzeichnung eines unbefriedigenden Protokolls begnügen könnte, wobei sie das Gefühl der Kränkung und das Bewußtsein der verletzten Gerechtigkeit unterdrücken müßte, was unweineilich zu neuen Konflikten führen würde. Der Konflikt müsse vollständig aus der Welt geschafft werden, als ob er niemals existiert hätte. Die russische Grundforderung sei die Wiederherstellung des tatsächlichen Status quo, der durch die Bolschewikmaßnahmen verletzt worden sei. Die Sowjetregierung könne sich nicht damit abfinden, daß zu dem moralischen und materiellen Schaden, den sie durch das Ereignis vom 3. Mai erlitten habe, die geringste Minderung der Rechte ihrer Handelsvertretung hinzukäme, die diese bis zum 3. Mai faktisch genossen habe.

Der weitere Gang des Konflikts hänge von der deutschen Regierung ab, sagte Litwinow und gab zum Schluß seiner

Hoffnung auf den guten Willen der deutschen Regierung Ausdruck. Sie werde nicht zulassen, daß der Streit um die Zahl der Zimmer in der Handelsvertretung, die das Exterritorialrecht genießen sollen, zu einem Hindernis für die Erhaltung und weitere

Erstarkung der Beziehungen zwischen beiden Ländern werde, wie sie durch den Rapallo-Vertrag vorgezeichnet sind,

Erstarkung der Beziehungen zwischen beiden Ländern werde, wie sie durch den Rapallo-Vertrag vorgezeichnet sind,

Erstarkung der Beziehungen zwischen beiden Ländern werde, wie sie durch den Rapallo-Vertrag vorgezeichnet sind,

Erstarkung der Beziehungen zwischen beiden Ländern werde, wie sie durch den Rapallo-Vertrag vorgezeichnet sind,

Erstarkung der Beziehungen zwischen beiden Ländern werde, wie sie durch den Rapallo-Vertrag vorgezeichnet sind,

Gewerkschaftsbewegung

Der „grundständige“ Achtstundentag.

Zur Achtstundentagdebatte auf der internationalen Arbeitskonferenz, insbesondere zur Erklärung des deutschen Regierungsovertreters, ist einiges zu sagen. Am Ausgang der Inflationsperiode, als Dreiviertel der Arbeitnehmer Deutschlands zur Arbeitslosigkeit oder zur Kurzarbeit verdammt waren, wurde jener Ueberfall auf den Achtstundentag ausgeführt, der unter dem Namen der *Arbeitszeitverordnung* bekannt ist. Im Augenblick, als sich die Wirtschaftskrise infolge der kurzfristigen Geschäftspolitik der deutschen Unternehmer zu einer Katastrophe ausgewachsen hatte, sprach man zu den Arbeitslosen von der Notwendigkeit der „Mehrarbeit“!

Auch jetzt stehen wir in einer Krise, die eine direkte Folge der Inflationspolitik der Unternehmer ist. Das Sparkapital ist verputzt. Es wurde vom Großkapital, das mittels der Inflation die großen Massen wie den Staat ausgeplündert hat, ins Ausland verschoben oder verschleudert, verbaut oder durch Kapitalverwässerungen an die Aktionäre verschifft. Dieses Kapital fehlt jetzt als Betriebskapital. Daher die Krise.

Wieder geht die verlogene Behauptung um, daß die „Mehrarbeit“ allein, verbunden mit niedrigen Löhnen, uns noch retten könne. Der Reichsarbeitsminister Dr. Braun, der für die Arbeitszeitverordnung verantwortlich ist, war vor kurzer Zeit in Genf, dem Internationalen Arbeitsamt einen Besuch abzustatten. Hat er vielleicht die Absicht gehabt, die Notwendigkeit einer Verlängerung der Arbeitszeit für Deutschland zu beweisen? Er ist jedenfalls abgereist, ohne den Versuch zu unternehmen. Er wäre damit auch gründlich abgefallen. Heute ist Deutschland, das sich einst brüstete — Herr Vogel erinnerte selbst daran — in der Sozialpolitik an der Spitze der Völker zu marschieren, in der Frage der Arbeitszeit ein räudiges Schaf, auf das die anderen Völker mit Fingern zeigen. Im Augenblick, wo durch das Sachverständigengutachten (das ausdrücklich davon spricht, daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter nicht schlechter sein dürfe als die der Arbeiter der anderen Nationen) ein wirtschaftlicher und politischer Ausgleich geschaffen werden soll, versucht man auf neue, einer Verlängerung der Arbeitszeit das Wort zu reden. Das schwindende Mißtrauen gegenüber Deutschland wird dadurch wieder belebt, die Hände, die sich uns entgegenrecken, werden zurückgezogen. Im Augenblick einer neuen schweren Krise mag man den auf Kurzarbeit gestellten oder zur Arbeitslosigkeit verurteilten Arbeitern zu erzählen, die Mehrarbeit werde die Krise beseitigen.

Wen glaubt man mit einer so offenbar unwahren Begründung zu täuschen? Gewiß nicht das Ausland, das unter der Last seiner Kriegsschulden vielleicht ebenso zu schleppen hat wie Deutschland. Man wird das Argument von den Reparationslasten um so weniger glaubhaft machen, als der Ueberfall auf den Achtstundentag in einem Augenblick vollführt wurde, als die Reparationszahlungen, außer den aus den Ricum-Verträgen entstandenen Kohlenlieferungen, die man aber auf die Bergarbeiter abwälzte, praktisch eingestellt waren. Wo ist der Unternehmer, der den aus der Verlängerung der Arbeitszeit herrührenden Mehrgewinn der Regierung zur Zahlung von Reparationslasten zur Verfügung gestellt hat? Wenn sich ein solcher Unternehmer gefunden hätte, würde er auf seinen Geisteszustand untersucht worden sein.

Die deutsche Arbeiterschaft aber täuscht man mit diesen handgreiflich unwahren Reden auch nicht. Sie weiß, daß der Ueberfall im November des Vorjahres und der neue Angriff nur erfolgt sind, weil die Unternehmer und die diesen ergebene Regierung wissen, daß eine Krise die Widerstandskraft der Arbeiterklasse schwächt und deshalb der günstige Augenblick ist, ihr eine Ertragserschöpfung zu entziehen. Da die Spitzenorganisationen der Unternehmer im November 1918 vertraglich anerkannt haben. Jede andere Begründung für die Verlängerung der Arbeitszeit ist nichts anderes als bewußte oder unbewußte Heuchelei.

Wenn von einer Kontrolle über die Einhaltung der Arbeitszeit gesprochen wurde, so ist dazu zu sagen, daß eine solche Kontrolle, sofern sie auf alle Länder ausgedehnt wird, durchaus wünschenswert ist. Sie würde dem Spiel, ein Land gegen das andere auszuspielen, ein Ende bereiten. Eine einseitige Kontrolle wäre schon deshalb abzulehnen, weil sie dieses Spiel der Kapitalisten aller Länder nur erleichtern würde. Wie es aber mit dem „grundständigen“ Achtstundentag in Deutschland bestellt ist, werden wir auf Grund der Erhebungen des ADGB, ins rechte Licht rücken.

Ein Nachwort zum Brauerstreik.

In der Funktärkonferenz der Brauereiarbeiter am Mittwoch erörterte Hodapp vom Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter den kürzlich beendeten Streik in den Brauereien. Durch die langwierigen Mantellarisverhandlungen habe sich eine große Unruhe in den Betrieben bemerkbar gemacht, die schließlich nach den

unbefriedigenden Lohnverhandlungen zum Streikbeschuß führte. Der Verlauf des Streiks war gut, die Arbeitseinstellung erfolgte einmütig, die Produktion stand vollkommen still. Von Streikbrechern kann fast gar nicht gesprochen werden, einige Fälle von Kompetenzüberschreitungen bei Notstandsarbeiten können nicht als Streikbruch bezeichnet werden. Der Sozialistverband der Brauereien trat diesmal nicht in die Erscheinung, die Arbeitgeber versuchten diesmal nicht, durch den Schutzverband die Bierzufuhr von außerhalb zu unterbinden, sondern sie ließen das auswärtige Bier herein. Es hat den Anschein, als ob dadurch auch der Kampf verlängert, die Streikenden müde gemacht werden sollten. Diese veränderte Taktik mache es nötig, in Zukunft die Arbeiter der Provinzbrauereien in stärkerem Maße als bisher an den Lohnbewegungen zu interessieren. Der Streik habe aber auch eine gewisse gewerkschaftliche Erziehung auf die Arbeiterschaft infolge ausgeübt, als die Belegschaften diesmal aktiv in die Lohnverhandlungen einzugreifen gezwungen waren. Bisher waren ihnen die Erfolge der Lohnkommission mühselos in den Schoß gefallen. Nun mußte sie persönlich die Erfahrung machen, wie schwer Erfolge zu erzielen sind. Die Tätigkeit der Organisationsleitung wird nunmehr wieder mehr als bisher gewürdigt werden. Die Brauereiarbeiterschaft hat insbesondere erkannt, wie wichtig es ist, daß auch der letzte Mann organisiert ist, zumal die Organisation in der letzten Zeit auf der Höhe sein muß, da die Unternehmer bereits Lohnkürzungen anfündigen.

In der Aussprache traten die meisten Diskussionsredner den Ausführungen Hodapps bei.

Erfolg der Kalkarbeiter im Harz.

Darüber wird uns berichtet: Nach langwierigen Verhandlungen ist der Streik beigelegt. Wenn auch sein Ergebnis nicht ganz den Erwartungen der Streikenden entspricht, so haben wir doch immerhin 3 Pf. Lohnerhöhung erreicht. Maßregelungen sollen nicht stattfinden. Damit die Streikenden wieder allesamt eingestellt werden, dürfen innerhalb fünf Wochen betriebsfremde Arbeiter nicht eingestellt werden. Die Lohnerhöhung war nur zu erreichen durch die Geschlossenheit und Disziplin der Arbeiterschaft. Nicht nur die Unternehmer im Harz, sondern auch die gesamte Arbeiterschaft der mitteldeutschen Kalk- und Zementindustrie muß die Lohnerhöhung anerkennen, so daß sich die Bewegung weit über die Grenzen des Harzes hinausdehnte und die Harzer Kalkarbeiterschaft stolz auf den Erfolg sein kann. Obwohl es nur ein Teilstreit von etwa 800 Kalkarbeitern war, hat er doch für etwa 3500 Kalkarbeiter Erfolg gehabt. Trotz der materiell großen Opfer der Streikenden wird dieser erste Streik im Harz richtunggebend für die kommenden Kämpfe sein, wenn die übrige Kalkarbeiterschaft endlich begreift, wie notwendig der gewerkschaftliche Zusammenschluß ist. Wenn dies jetzt schon der Fall gewesen wäre und die wirtschaftliche Depression die Arbeiterschaft nicht so stark beeinträchtigt, dann wäre das Ergebnis des Kampfes sicher besser gewesen.

Zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe waren polizeiliche Organe aufgebaut worden. Es standen Schupomannschaften bereit, um in das Streikgebiet einzurücken. Die Befürworter solcher Maßnahmen müssen sich endlich einmal von der Vorstellung frei machen, als ob Streikende wild gewordene Menschen seien. Erfahrungsgemäß sind Reibereien und Zusammenstöße unvermeidlich, sobald Polizei oder gar Militär dazwischen kommt. Deshalb müssen wir uns ganz energisch gegen jede Verwendung von militärischen und polizeilichen Formationen bei Streiks wenden, die von der Organisation gedeckt und geführt werden. Die Streikenden selbst haben bewiesen, daß sie Disziplin und Besonnenheit besitzen. Damit haben sie neben dem materiellen auch einen moralischen Erfolg errungen, der selbst bei ihren Gegnern, insbesondere bei den Befürwortern der Schupoverwendung, Anerkennung gefunden hat.

Obwohl Maßregelungen nicht erfolgen sollen, haben die Braun-schweigischen Harz-Kalkwerke die Verbandsfunktionäre nicht wieder eingestellt.

Wie die Kommunisten die Völkischen bekämpfen.

Man schreibt uns: „Die „Rote Fahne“ vom 18. Juni beschäftigt sich in einem Artikel mit den Völkischen und Gelben in der Metallindustrie. Als wirksamstes Abwehrmittel gegen diese wird die Aktivität der kommunistischen Betriebszellen angepriesen.“

Wie nun dieser Kampf der Kommunisten gegen die Völkischen-Gelben aussieht, dafür ein paar kurze Beispiele:

1. Bei der Gesamtbetriebsratswahl im Siemenskonzern mußten von den 9 Sigen der Angestellten die freien Angestellten acht und die Deutschnationalen einen bekommen. In Wirklichkeit bekamen die Deutschnationalen zwei, weil die beiden R.V.D.-Angestelltenräte weiße Zettel abgaben.

2. Im Autowerk wurde die Betriebsratswahl auf Betreiben der Gelben vom Gewerbegericht formaler Verschiebung wegen für ungültig erklärt. Bis dahin hatten die Gelben einen Betriebsrat. Bei der Neuwahl werden nun drei Listen aufgestellt, und zwar je eine freigewerkschaftliche, gelbe und oppositionelle. Auf der Oppo-

sitionsliste kandidieren die beiden Kommunisten des Werkes mit dem bisherigen gelben Betriebsrat. Angeblich ist Mäßigkeit bei den Gelben ausgeübt und in den sogenannten Industrierverband des „blutigen Leo“ eingetreten. Also: gestern gelb, heute „revolutionär“ und morgen —

Nach der Betriebsratswahl bei Siemens, Franklinstraße, stellte sich heraus, daß einer der neugewählten Oppositionsbetriebsräte zu gleicher Zeit in der R.V.D. und in der gelben „Nationalsozialistischen Arbeiterpartei“ organisiert war.

Wenn die kommunistischen Zellen im Siemenskonzern den Kampf gegen die Völkischen-Gelben so weiterführen, dann wird bald kein Mensch mehr die feindlichen Brüder auseinanderhalten können.“

Der neue Enigge.

Das nationalsozialistische Blatt, das sich täglich bemüht, seine knoigen Schimpfereien zu überbieten, spielt sich als das Blatt des guten Tons auf. Wir haben seine Fälschungen als solche festgenagelt. Zeugnen kann es nicht mehr. Es jammert also, daß der „Vorwärts“ so wenig salonfähig ist, die Dinge beim rechten Namen zu nennen. Wir würden uns zu schämen haben, wenn das Blatt, das nach dem Rezept von Lenin die Lüge zum Grundsatz hat, uns feiner würdig hielte.

Lohn- und Ferienregelung in der Vergolderbranche.

Zwischen der Vergolder-Zwangsgewerkschaft und dem Deutschen Holz- und Vergolderverband ist in einer Verhandlung am 25. Juni in der Lohn- und Ferienfrage eine Verständigung erzielt worden. Die Löhne sind für die Zeit vom 29. Juni bis 26. Juli um 3 Pf. erhöht worden. Hinsichtlich des Urlaubs gilt die Vereinbarung, welche in der Goldbleiben- und Bilderrahmenbranche festgelegt wurde. Demgemäß erhalten alle Arbeitnehmer nach einhalbjähriger Beschäftigung 3 Tage, nach zweijähriger Beschäftigung 4 Tage, nach drei- und mehrjähriger Beschäftigung 5 Tage Urlaub. Für die Urlaubszeit ist der jeweilig vereinbarte Lohn nach der vollen vertraglichen Arbeitszeit zu zahlen.

Einigung im bayerischen Bergbau.

München, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Durch die mündlichen Vereinbarungen, die am Donnerstagvormittag im Sozialministerium zustande gekommen sind, ist der Arbeitsfrieden im bayerischen Kohlenbergbau zunächst gesichert. Nach dreistündigen Verhandlungen verpflichteten sich die Unternehmer, zu denen auch der Staat zählt, die am 12. Juni ausgesprochene Kündigung der gesamten Belegschaft, die die Stilllegung der Bergwerke mit insgesamt 12 000 Arbeitern bedeutete hätte, sofort zurückzunehmen. In der Lohn- und Arbeitszeitfrage bleibt es bei der Regelung, die vor dem Schiedspruch vom 3. Juni in Geltung war.

Ausperrung im Leipziger Baugewerbe.

Die Tarifgemeinschaft der Arbeitgeber im Baugewerbe, Ortsgruppe Leipzig, teilt mit, daß sie sich, da die Arbeiter der bestreikten Betriebe die auf Donnerstag mittag festgesetzte Frist zur Wiederaufnahme der Arbeit haben verstreichen lassen, gezwungen sieht, ab Freitag, den 27. d. M., die Betriebe zu schließen und sämtliche organisierten Bauarbeiter zu entlassen. Es handelt sich um Lohnstreitigkeiten.

Achtstundentag im hannoverschen Baugewerbe. Nach sechs-wöchiger Dauer ist der Streik bzw. die Aussperrung im Baugewerbe beendet. Die Arbeitsaufnahme erfolgte auf Grund eines Schiedspruches, wonach es bis zur zentralen Regelung bei der bisherigen Arbeitszeit verbleibt. Die Löhne werden nach dem letzten Angebot der Arbeitgeber festgesetzt werden.

Achtung, Buch- und Stein-druckerei-Hilfsarbeiter! Wegen Lohn-differenzen ist die Firma „Pa-Pa-De“ (Barbary), Bankow, Hadligr. 20, gesperrt. Verband der graphischen Hilfsarbeiter. Der Ortsvorstand: J. A. G. Grohmann.

Achtung, Zimmerer! Die Baustellen an der Stadtbahn Bellevue und Tiergarten der Firma Grün u. Bilfinger sind nach wie vor gesperrt. Alle Zimmerarbeiten, die dort ausgeführt werden, sind Streifarbeiten.

Achtung, Zimmerer! Die Bezirksversammlung des Bezirke 20 findet heute (Freitag) abend 7 Uhr bei Baleski, Bobbin, Ede, Friedrichstr. 101.

Konferenz der Zimmerer, Fabrikstr. Groß-Berlin. Konrad-Beckert. Sonntag vormittag 10-11 Uhr Betriebsversammlung in der Königsplatz-Brauerei, Schönhauser Allee 10-11. Alle hantierenden Kollegen sind hierdurch eingeladen. Der Arbeiterrat: J. A. Hinkel.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Kurt Saterhaus; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Schöler; Heilwesen: Dr. John Schilowski; Soziales und Sonstiges: Kriszta; Anzeigen: Th. Glade; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen.

Pudding - Woche!

Um alle Hausfrauen zu überzeugen, daß unser eigenes Fabrikat von hervorragender Güte und Beschaffenheit ist, veranstalten wir von heute bis einschließlich Donnerstag, den 3. Juli, eine Reklame-Woche für

Reichelt's Qualitäts-Pudding, Paket 15 Pfennig Schokolade · Mandel · Vanille · Himbeer · Zitronen

Wer 2 Pakete kauft, erhält 3 Pakete
Wer 4 Pakete kauft, erhält 6 Pakete
Wer 6 Pakete kauft, erhält 9 Pakete
Wer 8 Pakete kauft, erhält 12 Pakete
Wer 10 Pakete kauft, erhält 15 Pakete

Butter

Reichelt

Kaffee

146 eigene Geschäfte in Groß-Berlin

Die in den Tod gehen.

Täglich wird in den Zeitungen von Selbstmorden berichtet, so daß sich die Frage aufdrängt, ob unsere Zeit lebensunlustiger sei als die frühere. In Berlin z. B. verübten im Jahre 1923 im ersten Quartal 381, im zweiten 393, im dritten 362 und im letzten Quartal 329 Menschen Selbstmord, also pro Tag zirka drei Personen. Diese nüchternen Zahlen zu analysieren, wollen wir in den folgenden Zeilen versuchen: Die Selbstmordziffern an sich werden durch mancherlei Ursachen beeinflusst. So kann man ein Schwanken durch Veränderung der wirtschaftlichen Konjunktur, nach großen Bankbräuchen, Teuerungen, ja sogar beim Erlaß wichtiger Gesetze, die eine einschneidende Wirkung auf das Leben der großen Masse haben, beobachten; ebenso ist der Selbstmord in den Städten mit ihrem existenzunsicheren Leben verbreiteter als auf dem Lande mit seinem eintönigen und geruhamen Dahinleben. Interessant ist die Tatsache, daß in politisch erregten Zeiten, in Kriegen und Revolutionen die Selbstmordzahlen sinken, denn das Interesse des Einzelnen für sein kleines Ich wird dadurch abgelöst und auf die Angelegenheiten der Gesamtheit übertragen. Hinsichtlich der Geschlechter ist ein starkes Ueberwiegen der Männer festzustellen; so waren in Deutschland im Jahre 1913 unter 15 494 Selbstmördern nur 3946 weibliche, im Jahre 1914 von 14 773 nur 3789 Frauen, also auf 100 Männer zirka 35 Frauen. Das läßt aber keine innere Lebensuntüchtigkeit bei den Männern annehmen. Die Männer werden eben durch den aufregenden Lebenskampf, dem sie in erster Linie ausgesetzt sind, besonders zermürbt; andererseits ist diese Ursache begründet in der

Europas, auf, mit 301 auf 1 Million gerechnet (Monaco hat nur ungefähr 85 000 Einwohner), dann kommt Dänemark mit 255, die Schweiz mit 227, Deutschland 209, Frankreich 207, dann in weiten Abständen England 77 und Rußland 32. Die geringste Selbstmordzahl hat das Bauernland Bosnien mit 6; in Deutschland hat auf 1 Million Einwohner gerechnet, Sachsen-Coburg-Gotha 420, dann kommt Bremen mit 330, Sachsen und Braunschweig mit 300, Preußen mit 180 und Bayern mit 130. In Preußen selbst hält die Provinz Schleswig-Holstein mit 320 den Rekord, dann folgen Brandenburg, die Provinz Sachsen mit 300 und Berlin mit 280. Die geringste Ziffer hatte die frühere Provinz Posen. Diese Verteilung nach Provinzen mit dem Ueberwiegen der kulturell höherstehenden über die mehr ländlichen läßt uns zu der Frage kommen, ob die Selbstmorde sich gleichmäßig über das ganze Jahr verteilen. Es wäre anzunehmen, daß der Winter mit seinen Unbilden, der häufig eintretenden Arbeitslosigkeit bei einzelnen Berufen, der allgemein deprimierenden Stimmung durch die kälteren und kalten Stuben der Proletarier dazu anregen müßte, diese unwirtliche Welt mit der angeblich besseren oder dem Nichts zu vertauschen. Aber gerade das Gegenteil ist der Fall. Die höchste Selbstmordziffer von allen Monaten haben Mai, Juni und Juli, die niedrigste November, Dezember und Januar. Es ist kaum anzunehmen, daß von den Sterbenden die Sommermonate wegen des „Todes in der Schönheit“ geliebt wird, sondern in dieser Zeit der beginnenden großen Hitze muß bei psychopathischen Personen, die zu Depressionen neigen, eine körperliche Umstimmung stattfinden, die ihren Ausbruch im Selbstmord findet.

Die Hauptmotive.

Welches sind nun eigentlich die hauptsächlichsten Motive für den Selbstmord? Man kann, entsprechend den Altersstufen, in großen Umrissen drei Hauptmotive unterscheiden; bei den Kinder- und Schülerelbstmorden ist es die Angst vor der Schule oder einem Erwachsenen. Im Alter zwischen 20 und 30 Jahren hauptsächlich sexuelle Motive, wie Liebeskummer und in den folgenden Altersklassen die Sorge um die Existenz bis zur Angst vor dem Verhungern. Bei den Schülerelbstmorden ist häufig die schlechte Behandlung durch Lehrer die Ursache, dann auch die Angst vor den Eltern wegen schlechter Zeugnisse, ferner die von dem Kinde empfundene Unfähigkeit, den Anforderungen der Schule nicht genügen zu können. Die letzte Ursache findet man häufig bei den Kindern des Mittelstandes, die eine standesgemäße Erziehung, also früher wenigstens das Einjährige oder Wbitur haben mußten. Gerade um die Osterzeit, der Zeit der Vergehungen, liest man jeden Tag von Schülerelbstmorden. Bei den Selbstmorden im Alter zwischen 20 und 30 ist die häufigste Ursache der Liebeskummer. Der tiefere Grund aber ist in der psychopathischen Konstitution zu suchen. Bei Frauen fällt der Selbstmord sehr häufig mit dem Unwohlsein, einer Schwangerschaft oder einem Wochenbett zusammen; wie ja der Selbstmord geistlich sehr oft an Veränderungen im sexuellen Leben geknüpft ist. Ein großer Teil der Selbstmorde im Alter zwischen 20 und 30 fiel früher auf Soldaten, die durch die Quälereien, denen sie im Dienst ausgesetzt waren, dazu getrieben wurden, sich vorzeitig dem sogenannten „ehrenvollen Tod für Thron und Altar“ zu entziehen. Viele Schuld hatten daher die Militärärzte, die häufig geistig abnorme Soldaten, die sich im Alltagsleben unauffällig bewegen konnten, als nicht krank behandeln wollten, teils aus Unkenntnis, teils aus bösem Willen gegen den gemeinen Mann.

Die Todesart.

Auf welche Art sterben nun die meisten Selbstmörder? Man kann generell einen primitiven und einen raffinierten Selbstmord unterscheiden. Der Typus des Halsknoten, der impulsiv nach seinen Stimmungen handelt, wird sich auf eine einfache Art töten durch Erhängen, Ertränken oder Abstoß auf der Höhe. An erster Stelle unter allen Selbstmordarten steht das Erhängen, dann kommt Ertränken, Erschießen, Vergiften mit Gas, Vergiften mit Säuren, Laugen oder organischen Giften; den Rest nehmen Selbstmorde mit Durchschneiden der Halsschlagadern, der Pulsadern usw. ein. Manche Selbstmörder haben sich ein ganzes Sicherungssystem ausgedacht, um ja nicht gewertet werden zu können; sie nehmen Gift, drehen den Gasbahn auf und erhängen sich dann. Ein besonderes Kapitel bildet noch der kombinierte Mord mit Selbstmord. Besonders Trunksüchtige neigen dazu, in der Erregung den Gasbahn aufzubrechen, um sich und ihre Familie zu vernichten. Bekannt ist der Familienmord des Lehrers Bogner in Degerloch, der 1911

keine ganze Familie auf bestialische Weise ermordete und dann sich selbst erschoss.

Wir wollen dieses düstere Kapitel der menschlichen Gesellschaft nicht schließen, ohne noch kurz auf die Euthanasie einzugehen. Man versteht darunter das absichtliche Beenden eines Menschenlebens bei einer unheilbaren Krankheit. Von der christlichen und jüdischen Religion wird der freiwillige Tod abgelehnt, da ja unser ganzes Leben angeblich in Gottes Hand steht, und was einem dieser gütige Vater schickt, auch mit Demut getragen werden müsse, zur Vorbereitung und Läuterung für ein künftiges



Leichenschauhaus, Hannoversche Straße

meist größeren körperlichen und seelischen Schwäche des Weibes und seiner geringeren Energie sowie der größeren Sanftmut und Duldsamkeit und mit seiner Scheu vor der Begehung gewalttätiger Handlungen.

Alter und Gegend.

Ein anderes Moment, das bei der Betrachtung der Selbstmordzahlen zu beachten ist, ist das Alter. Wir finden hier bei beiden Geschlechtern im Alter eine ständige Zunahme. Auf 10 000 Lebewesen einer Altersklasse treffen bei Kindern bis 15 Jahren 0,06, zwischen 15 und 20 1,83, zwischen dem 26. und 30. 2,78 und sie steigen bis 4,82 bei Menschen über 70 Jahre. Auf die Motive bei den einzelnen Altersklassen werden wir noch später eingehen. Von allen Ländern Europas weist die meisten Selbstmorde Monaco, die Spethölle



Zu spät!

jenseitiges Leben. Da wir Sozialisten auf dem Standpunkt stehen, daß wir in uns unser Schicksal tragen, und wir deshalb Herren und auch Richter unseres Leibes sind, so kann für uns die Frage des bewußt selbst gewollten Freitodes, der z. B. einem unheilbaren Leiden mit keinen unerträglichen Qualen ein beabsichtigtes Ende setzt, nur dahin entschieden werden, daß einem Menschen, dem nicht durch andere Menschen mehr geholfen werden kann, das unbefrei-bare Recht zusteht, seinem Dasein ein selbstgewolltes Ende zu setzen. Wie weit das auch für unheilbare Geistesranke, die für die menschliche Gesellschaft vollkommen ausschalten, und auf die deshalb auch die Euthanasie mit Recht angewendet werden könnte, zutrifft, kann in diesem Zusammenhang nicht näher untersucht werden.

Die Venus von Syrafus.

Von Clara Rakfa.

Renzo setzte sich wieder auf den Boden. „Und dennoch, nur Bianca kann helfen.“
„Wo ist die Talgdrüse?“ fragte Mutter Rosina lichernd.
„Weiß ich nicht, weiß niemand im Palazzo des Alten.“
Es verläutet, bei einem Arzt. Schluckt Bissen, nimmt Bäder, sagte der zurückkehrende Niccolò wegwerfend. „Will einen schmutzigen Liebhaber im Spiegel sehen, wenn er heimkommt.“
„Doch nur, wenn er selbst hineinzieht!“ kufelte das Mütterchen.

„Ich hab's!“ rief Ercole und klatschte zweimal hintereinander auf seine Brust. „So dumm!“ er lachte in die Sonne hinein. „Wir nehmen sie. Und niemand — so wahr ich lebe! — nicht einmal sie selbst, soll auf unsere Fahrt kommen. Ins Reh soll sie uns geben, wie das schönste Fischlein. Sie tut's. Und hier, hier —“ er hielt ausgestreckt seine beiden leeren Hände hin — „hier sind zwei Rollen, die eine für dich, Niccolò, die andere für dich, Renzo!“

„Nehmen — einfach nehmen.“ Rosinas Stimme zitterte beglückt. „Jajaja!“ Vieles aus Jugendtagen flog ihr durch den Kopf.

Ercole pflanzte sich wie ein rechter Schauspieler auf.
„Du, Niccolò, du hast überhaupt nichts zu tun, als nochmals deine Wanderschaft anzutreten und nicht eher heimzukommen, bis sich das hintere, unverschlossene Tor weit genug öffnen läßt, daß eine Venus hindurchschlüpfen kann. Und du, Renzo, du schreibst einen ganz kurzen Brief, du kommst ja so etwas. Eine verstellte Schrift, so, als ob es Druck wäre. Darin soll nur stehen: „Ich beschwöre dich bei deiner und meiner Seele Seligkeit, komm in den Olivenhain, ich warte dort. Das Tor ist geöffnet. Es droht keine Gefahr.“ Und dann schreibst du eine Zeit hinzu. Niccolò weiß ja, wann die Schöne Atem holen darf. Vielleicht am Abend. Vielleicht, ja sicher richtet sie es doch einmal so ein, daß die Soutane mit der dünnen Puppe wandelt. Und kommt die Prinzessin unter die Delbäume — sie stehen hinter einer Erdwelle —, dann wird sie unserer Efelgespann sehen. Ich warte. Ich nehme sie. Ein dunkles, weiches Nest werd ich ihr machen. Sie kriecht hinein,

seid getrost. Lang genug ist der Wagen. Ich spanne etwas darüber hin, lege Gemüse, Obst, Ranken darauf. Und unten, wo die hübschen kleinen Fräule liegen, da stecke ich einen vollgestopften Sack vor das Nest. Niccolò muß helfen. Solange wir aus vollem Halse singen und über unsere gesegneten steinigen Straßen holpern, stört uns kein Mensch. — Und hier — hier im Hause ist eben der Einzige! — Mütterchen, das muß du schon sein! Ist sie einmal da, dann wissen wir allesamt nichts vom Conte Sisto di Branco, haben nur den Auftrag gehabt, sie ungeschoren hierher zu bringen. — Dann magst du sie zeichnen, Renzo, doch sie darf dich nicht sehen.“

„Wie sitzen beim lieben Bettler hinter dem Lattenzaun,“ sagte die Alte, die völlig begeistert war.

An das Haus anschließend, so, daß er ins Grün der großen Anpflanzung hineinschnitt, war ein mit hohen Brettern umgrenzter Hof. Man konnte vom Hause her hinein gelangen. Hier lebte das Federvieh, und kleine Ferkel trieben sich herum.

„Kannst dir so viel Gucklöcher machen, wie du willst,“ rief Niccolò zu Renzo hinüber, „und Mütterchen läßt das liebe Bettler um einer Principeffa willen vielleicht einmal hinaus-spazieren.“

„Und was ist mit meinem Brief?“ rief Renzo erregt.
„Nun, den Brief kannst nur du selbst der Bianca geben. Sie geht jeden Tag in der Mittagsstunde auf kurze Zeit zu einer Schwester ihres Verlobten, die im Dorfe wohnt. Sagtest du nicht so, Niccolò?“

„Gewiß, gewiß, doch man läßt sie kaum aus den Augen. Sie läuft stumm dahin. Jedoch an dem Hause dieser Schwester ist eine Agavenbede —“

Ercole pffiff leise. „Du weißt genug, Renzo, doch denk' an deine Hofen!“

Renzo lachte.
Ercole fuhr fort: „Ist das Unheil einmal angerichtet, dann redet Bianca nicht. Sie wird sich hüten. Dir, nur dir hat sie die hübsche Geschichte vom Grafen Sisto erzählt. Doch für den Fall, daß er dennoch anders heißt,“ Ercole lächelte verdammt, „so sagst du eben: „von ihm, vom Grafen, du weißt ja!“ Vielleicht ist die Dame Lidia geneigt, ganz zu entschließen. Wie können wir wissen, was gerade in ihren Sternen steht?“

„Und will sie nicht, dann sehen wir sie vierundzwanzig Stunden später —“

„Rein, das genügt nicht!“ rief Renzo, dem es heiß und kalt wurde.

„Gut, dreimal vierundzwanzig Stunden später, jedoch in der Nacht oder Morgendämmerung, wieder im Olivenhain ab. Dann mag sie allein nach Hause wandern.“

„Wie wird man sie aber aufnehmen?“ fragte Niccolò einigermaßen bedenklich.

„Wie aufnehmen?“ Ercole sah ihn staunend, lachend an. „Das kann uns doch ganz gleichgültig sein. Nun eins: sehen darf sie auch uns kaum. Wenn ich sie in ihr Nest stecke, verummme ich mich, Niccolò kann hier als Mädchen herumspazieren, und Mütterchen, was machst du?“

„Ich bin taubstumm, wie ein Luch um meinen Kopf, und koche ihr die leckersten Sachen. Niccolò ist ihre Jose.“

„Rein, das, das kann ich nicht ertragen,“ rief Renzo glühend.

„Weshalb denn nicht?“ fragte Ercole komisch gedehnt. „Ich meine, du siebst das Bild aus Stein?“

„Ja gewiß — gewiß,“ sagte Renzo verwirrt.
„Alle waren hochbefriedigt. Die Abgeschlossenheit, in der Mutter Rosina lebte, ihr Ruf als kluge Verwalterin, die tägliche Arbeit der Montanaris mit den ab- und zugehenden Genossen, das alles würde sie schätzen.“

Die Prinzessin mußte man hinhalten, verträsten, auf den Einsigen hinweisen — sehr, sehr geheimnisvoll —, mußte ihr dienen, jeden Wunsch erfüllen.

Oh, sie würde schon so lange Geduld haben, bis Renzo sie gezeichnet hätte.

Beissen mußte er sich, selbstverständlich! Und dann halfen die Götter weiter.

8.

Diese Götter, die so frohgemut über Sizilien wohnen, halfen wirklich. Es schien, daß dieses Abenteuer auch ihre ewig jungen Herzen erreute.

Niccolò hatte das hintere große Tor so unauffällig bearbeitet, daß niemand die Spuren seiner Kunst entdecken konnte, und Renzo lag hinter den Agaven, dem Brief in der Hand, während das Herz ihm bis in den Hals hinein hämmerte.

Kam Bianca oder kam sie nicht? Diese Frage hüpfte in ihm auf und ab.

(Fortsetzung folgt)

Die Zulimiete.

Neuerlegung durch das Wohlfahrtsministerium.

Der Amtliche Preussische Pressedienst schreibt: Der preussische Minister für Volkswohlfahrt hat unter dem 25. Juni eine neue Verordnung über die Regelung der geschlichen Miete in Preußen für die Zeit vom 1. Juli 1924 ab erlassen, die unten wiedergegeben wird. Am die bei den Vermietern wie bei den Mietern wenig beliebten Umlagen möglichst zu vermeiden, wird die Miete einschließlich der Hausinsolventen wieder in einem einheitlichen Satz ausgedrückt. Zum erstenmal wird mit dem System des Reichsmietengesetzes gebrochen, das die geschliche Miete in einzelne Bestandteile für Verwaltung, Instandhaltung, Instandsetzungs- und Betriebskosten zerlegt. In dem Einheitsatz ist nunmehr auch ein Betrag für die großen Instandsetzungsarbeiten einbezogen und mit dem bisherigen Verfahren gebrochen, nach dem nur auf besonderen Antrag das Mieteneinigungsamt einen Zuschlag in begrenzter Höhe für solche Arbeiten bewilligen konnte.

Der preussische Minister für Volkswohlfahrt, Hirtfelder hat auf Grund des § 22 R.M.G. in Verbindung mit § 27 der dritten Steuernotverordnung vom 14. Februar d. J. und der Verordnung über die Mietzinsbildung in Preußen vom 17. April d. J. unter Aufhebung des § 12 der letztgenannten Verordnung und unter Aufhebung des Erlasses vom 15. April d. J. — 11 6 Nr. 1583 — nach Anhörung der im Ständigen Ausschuss für Mietzinsbildung vertretenen Mieter und Vermieter für alle Gemeinden, für die keine andere Regelung getroffen wird, über die Berechnung der geschlichen Miete mit Wirkung vom 1. Juli 1924 folgendes angeordnet:

„Die geschliche Miete beträgt 62 Proz. der reinen Friedensmiete (§ 2 und § 3 der Verordnung über die Mietzinsbildung in Preußen vom 17. April 1924). Sie ist in Goldmark zu berechnen. Bei Zahlung in Papiermark ist der Umlagefaktor der am Tage vor der Zahlung amtlich festgestellte Berliner Goldmark-Mittelkurs zugrunde zu legen. Bei der Festsetzung der geschlichen Miete auf 62 Proz. sind die großen Instandsetzungsarbeiten berücksichtigt worden. In denjenigen Fällen, in denen das Mieteneinigungsamt auf Grund der bisherigen Vorschriften einen besonderen Zuschlag für große Instandsetzungsarbeiten festgesetzt hat, vermindert sich die geschliche Miete um den zugewilligten Betrag, soweit dieser am 1. Juli 1924 oder später fällig wird. Von den 62 Proz. der reinen Friedensmiete sind ferner für die Kosten für laufende Instandsetzungsarbeiten 15 Proz. in Ansatz gebracht. Diese 15 Proz. kann der Mieter im Falle des § 7 Abs. 1 der Verordnung vom 17. April d. J. um 4 Proz. auf 11 Proz. kürzen. In denjenigen Gemeinden, die bisher eine Umlage der Löhne für die Hausangestellten (Hausreiniger, Hauswart, Heizer, Fahrstuhlführer und dergleichen) in Geschäfts- und Industriebetrieben angeordnet hatten, verbleibt es bei dieser Regelung. Dafür wird bei solchen Häusern die geschliche Miete um 2 Proz. gekürzt. Aus der geschlichen Miete sind nunmehr neben den Betriebskosten (siehe § 21 letzter Satz der Verordnung vom 17. April 1924) sämtliche auf dem Grundstück ruhenden öffentlichen Lasten zu entrichten. In Gemeinden, in denen der Zuschlag zur Grundvermögenssteuer mehr als 100 Proz. beträgt, ist der Vermieter berechtigt, den 100 Proz. übersteigenden Betrag umzuliegen. Gemeinden, in denen an Stelle eines Zuschlages zur staatlichen Grundvermögenssteuer eine selbständige Grundsteuer erhoben wird, haben den Satz dieser Grundsteuer bekanntzugeben, der einem Zuschlag von 100 Proz. zur staatlichen Grundvermögenssteuer entspricht. Soweit die selbständige Grundsteuer diesen Satz übersteigt, ist ihre Umlage gestattet. Der Vermieter ist ferner berechtigt, denjenigen Betrag umzuliegen, den die Gemeinde auf Grund des § 3a Abs. 1 des Artikels II der zweiten preussischen Steuernotverordnung in der Fassung vom 19. Juni 1924 erhebt. Für das Wassergeld sind 3 Proz. der Friedensmiete in der geschlichen Miete in Ansatz gebracht. Der Vermieter ist berechtigt, das Wassergeld umzuliegen. In diesem Falle vermindert sich die geschliche Miete um 3 Proz. Die Umlagen haben nach dem Verhältnis der reinen Friedensmiete auf die selbständigen Wohnungen oder die selbständigen Räume anderer Art zu erfolgen. Hierbei sind auch Räume zu berücksichtigen, für die nicht die geschliche Miete gezahlt wird, oder die nicht vermietet sind. Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung treten die Erlasse vom 24. April bzw. vom 14. Mai 1924 außer Kraft.“

Aus der Siedlungsarbeit.

Eine Besichtigung in Niederbarnim.

Im Kreis Niederbarnim ist man mit beachtenswertem Erfolg bemüht, dem Mangel an Kleinwohnungen abzuhelfen. Die durch den Krieg verursachte Wohnungsnot hat zur Gründung der Siedlungsgesellschaft Niederbarnim geführt, die den Siedlern zur Finanzierung die Bundesdarlehen und sonstigen Kredite vermittelt und ihnen auch Baustoffe zu angemessenen Preisen beschafft.

Das Geschäftsjahr 1. April 1923 bis 31. März 1924 ist unter all den Schwierigkeiten, die sich aus der stürmischen Geldentwertung ergaben, aber das vorgenommene Bauprogramm konnte doch durchgeführt werden. Für die Gesellschaft erwuchs eine stärkere Belastung daraus, daß infolge der Geldentwertung die eigenen Mittel der Siedler wegzusaugen. Dabei waren die von der Regierung gegebenen Mittel aus der Reichskredithilfe, der Wohnungsbauabgabe usw. meist schon stark entwertet, wenn sie für die Gesellschaft verfügbar wurden. Gerade jetzt war die rechtzeitige Beschaffung von Baustoffen, nach denen die hamstierenden Händler sich rissen, wichtiger als je. Die Gesellschaft stellte sie zum Teil in eigenen Betrieben her. Sie kaufte ein Dachziegelwerk in Bietzen, die Ziegelwerke bei Behnin und die Ziegelerei Glendel bei Jossen. Sie beschaffte Bauholz, Kacheln, Glas und andere Materialien, und die Siedler nahmen die Beihilfen zum Teil in diesen Sachwerten. Auf ihrem Lagerplatz in Petershagen ist eine Tischlerei geplant. Die Bauberatungsgesellschaft der Gesellschaft wurde stark in Anspruch genommen. Eigene Bauten hat die Gesellschaft wieder an mehreren Stellen errichtet, z. B. in Neuenhagen, in Petershagen, in Fredersdorf, aber auch außerhalb des Kreises, in Neubabelsberg, in Potsdam. Auch die von ihr betreuten und finanzierten Genossenschaften haben weitergearbeitet. So hat die Siedlungsgenossenschaft „Eigenheim“ am Bahnhof Erkner wieder 38 Wohnungen fertiggestellt und weitere 24 Wohnungen in Angriff genommen, mit denen die Gesamtzahl der dort gebauten Wohnungen sich auf bereits 316 belaufen wird. In der genossenschaftlichen Siedlung Bernau ist die Zahl der fertiggestellten Wohnungen auf 56 gestiegen. Gebaut wurde auch wieder in der Siedlung Schönwalde, auf dem Gelände der Kleinwohnhausbaugenossenschaft Dranienburg, auf den Klein-Schönebecker Grundstücken der Baugenossenschaft „Landhausheim“. Die Genossenschaft für Kolonisation hat in ihrer Siedlung Birkenstein bei Dohlsow sämtliche Häuser fertiggestellt und im Rentengutsverfahren an die Siedler ausgelassen. Auch in Gernsdorf hat die Siedlungsgenossenschaft „Eigenheim“ das vorgegebene Gelände voll bebaut. Die Siedlungsgenossenschaft Niederbarnim hilft auch Eigenheim, indem sie ihnen in der geschickten Weise die Finanzierung ihrer Bauvorhaben vermittelt und ihnen die Baustoffbeschaffung erleichtert. Von Einzelneuern wurden mit ihrer Unterstützung im letzten Jahr 125 Wohnungen errichtet. Im ganzen wurden 1923/24 unter Mitwirkung der Gesellschaft die Wohnungen um 265 bezugsfertige vermehrt und 104 sind noch im Bau. Außer diesen sind für 1924/25 weitere 160 in geschlossenen Siedlungen geplant. Seit Bestehen der Gesellschaft wurden in im ganzen 5150 neue Wohnungen geschaffen. Gegenüber der außerordentlichen Nachfrage nach Wohnungen fällt freilich alles das nur wenig ins Gewicht.

Sprengrversuche des Bürgerblocks.

Verhinderung der Staatsberatung.

Der Bürgerblock hatte gestern im Rathaus keinen guten Tag. Die Rechtsparteien hatten wohl gehofft, daß der Vorsteher unter ihrer moralischen Offensive getriekt zusammenbrechen würde. Statt dessen mußten sie erleben, daß der Vorsteher Genosse Haß in energischer und eindrucksvoller Weise seinen Rechtsstandpunkt gegenüber der Mißtrauensklärung der bürgerlichen Parteiführer verteidigte und daß diese Erklärung selbst in den eigenen Reihen der bürgerlichen Parteien schließlichen Eindruck machte. Es gab wohl nur noch wenige Stadtdenken auf der rechten Seite des Hauses, die sich nicht darüber im Klaren waren, daß vor der Öffentlichkeit ihre moralische Entrüstung über angebliche Geschäftsordnungsverletzungen als ganz gewöhnliche politische Sache unzweideutig gebrandmarkt war. Ihr eigenes Mißtrauensvotum zur Abstimmung zu bringen, wagten die bürgerlichen Parteien nicht. Die griffen nur zur Sabotage der Staatsberatung, sie ließen durch Herrn v. Egnern erklären, daß sie an einer weiteren Beratung nicht teilzunehmen würden. Der Kampf wird also weitergehen. Das Ziel der Bürgerlichen ist klar. Herr Koch glaubt schon, das Heft in der Hand zu haben und als Großblockführer in den Wahlkampf ziehen zu können. Die Demokraten sekundieren. Sie werden kaum etwas Gutes dabei ernten. Die gestrige Sitzung, die erneut der Beratung des Etats galt, zeigt, ob das Bürgertum seinem Ziele näher kommt.

Die gestrige auf 4 1/2 Uhr pünktlich einberufene ordentliche Sitzung wurde vom Vorsteher Genossen Haß um 5 1/4 Uhr für eröffnet erklärt und nahm in einer halben Stunde folgenden Verlauf: Der Vorsteher verlas den Wortlaut der ihm zugegangenen Zuschrift, in der ihm ein dreifacher Vorstoß gegen die Geschäftsordnung zum Vorwurf gemacht wird und die von den Vorsitzenden sämtlicher bürgerlichen Fraktionen, nämlich von Mübcke (dnatl.), Werten (Dem.), v. Egnern (Dsp.), Müller-Franken (Wirtschp.) und Dr. Salzhager (Z.) unterzeichnet ist. Die Bürgerlichen begleiteten die Verlesung und besonders den Ausdruck des Mißtrauens und die Namen der Unterzeichner mit kräftigem „Sehr richtig!“ und „Bravo!“ Auf der Linken begrüßte man namentlich den Namen Werten mit dem Schreie „Hört! hört!“ und Genosse Flatau ließ dem Namen die Charakteristik „Schwergewichtsdemokrat“ zu teil werden, was auf der rechten Seite großen Lärm erzeugte, in den sich auch der schrille Ton mischte, den das Pfeifen auf einem Schlüssel hervorbringt.

Genosse Haß

schloß der Verlesung das Nachstehende hinzu: Wir sind ein dreifacher Vorstoß gegen die Geschäftsordnung vorgeworfen. Nach meiner festen Überzeugung ist dieser Vorwurf unberechtigt. Ich habe in der letzten Sitzung bereits dargelegt, warum ich die öffentliche Sitzung vor die geheime ansetzte. (Stürmischer Widerspruch rechts! Ruf: Ausrukel!) Ich weise nochmals darauf hin, daß § 33 der Geschäftsordnung einem Viertel der Mitglieder das Recht gibt, eine Sitzung zu beantragen; nach § 35 hat der Vorsteher das Recht, die Tagesordnung festzusetzen. Ich habe trotzdem, obwohl ich nicht dazu verpflichtet war, die beiden Sitzungen mit den beantragten Tagesordnungen eingeladen; ausschlaggebend war für mich, daß eine öffentliche und eine nichtöffentliche Sitzung beantragt war. Hätte es sich nur um eine Sitzung gehandelt, so hätte ich unzweifelhaft die Tagesordnung selbst festgesetzt. Auch über die Frage der Anwendung des § 42 der Städteordnung (§ 44 der Geschäftsordnung) ist hier oft und auch vorhergehend sehr eingehend gesprochen worden; die Meinungen darüber waren von jeher geteilt und es ist einmal so, einmal so entschieden worden. Diese Tatsache kann von niemand geleugnet werden; meine Auslegung kann also keinen Vorstoß gegen die Bestimmung in § 42 bzw. § 44 bedeuten. Nun soll ich dreifach die Sitzung unredlicherweise aufgehoben haben. Nach dem Sinn des zweiten Absatzes des § 34 kann, wenn gegen die Sitzung kein Widerspruch erfolgt, als selbstverständlich angenommen werden, daß alle Mitglieder auch rechtzeitig eingeladen sind. Es ist auch kein Noorum, daß aus Anlaß nicht rechtzeitiger Einladung Sitzungen aufgehoben worden sind; das ist in Schöneberg, auch in Köpenick aus dem gleichen Anlaß, weil Widerspruch erfolgte, geschehen. Die fragliche Bestimmung kann nur den Sinn haben, daß die Einladungen nach den Gepflogenheiten des Bureau erfolgen und so lange als rechtsgültig und einwandfrei angesehen werden, bis von so vielen, als dort vorgehoben, Einspruch erhoben wird.

Ueber den Nachweis der Berechtigung des Einspruchs

sagt die Geschäftsordnung nichts. Nach meiner Auffassung besitzen die Stadtdenken ein Ehrenamt und sind in Pflicht genommen worden; und wenn ein Mitglied diesen Widerspruch erhebt, ist seine Behauptung daher auch für mich tatsächlicher Natur. (Lachen rechts.) Ich habe mich inzwischen bemüht, festzustellen, weshalb die Einladungen zu spät bestellt wurden. Infolge des Unwetters vom vorigen Sonnabend soll die Post in verschiedenen Gegenden die Bestellung nicht mehr ausgeführt haben. Die Oberpostdirektion,

die sich auch aus eigenem mit der Sache beschäftigt hat, erklärte auf Anfrage, daß feststehende Ermittlungen noch nicht vorliegen; bis jetzt sei ihr nicht bekannt, daß irgendwo das Austragen der Post eingeleitet worden sei. (Lachen rechts.) Ich habe das Schriftstück eingehend geprüft und mir überlegt, ob ich meine Handlungen und vor der Öffentlichkeit verantworten kann. Nach dieser Prüfung komme ich zu der Überzeugung, daß ich nach den Gepflogenheiten dieses Hauses und nach allem, was mir in meiner öffentlichen Tätigkeit bekannt geworden ist, mit gutem Gewissen meine Handlungen verantworten kann. (Lebhafter Beifall links, Lachen rechts.) Ich bin mir bewußt, daß ich bei meinen Amtshandlungen als Mitglied der größten Partei dieses Hauses doppelt vorsichtig sein muß. Meine Zugehörigkeit zur Partei hat meine Handlungen nicht beirrahrt; die Beratungen und Beschlüsse meiner Fraktion sind vorher nicht zu meiner Kenntnis gekommen. (Große Unruhe rechts. Ruf: Weineid!) Ich bitte, doch ruhig und sachlich zu bleiben und solche Zwischenrufe zu unterlassen; die Atmosphäre ist sowieso schon erhitzt genug. — Ich bin also nicht in der Lage, die Folgerungen zu ziehen, die zu ziehen dieses Schriftstück von mir verlangt; ich bringe es lediglich zur Kenntnis.

Zur Geschäftsordnung erhält das Wort

Genoss. (Komm.): Wir sehen dieses Schriftstück nicht für so wichtig an. Wichtiger für uns und für die Versammlung ist folgender Vorfall: Gestern ist in einer Bezirksverordnetenversammlung im Bezirk Wedding während der Logung der Stadtdenken und Stadtrat Dörr von Kriminal- und Schupobeamten mit vorgehaltenem Revolver verhaftet worden. (Große Erregung bei den Kommunisten. Ruf: Unerhörte Gemeinheit!) Diese Art des Vorgehens schlägt dem Parlamentarismus, wie Sie ihn auffassen, ins Gesicht. Dörr ist wegen eines Treppenergebens angefaßt. (Zurufe und Lärm rechts; Gegenruf von Dörrowski (Komm.): Gebildeter Stroch! Ordnungsruf.) Er hat sich keineswegs dem ordentlichen Gerichtsverfahren entzogen; er ist keinen Verpflichtungen als Stadtdenken und Stadtrat durchaus nachgekommen. Wir stellen einen Dringlichkeitsantrag, damit sofort Remedie geschafften wird, und wir versprechen, wenn die Versammlung ihn nicht annimmt und sich weiter solche Herabwürdigungen gefallen läßt, daß wir als Fraktion dem Hause keine Ruhe geben werden, bis man ihm entsprochen hat.

v. Egnern (Dsp.):

Nachdem der Vorsteher erklärt hat, daß er aus dem Mißtrauensvotum aller nichtsozialistischen Mitglieder, also der Mehrheit der Versammlung die Folgerungen nicht ziehen will, sehen wir keine Möglichkeit, unter dem Vorbehalt des Herrn Haß die Geschäfte weiterzuführen. Ich beantrage deshalb Verlegung der Sitzung und darüber namentliche Abstimmung.

Genoss. Dittmann: Wenn auch für die Stadt- und Bezirksverordneten keine Immunität besteht, so ist doch der Protest gegen die Art und Weise, wie der Stadtrat Dörr unmittelbar am Schluß einer Bezirksverordnetenversammlung verhaftet worden ist, sehr mit Recht erhoben worden. Es handelt sich tatsächlich um eine

Entwürdigung einer Bezirksverordnetenversammlung.

(Lachen rechts, in welches sich Weisen mischt.) Herr v. Egnern ist gestern im Abgeordnetenhause als ein ganz besonderer Politiker gekennzeichnet worden, dem ich dafür in diesem Hause die gebührende Hochachtung an den Kopf werfen möchte. Ausgerechnet dieser Herr v. Egnern hat die Verlegung beantragt. (Zurufe rechts.) Mit dem Vorwurf, der Vorsteher sei unobjektiv verfahren, begründen Sie ja den Antrag auf Verlegung! Ich will es dem Vorsteher nicht allein überlassen, zu begründen, daß er durchaus im Recht war; ich will es ausdrücklich bekunden, daß auch meine Fraktion bis zum letzten Mann der Auffassung ist, daß er mit seiner Auslegung des § 42 bzw. 44 absolut recht hat. Die Städteordnung verlangt, daß, ehe überhaupt § 42 anwendbar ist, vorher mindestens der Versuch einer Abstimmung gemacht worden ist. Demals aber ist über einen Verlegungsantrag abgestimmt worden und dabei stellte sich die Beschlussfähigkeit heraus. Es konnte also zur neuen Sitzung gar nicht unter Berufung auf § 42 einladen, denn im ersten Absatz des § 42 wird ausdrücklich die absolute Mehrheit für einen gültigen Beschluß gefordert. Sonst hätte ja jeder Vorsteher es jederzeit in der Hand, die klare Bestimmung, betreffend die absolute Mehrheit zu umgehen. Der Vorsteher ist gar nicht verpflichtet, irgendwie dem Mißtrauensvotum, das hier

das Werkzeug Ihrer (nach rechts) Nachpöfist

abgegeben soll, Rechnung zu tragen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.) Vorsteher Haß stellt fest, daß bei einem Antrag auf Verlegung namentliche Abstimmung nicht zulässig ist. Da ein Teil der Rechten den Saal verläßt, und zuletzt nur eine kleine Minderheit der Bürgerlichen im Saal bleibt, ist das Bureau nicht einig, ob eine beschlussfähige Anzahl präsent ist und der Vorsteher läßt auszählen. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt, und der Vorsteher erklärt um 6 1/2 Uhr die Sitzung für geschlossen mit der Hinzufügung, daß die für Freitag mit der gleichen Tagesordnung auf 4 1/2 Uhr einberufene Sitzung tatsächlich

Der Dampyr der Armen.

Ein falscher Arzt der Armenkommission festgenommen.

Ein Betrüger, der seit einiger Zeit sein Unwesen trieb und besonders im Norden und Osten der Stadt den Armen der Armen auch noch die letzte Habe stahl, wurde von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht. Wie früher schon mitgeteilt, erschieden bei alten Witwen, die kümmerlich ihr Leben fristen, ein älterer Mann, der sich als Vertrauensarzt der Armenkommission vorstellte und angeblich, von dieser beauftragt zu sein, ihren Gesundheitszustand zu untersuchen. Er spiegelte den alten Frauen vor, daß ihre Unterstützung erhöht werden solle, oder daß die Wäsche bestehe, sie in einem Heilmittel auf dem Lande unterzubringen. Die Befragten waren immer hoch erfreut und ließen sich gern untersuchen. Der angebliche Arzt machte sich eifrig Notizen und hat nach beendeter Untersuchung um Wasser, um sich die Hände waschen zu können. Während die Frauen das Wasser besorgten, steckte der „Arzt“ heimlich ein, was er an Wertgegenständen und verschwand damit. Den Bestohlenen wurde das Verbrechen album vorgelegt und sie erkannten nach einem Bilde den Schwindler als einen 48 Jahre alten Max Hartmann, der schon 16 Jahre in der Irrenanstalt Dalldorf zugebracht hat. Hartmann wurde in der Prenzlauer Allee ermittelt und festgenommen. Er hat auf diese Art viele arme Frauen geschädigt. Die, die noch keine Anzeige gemacht haben, weil sie vielleicht den Diebstahl noch nicht entbedt haben und immer noch auf den Bescheid der Armenkommission warten, werden erlucht, sich bei Kriminalkommissar Bulsch, Dienststelle B. I. 20 im Zimmer 133 des Polizeipräsidiums zu melden.

Schwerer Autounfall auf der Aous.

Ein sehr schwerer Autounfall ereignete sich gestern Abend 7 Uhr 30 Minuten auf der Aous-Bahn im Brunwald. Ein ARO-Wagen befand sich mit 100 Kilometer-Geschwindigkeit auf der Fahrt nach Nicolasssee. Am Kolonnenstein 3 plachte plötzlich ein Reifen und der Wagen überschlug sich, alle drei Insassen wurden von dem Wagen begraben. Zwei Personen wurden mit einem Privatauto in das Krankenhaus transportiert. Die Schauspielerin Manni Ziema aus der Schützburger Straße 44 in Schöneberg erlitt schwere Verletzungen und wurde mit dem Sanitätsauto der Wilmsdorfer Feuerwehr in das Krankenhaus Westend übergeführt.

Bezirksbildungsausschuss.

Karten für das Deutsche Opernhaus (gute Plätze zu möglichen Preisen) Sonnabend, den 28. „Carmen“, Sonntag, den 29. „Die Rattenfänger“. Letzte Vorstellungen in dieser Spielzeit. Im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Unter den Eichen, 3, 2. Hof, 2. Tr.

Morgen ist der

Deutsche Kinderhilfsstag

Jede Firma, jeder Privatmann frankiere an diesem Tage mit

Wohlfahrtsbriefmarken

für die Deutsche Nothilfe!

Verhilft den Kindern zur Erholung auf dem Lande!

Lunapark. Die Reihe der Vorläufe im Lunapark wird fortgesetzt durch einen am Freitag Abend stattfindenden harten Kampf zwischen Adolf Siegert und Alex Klaus. Der Kampf geht über vier Runden mit harten Wendungen. Ferner zeigt am Freitag der Italiener Spalla je einen amerikanischen Trainingskampf mit Diener, Diekmann und Brandl.

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 27. Juni.
Tageseinteilung. Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbüree. Nachm. 12.35 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht.
5.30—7 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle).
7.30 Uhr abends: Vortrag der Frau Margarete Coemmerer: „Ich vorschönere mein Heim“. 8 Uhr abends: Vortrag des Herrn Major v. Egan-Krieger: „Einheitskraft des Sports“. 9—10 Uhr abends: Froher Abend. Alice Goetze (Kinderlieder von Moyer Helmund). Am Flügel: Der Komponist Hans Sacher (Kunstjodlerin). Kammermusiker Hans Böds (Trompete). Emil Käthe (Hörner Rezitationen). Am Steinway-Flügel: Dr. Felix Günther. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagessnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportsnachrichten.

Koethe regiert.

Am der Berliner Universität finden am 1. 2. und 3. Juli die Wahlen zur Studentenschaft statt. Der „Deutsche Studentenbund“ (Freistudenten, Demokraten, Sozialdemokratische Studentenvereinigungen, jüdische Korporationen, Zentralverband Staatsbürger jüdischen Glaubens) hatte in folgendem Plakat zur Wahlversammlung eingeladen: Deffenliche Studentenversammlung. Dienstag, den 27. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Auditorium 33 der Universität. Deutsche Hochschule, Studentenschaft und völkische Bewegung. Redner: Dr. Albrecht Graf Montgelas, Professor Dr. Bergsträsser. Alle Kommissionen sind herzlich eingeladen. Ausweis: Studentenkartei Deutscher Studentenbund. Wählt am 1., 2. und 3. Juli die Liste Preuß. Rektor Koethe, der die Versammlungen der andern Vereinigungen anstandslos genehmigte, verweigerte ganz offensichtlich auf Grund seiner parteipolitischen Einstellung die Erlaubnis zu dieser Versammlung, wobei er auf die Frage: „Darf ein deutscher Hochschullehrer (Prof. Bergsträsser ist Berliner Hochschullehrer) nicht an einer deutschen Hochschule über studentische Dinge sprechen?“ mit einem glatten „Nein“ antwortete. Ein Kommentar zu dieser neuen Bergewaltigung akademischer Meinungsfreiheit erübrigt sich. Die Antwort des freihetlich gekennnten Teils der Berliner Studentenschaft an der Universität auf diese neue Provokation Rektors Koethes darf nur sein: Wählt die Liste des Deutschen Studentenbundes.

Ein eigenartiger Vorfall spielte sich gestern in der Gänstel, Ecke Uhlendstraße, ab. Hier fuhr ein stark betrunkenen Droschkentreiber langsam die Straße entlang und forderte die dort spielenden Kinder der Familien Zirnner und Eiding auf, mitzufahren. Die Kinder leisteten dieser Aufforderung Folge und fuhr mit der Droschke mit. Die Nummer des Wagens ist unbekannt. Nach den Kindern wird gesucht.

Von einem Lastauto überfahren wurde gestern mittag ein zwölfjähriger Knabe namens Schreiber aus Eibende. Er hielt sich an einem Lastauto hinten fest. Aber als das Auto eine Schwentung machte, fiel der Knabe herunter und wurde von einem entgegenkommenden Auto überfahren. In schwererem Zustand mußte er in das Lichtersfelder Krankenhaus transportiert werden.

Vollstrauverlag. Auf Beschluß des Verwaltungsrates des Volksbundes Deutscher Kriegerüberlebender wurde eine Eingabe um Freisetzung eines Vollstrauverlagers an die Reichsregierung gerichtet. Nach wiederholten Eingaben ähnlicher Art ist in einem Gesetzentwurf vom 20. April 1923 der Sonntag Invocavit als Feiertag für die Opfer des Krieges vorgesehen. Ein Beschluß des Reichstages ist noch nicht zustande gekommen.

Die Scala bleibt während des Monats Juli geschlossen. Beginn der Winterspielzeit 1. August 1924.

Schweres Bergwerkunglück in Oesterreich.

In dem Braunkohlenwerk Hart in der Nähe von Bognitz ereignete sich ein folgenschweres Unglück, bei dem 12 Bergarbeiter den Tod fanden. 18 Bergleute sind noch in dem Berg eingeschlossen. Es ist eine großzügige Hilfsaktion zur Befreiung der eingeschlossenen eingeleitet worden.

Nach dem letzten Bericht dürfte die Zahl der Ungekommenen etwa 39 betragen. Die Ursache des Unglücks ist in einer Ausströmung von Gasen zu suchen.

Arbeitersport.

Räufische Spielvereinigungen. In einem Wettbewerb treffen sich am Sonntag, den 24. Juni, nachmittags 5 Uhr, im Pöhlbergers Stadion Minero-Berchweiler und Ruffen-Flörsch-Bund. Beide Mannschaften sind als sehr spielfähig anzusehen und wird guter Fußballsport geboten werden. Vorher die unteren Mannschaften.

Die Verein Schwimmer Reutlingen (Mittl. d. N. L. u. Sp.-B.) veranstalten am Sonntag, den 24. Juni, nachmittags 8 Uhr, in ihrem schon gelegenen eigenen Sommerbad am Röhler Obelisk (Steinbrunn) ein interessantes Schwimmsportfest mit einem Anlauf ihres Wädlerischen Schwimmvereins. Das Programm ist ein ausgefallenes und interessantes. Bei dem guten Material, über das die Verein Schwimmer Reutlingen verfügen, sind scharfe und spannende Kämpfe vorauszusehen. Ein Wasserballspiel wird den Wädler des Festes bilden. Bei der Eintrittspreise mit 50 Pf. sehr niedrig gehalten ist, so haben alle Kreise der arbeitenden Bevölkerung Gelegenheit, dieses Fest zu besuchen. Fahrverbindung mit der Straßenbahn Linie 47 bis Jahnstraße, Stadt- und Ringbahn bis Bahnhof Reutlingen.

Kartellverband Weibling, 3. Bezirk. Am Montag, den 20. Juni, abends 7 1/2 Uhr, findet im Leihheim Schönheitsstr. 19, eine Kartellversammlung statt. Wegen der wichtigen Tagesordnung muß jeder Verein und jede Abteilung vertreten sein.

Freie Schwimmer Charlottenburg, Renn-Abteilung. Sitzung Freitag, den 27. Juni, abends 7 1/2 Uhr, bei Röhre, Schloßstr. 45. Wichtige Tagesordnung. Erfahrene aller Mitglieder ist Pflicht. Gäste herzlich willkommen.

Die Jüdische Karneval. Am 2. Juli beginnt die Sportliche Vereinigung Rordorf 06, in der Sporthalle Christburger Str. 7, mit einem neuen Jüdischen Karneval für Anfänger regelmäßig Mittwochs 8-10 Uhr abends. Es wird des gesamten Selbstverleibungsprogramms durchgenommen. Vorherige Anmeldungen Dienstags oder Freitags 8-10 Uhr ebendort.

Sport.

Rennen zu Ruhleben am Donnerstag, den 26. Juni:

- 1. Rennen. 1. Laddler (N. Wills), 2. Germania B. (Weidmüller), 3. Cobra (Werner). Toto: 50 : 10. Platz: 23, 22, 17 : 10. Ferner liefen: Idealist A., Merloni, Elfen, Valme I. Fredy Wille jr., Amorette, April.
2. Rennen. 1. Wainca (Kudnusch), 2. Benedikt (E. Treuberg), 3. Wagon Nord (Grohmann). Toto: 41 : 10. Platz: 14, 32, 11 : 10. Ferner liefen: Waldmünze, Verti, Carlolamus, Tereto, Duna, Infanz, Judianer, Dolina.
3. Rennen. 1. Bassani (Perr), 2. Armada I (Bauer), 3. Ebinhard (Reh). Toto: 31 : 10. Platz: 13, 12 : 10. Ferner liefen: Duelle IV, Waldmünze I, Rieger, Star.
4. Rennen. 1. Johannistaler (Krauß), 2. Della (Hartel), 3. Schill (P. Schulz). Toto: 55 : 10. Platz: 26, 69, 79 : 10. Ferner liefen: Krowitz B., Heideprinz I, Margot I, Ostermagda, Harstein, Widel, Garmein, Star.
5. Rennen. 1. Andertallen (N. Ringold), 2. Cadlac (Kornthof), 3. B. Kien, 3. Olen B. (Decker). Toto: 134 : 10. Platz: 25, 26, 22 : 10. Ferner liefen: Peter Harvet, Brinze Via, Importeur, Kola Nord, Star.
6. Rennen. 1. Rothbach (E. Treuberg), 2. Buchdrucker (Grohmann), 3. Velinus (Ringold). Toto: 11 : 10. Platz: 162, 16, 26 : 10. Ferner liefen: Hüte, Dichtung, Harweile, Wanne, Klasse für sich, Minnie, Karl Alexander, Jugendliebe.
7. Rennen. 1. Johannistaler (G. Lautenberg), 2. Dittmar (N. Wills), 3. Paul B. (H. Freundl). Toto: 143 : 10. Platz: 64, 45, 56 : 10. Ferner liefen: Gute, Witte Ragomon, Verbun, Verthold, Heidemann, Will I, Wih Groger, Gubrun, Grundberg, Schilps.
8. Rennen. 1. Ring Watts (E. Treuberg), 2. Preciosa Watters (E. Weig), 3. Doritza (N. Wills). Toto: 86 : 10. Platz: 18, 12, 13 : 10. Ferner liefen: Edith Warku, Feuerweber, Kibatro, Nord Ullersle.
9. Rennen. 1. H. G. (H. Weig), 2. Jiliente (Weidner jr.), 3. Minor (Wid. Freundl). Toto: 34 : 10. Platz: 14, 12, 13 : 10. Ferner liefen: Paula Dingen, Uebel, Roe Gregor, Vertheilchen, Veralla, H. B.

Wirtschaft

Um ein Stück Staatskapitalismus.

Aus Weimar wird uns gemeldet: Beim Landtag von Thüringen ist eine Novelle zum Staatsbankgesetz von der Regierung eingereicht worden. Die Änderungen beziehen sich auf eine Verstärkung der ministeriellen bürokratischen Einflüsse auf die Bank und eine Beschränkung der Banktätigkeit auf die Verwaltung von Staatsgeldern. Der Zusammenschluß der Thüringer Kleinstaaten zu einer Einheit brachte dem neuen Lande kein eigenes großes Geldinstitut in die Gemeinschaft; die ehemaligen Kleinstaaten hatten lediglich Kreditkassen aus dem 18. Jahrhundert, die fast ausschließlich Immobilienkredite kleinen Umfangs zu vermitteln hatten. Die Geldbedürfnisse des neuen Staates wurden bis in den Herbst 1922 vom Giroverband Sachsen-Thüringen-Anhalt, dessen Sitz in Magdeburg ist, und zwar durch dessen Weimarer Filiale vermittelt. Es bedarf keiner Erwähnung, daß die (ursprünglich sehr kleine) Weimarer Filiale der Girozentrale durch ihre Geschäfte mit dem Thüringer Staat sehr gewinnbringend wurde. Wäre es auch noch erträglich gewesen, daß die Girozentrale gute Gewinne bei ihrer Geschäftsverbindung machte, so schien es mit den Interessen der Thüringer Wirtschaft auf die Dauer nicht vereinbar, daß Spitzengelder und Gewinne der Girozentrale fast ausschließlich nach Berlin gingen. Aber auch die beiden großen privaten Geldinstitute Thüringens, die Bank für Thüringen, ehemals Strupp, in Weimingen, wie auch die Thüringer Landesbank sahen ihre letzten Interessen nicht in Thüringen. Wohl hat Strupp starke Beteiligung an der Porzellanindustrie und anderen Unternehmungen, aber es ist doch bei der engen Verbindung von Strupp mit der Diskontogesellschaft daselbst zu sagen, was die Commerz- und Privatbank, die die Thüringer Landesbank vollkommen in sich aufnahm, in ihrem Geschäftsbericht 1922 offen ausgesprochen, nämlich, daß die in Thüringen aufgeschwungenen Gelder nach Berlin, bei der Commerzbank auch noch in die Industrie Sachsens gingen. Der thüringische Staat, der sich seinerzeit unter sozialistischer Verwaltung befand, sah daher zur Wahrung sowohl des staatlichen und des wirtschaftlichen Interesses Thüringens kein anderes Mittel, als die Schaffung einer eigenen Staatsbank. Im Dezember 1922 kam unter dem Ministerium des Genossen Hartmann ein Staatsbankgesetz zustande, das dem zu schaffenden Institut die Möglichkeit gab, nach dem Vorbilde privater Unternehmungen eine Organisation zu errichten, die die Staatsgelder verwaltete und Gelder aus ihrem Geschäftsbetrieb der thüringischen Wirtschaft zuführte. Als Präsident wurde der aus der Bankbranche hervorgegangene Genosse Loeb aus Frankfurt a. M. gewonnen. An seine Seite wurde ein Verwaltungsrat gestellt, dem Vertreter des Wirtschafts- und Innenministeriums, des Landtages, so unser Genosse Dr. Rieh-Jena, Vertreter der Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftskammern und mangels gesetzlicher Vertreter der Konsumenten und Arbeiter je ein Vertreter der Konsumvereine (Genosse Dinter-Bera) und der Gewerkschaften (Genosse Hartmann-Jena) beigegeben. Der Staat gab dem jungen Unternehmen eine Papiergeldmenge im Betrage von 20 000 Goldmark und als Filialen die früheren Landesbankstellen mit auf den Weg. Die Bank entwickelte sich unter der Leitung Loeb's bald zu einem überaus kräftigen und wichtigen Faktor nicht nur in der thüringischen Wirtschaft, sondern, wie auch bürgerliche Blätter feststellten, zu einem der wichtigsten Exponenten des deutschen Geldwesens. Die erstaunlich große Energie der Leitung konnte sich nach dem Gesetz mit Hilfe privatrechtlicher Technik ohne Zeit- und geschäftliche Verluste auf die jeweilige Marktlage einstellen und dem Staate nicht nur die von ihm eingebrachten Gelder wertbeständig erhalten, sondern die entbehrlichen Gelder auf fruchtbringende Weise sichern und vermehren. In den Zeiten der Hochinflation trat dann die Staatsbank mit zwei verschiedenen, doch staatspolitisch gleich bedeutsamen Maßnahmen an die Öffentlichkeit. Als der Geldgenußmangel katastrophal wurde, warf die Bank in kurzer Zeit die für Lohnzahlungen notwendigen Wertzeichen auf den Markt, so daß in Thüringen mancher in anderen Gegenden entstandenen Erzeugnisse vermieden werden konnten. Zur gleichen Zeit ließen die Gemeinden bekanntlich unter entsetzlichem Kapitalmangel, um u. a. die für die Reste der Zwangswirtschaft notwendigen Gelder aufzutreiben; die Staatsbank finanzierte deshalb nicht nur den Zuckerkauf für die Gemeinden und Kreise, sondern stellte auch umfassende Kredite zur Beschaffung von Kartoffeln und anderen Lebensmitteln zur Verfügung und half den Gemeinden durch Gewährung von Geldern zur Aufrechterhaltung ihrer Verwaltung und von Notstandsarbeiten. In diesem Zusammenhänge kann auch anderer Zeichen der Expansionskraft der Bank Erwähnung getan werden, der Gründung einer gemischt-wirtschaftlichen Getreide-A.G. für Thüringen, die die Großversorgung des Landes mit Lebensmitteln übernehmen konnte, die Gründung verschiedener Elektrizitätswerke zur Ausnutzung der Thüringer Wasserkräfte und die Beteiligung an anderen Unternehmungen. Obwohl auch die agrarischen Mitglieder des Verwaltungsrats niemals haben durchblicken lassen, daß sie der Gründung der Getreide-A.G. feindlich gegenüberstanden, trat doch der Landbund bald in scharfer Gegnerschaft zur Bank als der Geldgeberin der Getreide-A.G., weil sie es verstanden hatte, die Preise für die notwendigen Lebensmittel in Thüringen zu senken. Die Beziehungen der Bank, die sich ihrer Leitung willen auch des Vertrauens der besten Privatgeldinstitute erfreuen konnte, zu anderen gleichartigen Instituten wurde immer enger; mit der Sächsischen Staatsbank kam durch Austausch von Verwaltungsratsmitgliedern eine innige Interessengemeinschaft zustande. Trotz dieser erstaunlich großen Ausdehnung des Geschäftskreises in sehr kurzer Zeit, holte die Bank doch vermocht, sich so zu kräftigen, daß bereits nach einem halben Jahre 250 Proz. Dividende in Gold berechnet und auf das Grundkapital in Gold an den Eigentümer der Bank, das Land Thüringen, abgeführt werden konnten; der Thüringer Etat für 1924 weist 200 000 Goldmark als Ertrag der Bank für 1923 auf, das sind 1000 Proz. Divi-

dende. Damit vergleiche man die von den großen D-Banken für 1923 angegebenen Ertragnisse!

Mit dem Wählenden des Verfalls, die Kommunisten zu positiver Arbeit heranzuziehen und dem Umschwung der politischen Verhältnisse in Thüringen und im Reich setzte ein Kampf gegen die Staatsbank ein. Zunächst versuchte die der Getreide-A.G. mitgestimmte Konkurrenz mit Hilfe des Militärs unter dem Ausnahmezustand vorzugehen. Schließlich, nach dem Wählenden dieses Streiks, ging die völkische Fraktion des thüringischen Landtages gegen Genossen Loeb, angeblich seines Bekanntheits wegen, vor. Nicht zuletzt darüber ist der Nachfolger des Sozialisten Hartmann, ein aus dem Beamtenstand hervorgegangener Finanzminister, zu Fall gekommen. Aber unter dem neuen Finanzminister hatte es zunächst den Anschein, daß die völkischen in der Sache Loeb ihren Führer Dinter fallen gelassen hätten, um die Bank im Staatsinteresse nicht zu gefährden. Wie nun die obige Meldung aus Weimar ergibt, haben die Angriffe gegen die Staatsbank, wenn auch keine unmittelbar personelle, so doch nunmehr die sachliche Wirkung gehabt, daß sich die Regierung zu einer Aenderung der gesetzlichen Grundlage der Bank entschlossen hat. Die Betonung der Vorkriegszeit des Finanzministeriums über die Bank in den Abänderungsvorschlägen kann nur zur Folge haben, daß die bisher von unsachlichen Hemmungen und politischen Widerständen freie reibungslose Technik durch ein unständliches Verfahren abgelöst wird, in dem die Bureaucratie des Finanzministeriums sicher nicht die geringste Hemmung bedeuten wird. Es hat den Anschein, als ob die Schnelligkeit der Entschlüsse, die der Staatsbank von ihren Geschäftsfreunden nachgesagt worden ist, den jetzigen Nachhabern unsequem geworden ist. Aber die mit der Gesetzesänderung verbundene Erschwernis des Geschäftsverkehrs scheint auch anderen Einflüssen den Weg öffnen zu wollen. Angesichts der starken Geld- und Agrarkrise hat der Thüringer Landbund Reueung verspürt, das Institut gänzlich auf den Immobiliarkredit umzustellen und so eine Geldquelle zu bekommen, die ihm sonst nirgends offensteht. Tritt schon in diesem Moment das Privatwirtschaftliche stark hervor, so wird mit der zweiten wesentlichen Aenderung des Gesetzes, nämlich der Einführung der Vorschrift, daß Gründungen oder Beteiligungen von Unternehmungen nur mit Erlaubnis des Finanzministeriums vor sich gehen sollen, der offene Kampf gegen die staatskapitalistische Bedeutung des Unternehmens aufgenommen werden. Wie weit hier verstanden das private Bankkapital die Hand im Spiel hat, ist nicht festzustellen; jedenfalls ist sich die bewusste Privatwirtschaft der grundsätzlichen Bedeutung der Staatsbank für die Gestaltung der Wirtschaft überaus klar. Kein Beringerer als Professor Schmalenbach, der bekannte Finanzsachverständige und Lehrer für Privatwirtschaft in Köln, hat der Staatsbank das Zeugnis ausgesprochen, daß in ihr mit neuen Methoden versucht werde, marginale Ideen in die Praxis umzusetzen. Damit ist die Problemlösung gegeben, damit aber auch schon ein großer Teil der Antworten der verschiedenen Parteien auf die Nozelle vorausgesagt. Bei der heutigen Konstellation bedeutet Eintreten für Staatswirtschaft und Staatskapitalismus in den Augen des Privatprofits Terraingewinn für die arbeitende und schaffende Masse.

Die neuen Schutzollbestrebungen.

Das Geplänkel um die künftige Gestaltung der Zölle hat begonnen. Das Reichswirtschaftsministerium hat dem wirtschaftspolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates einen Beschlusentwurf zugehen lassen, der eine Erhöhung der bestehenden Zölle auf Textilien, chemische Produkte und elektrotechnische Fabrikate um 30 bis 80 Proz. vorschlägt. Das Reichswirtschaftsministerium wolle damit, wie es sagt, die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die noch bestehenden Einfuhrverbote beseitigt und die Einfuhrbeschränkungen auf die Bahnen der Zollpolitik geleitet würden, um so den Abschluß von Handelsverträgen zu begünstigen. Der Ausschuß des Reichswirtschaftsrates hat die Vorlage abgelehnt und der Regierung nahegelegt, sich die jetzt ablaufende Ermächtigung für vorübergehende Zollerleichterungen vom Reichstag erneuern zu lassen. Die Sozialdemokratie lehnt es jedoch ab, der Regierung erneut eine Vollmacht zu erteilen, die ihr für eine gewisse Übergangszeit die Möglichkeit zu Zollerhöhungen geben würde, nachdem man auf dem Standpunkt steht, daß ein hoher Schutzoll immer noch weniger bedenklich sei als ein Einfuhrverbot. Die Wirtschaft braucht, wenn der Preisabbau beschleunigt werden soll, für einige Zeit weitgehende Erleichterungen der Einfuhr. Jede andere Politik ist geeignet, die unnütze Verteuerung der Ware zu fördern. Solche ausführlicher Verhandlungen wird es sein müssen, den Zolltarif so zu gestalten, daß er auf die Dauer den Abschluß günstiger Handelsverträge erleichtert.

Diese Stellungnahme unserer Reichstagsfraktion ist um so wichtiger, als die Agrarier sich bei ihren Schutzollforderungen immer wieder auf den aus der Vorkriegszeit stammenden Schutzoll für Industriefabrikate berufen. Die Lebensmittelzölle sind seit dem Kriege außer Kraft gesetzt. Wie sehr es den Agrariern früher gelungen ist, durch Schutzölle die Lebenshaltung zu verteuern, zeigt die folgende Gegenüberstellung der deutschen Agrarzölle seit 1879.

Die deutschen Getreidezölle 1879 bis 1906

in Mark für den Doppelzentner

	Staggen Weizen	Malzgerste	Futtergerste	Hafer
1879 Vorlage	0,50	1,-	0,50	—
Weich	1,-	1,-	0,50	—
1885	8,-	8,-	1,50	—
1887	5,-	5,-	2,30	—
Caprivische Handelsverträge 1892	3,50	3,50	2,-	—
Seit 1. März Tarifgesetz von 1902 maximal	7,-	7,00	7,-	—
minimal	5,-	5,50	4,-	—
1906 Vertragstarif a	5,-	5,50	4,-	1,80
Forderungen des Bundes der Landwirte b	7,50	7,50	7,50	—

(Wir entnehmen diese Tabelle der 3. Auflage der „Handelspolitik“ aus den Lehrbüchern zu Studien über Wirtschaft und Staat, Herausgeber Prof. Dr. Jastrow, Karl Heymanns Verlag, Berlin.)

Von köstlich erfrischendem, würzigem Geschmack. — Die stundenlang anhaltende, antiseptische Wirkung konserviert die Schleimhäute und aromatisiert gleichzeitig den Atem.



Trotz der stark desinfizierenden, zahnsteinlösenden Eigenschaften ohne schädigenden Einfluß auf den Zahnschmelz. — Die gründliche und mühelose Beseitigung des Zahnbelages ist augenfällig.

J.G. MOUSON & CO. Gegründet 1798 in Frankfurt a.M. • Hersteller des weltbekannten Hautpflegemittels CREME MOUSON

Groß-Berliner Parteinachrichten.

16. Kreis Wedding. Bezirksvereinsfraktion: Sonnabend 8 Uhr Fraktions-Sitzung im Ledigenheim, 1. Etage, Zimmer 122.
17. Kreis Wilmberg. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: Helfertagung Sonnabend, den 28. Juni, 7 Uhr, in der Bibliothek Weichselstraße.
18. Kreis. Sonnabend, 28. Juni, 6 1/2 Uhr, im Volkshaus Reinickendorf-West, Schornsteinfabrik, Sitzung des Bildungsausschusses.
- Heute, Freitag, den 27. Juni:**
17. Abt. Die Bezirksleiter werden ersucht, die Beitragsmarken, Sammellisten, Reimarken usw. bis zum Sonnabend, den 28. Juni, abzugeben.
18. Abt. Die Abteilungsversammlung fällt wegen der Kreismitgliederversammlung aus. (Vahnenhof, Frauentel, Chausseestraße.)
19. Abt. Treptow und 102. Abt. Baumgartenweg. Bildungsausschuss: 8 Uhr 28. Vorführung wissenschaftlicher Filme, in der Treptower Sternwarte. 1. Eine Wanderung durch Dresden, das Elbtal und die Sächsische Schweiz. (3 Teile.) 2. Was das Auge nicht sieht. (Wunder der Feilsupe.) 3. Eblen und die wilden Bestien. (Scheratridfilm.) Eintritt 50 Pf., Nachmittags 5 Uhr: Vorstellung für Kinder. Eintritt 15 Pf.
- Sonntagsklassen. Gruppe Eden: 7 1/2 Uhr Kreisvertreterwahl im Hause des Zentralverbandes der Angestellten, Belle-Alliance-Str. 7-10, Hof 3 Tr. Öffentl. 7 Uhr Arbeitsausführung. — Gruppe Rosen: Der Abend fällt wegen der Kreismitgliederversammlung der Partei aus.

Morgen, Sonnabend, den 28. Juni:

19. Abt. Rahnsdorf-Wilmshagen. 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Sebnitz. Tagesordnung: Bericht über „Die politische Lage“. Raumzahl des 1. Vorstehenden.

Abt. 12a. Rahnsdorf-Wilmshagen: 8 Uhr Mitgliederversammlung und Schlußabend im Restaurant „Sogerheim“, Rahnsdorf-Wilmshagen.

19. Abt. Neukölln. Sonntag, den 29. Juni, Familienausflug nach Falkenhof. Treffpunkt 7 Uhr früh Berliner Bahnhof, Radfahrer bis 9 Uhr Bahnhof Grünau, nachdem in Falkenhof.

Frauenveranstaltung am Sonnabend, den 28. Juni:

2. Kreis Tiergarten. Die Genossinnen veranstalten am Sonnabend nachmittag ein Kaffeefest mit den Familien im Insektorant, Blüthensee, Spandauer Schiffahrtkanal. Gäste willkommen.

Jugendveranstaltungen.

Achtung, Abteilungsleiter! Die Expedition bleibt heute abend geschlossen. Abrechnungen werden am Mittwoch nach der Generalversammlung entgegengenommen.

- Abt. Jugendheim Chausseestr. 48. Diskussionsabend: „Wie sollen wir wandern?“ — Charlottenburg: Jugendheim Rosenstr. 4. Vortrag: „Was nützt eine Weltanschauung?“ — Köpenick: Jugendheim Grünauer Str. 5. Vortrag: „Jugend und sexuelle Frage.“ — Lichtenberg: Jugendheim Gemeindefaule Spill-Weidenstr. 54. Vortrag: „Die Religion, ihre Entstehung und Verbreitung.“ — Weidnitz: Jugendheim Gemeindefaule Waldenferstr. 21. Vortrag: „Naturwissenschaftliche Wanderung“. 2. Teil. — Weidnitz II: Jugendheim Gemeindefaule am Stepanplatz. Vortrag: „Wir und die gegenwärtige Jugendbewegung.“ — Neu-

West II: Jugendheim Rosalstr. 8. Vortrag: „Das Wandern.“ — Niederschönhausen: Jugendheim Gemeindefaule Berliner Str. 81. Diskussionsabend: „Kultur.“ — Niederschönhausen: Jugendheim Blumenburger Str. 69-70. Vortrag: „Was ist der Verfall.“ — Köpenick II: Jugendheim Gemeindefaule Danziger Straße 23. Vortrag: „Aufzüge der Naturgeschichte“. 1. Teil. — Hies (Strolacher Viertel): Jugendheim Gemeindefaule Kogelstr. 3. Vortrag: „Das Volk.“ — Köpenick II: Jugendheim Gemeindefaule Kogelstr. 3. Vortrag: „Das Volk.“ — Köpenick II: Jugendheim Gemeindefaule Kogelstr. 3. Vortrag: „Das Volk.“ — Köpenick II: Jugendheim Gemeindefaule Kogelstr. 3. Vortrag: „Das Volk.“

Wanderungen zum Ferienaufenthalte im Sandheim in Wannenburg werden im Jugendsekretariat, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Treppen, Zimmer 11, entgegengenommen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Die Stadtgesellschaft für Währungs- und Finanzreform, e. V., Berlin NW. 7, Dortheenstr. 31, veranstaltet am Dienstag, den 1. Juli, abends 8 Uhr, im großen Festsaal des Vereins Deutscher Ingenieure, Berlin NW. 7, Sommerstraße 4a, eine Tagung, auf der der Direktor im Reichswirtschaftsministerium, Herr Dr. Dalberg, über das Thema „Die deutsche Währung nach dem Sachverständigenrat“ sprechen wird.

Vollstreckung. Für die Stadtteile Berlin-Ost, Lichtenberg und Friedrichsfelde findet am Freitag, den 27. Juni, abends 7 Uhr, in der Schulaula Carlshaus, Lichtenberg, eine allgemeine Versammlung statt.

Böttner

Schuh - G. m. b. H.

Verkaufsstellen Berlin:
Oranienstr. 29
Kleiststr. 22 + Turmstr. 78
Neukölln: Berlinerstr. 43
Brunnenstr. 13

Dieser Schuh aus Prima weiß Leinen mit L. XV. u. amerik. Absatz nur Schnürschuhe in weiß u. grau zum gleichen Preis

2,90

Auf alle andern Schuhe u. Stiefel die wir in denkbar größter Auswahl bringen haben wir die Preise bis

40%

herabgesetzt

Dieser Spangenschuh aus Prima weiß Leinen in modernster Form mit weißem am. Absatz nur

2,90

SCHWAIGER

HOLZKÜSER
 von 500 Mk. an. Schuppen, Hallen, Garagen etc. Bietet preiswert kurzfristig Holzhausbau Lüttmann 8 54, Lehrlingstr. 91/93 Norden 5020/21

Möbellabrik Rob. Seelisch, Berlin O, Rigaer Str. 71
 Günstiges Angebot in kompletten Wohnungs-Einrichtungen

1 eich. Schlafzimmer komplett, sowie 1 Anrichteküche	600	1 eich. Schlafzimmer Mark 1 eich. Speisezimmer 1 Anrichteküche	1100	1 eich. Schlafzimmer Mark 1 eich. Speisezimmer 1 Herrenzimmer 1 Anrichteküche	1600
----------------------------------------------------------------	-----	--------------------------------------------------------------------------	------	---------------------------------------------------------------------------------------------------	------

Besuch lohnend. Geschäftszeit von 8-7 Uhr.

Zähne 1 u. 2 G.-M. Teilzahlung
 gestattet b. al. Anzahl u. wöchentl. Abzahlung von 1 G.-M. an. Echte Goldkronen v. 8 G.-M. an. Ersatzkronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gaumenplatte v. 3 G.-M. an. Zahn mit Betäub. 1 G.-M. an. Bestellg. von Gebissen gratis. Rat und Munduntersuchung gratis. 3 Jahre weitgehende Garantie. Ueber 20.000 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

Halvani, Danziger Strasse 1, Ecke Schönhauser Allee.
 Vorzeiger 10% Rabatt.

HERMANN Tietz BILLIGE Lebensmittel

Frisches Fleisch

Kalbskamm	Pfund	60 Pf.
Kalbsnierenbraten	Pfund	70 Pf.
Kalbskeulen	Pfund	75 Pf.
Hammelvorderfleisch	Pfund	60 Pf.
Hammelkeulen	Pfund	75 Pf.
Schweinebauch mit Beilage	Pfund	60 Pf.
Schweineschinken und -Blatt	Pfund	70 Pf.
Schmorfleisch ohne Knochen	Pfund	90 Pf.
Gehacktes	Pfund	60 Pf.
Schweineköpfe gepökel	Pfund	27 Pf.

Ochsenkamm gefroren Pfund 45 Pf.
Querrippe u. Brust gefroren Pfund 50 Pf.

Sonder-Angebot!

Mengenabgabe vorbehalten **Freitag u. Sonnabend** Verkauf soweit Vorrat

Gemüse	Kolonialwaren	Wurstwaren
Schoten Pfund 18 Pf.	Gebr. Gerste Pfund 16 Pf.	Leberwurst Pfund 48 Pf.
Stachelbeeren Pfund 24 Pf.	Tafelreis Pfund 17 Pf.	Rotwurst Pfund 48 Pf.
Ital. Tomaten Pfd. 25 Pf.	Bandnudeln Pfund 17 Pf.	Sülzwurst Pfund 65 Pf.
Möhren grosses Bund 40 Pf.	Weizengriess Pfd. 18 Pf.	Mettwurst grob Pfund 90 Pf.
Pfefferlinge Pfund 45 Pf.	Kartoffelmehl Pfd. 18 Pf.	Jagdwurst Pfund 1 ⁰⁰
Gurken grüne Stück 38 u. 42 Pf.	Hartgriess Pfund 24 Pf.	ff. Leberwurst Pfd. 1 ¹⁰
Gr. Kirschen Pfund 23 Pf.	Pfirsiche getrocknet Pfund 60 Pf.	Teewurst Pfund 1 ²⁰

Hochwertige evaporat. dänische **Vollmilch** 7-8% Fettgehalt, Dose **35 Pf.** 3 Dosen **100 Pf.** Kortprobe gratis

Gefrorene Kaninchen ohne Kopf und Füße Pfund 10 Pf.	Amerik. Würstchen Dose 25 Pf.	Portug. Oelsardinen Klundose 40 Pf. Dosen 3 ⁸⁰
-----------------------------------------------------	-------------------------------	-----------------------------------------------------------

Frische Fische Neu aufgenommen

Seelachs mit Kopf, im Ganzen Pfund 10 Pf.
Kabeljau ohne Kopf, im Ganzen Pfund 15 Pf.
Grüne Heringe Pfund 16 Pf.
Rotbars ohne Kopf Pfund 14 Pf.
Makrelen Stück 12 Pf.
Engl. Bücklinge Pfund 38 Pf.
Engl. Matjesheringe 2 Stück 15 Pf.

Apfel-Gelee ca. 1-Pfund-Glas 35 Pf.
Aprikosen-Konfitüre 2-Pfd. Elmer 140
Johannisb.-Konfitüre 2-Pfd. Elmer 135
Pflaumen-Konfitüre 2-Pfd. Elmer 135

Romatour Stück 32 Pf.
Limburger Käse Pfund 60 Pf.
Frz. Emmenthaler Schachtel 78 Pf.
Schweizer Käse Pfund 1 ⁴⁰

Himbeersaft mit Raffinade eingekocht 1 ⁴⁰ 2 ⁰⁰ 18 ⁰⁰	1922 ^{er} Oberhaard. Maikammerer bei 10 Fl. bei 25 Fl. 1 ⁰⁰ 95, 90 Pf.	Roter, süßer Johannisbeerwein 1/2 Flasche bei 10 Fl. bei 25 Fl. 1 ⁰⁰ 95, 90 Pf.	Holländische Speisen Fabrikat A. J. Polak
1922 ^{er} Dürkheimer Feuerberg Rotwein vorzüg. Qualität 175 160 150	1922 ^{er} Bayerfeld. Schlossberg mittel-voller Tischw. 1/2 Fl. bei 10 Fl. bei 25 Fl. 150 140 130	Apfelwein „Spezialabfüllg.“ 1/2 Flasche bei 10 Fl. bei 25 Fl. 55, 52, 50 Pf.	Vanille-Creme Paket 15 Pf.
Die Weinpreise verstehen sich annehmlich Flasche und Steuer!			Dreimühlen naturrein. Kakao-Pudding, Paket 20 Pf.
			Dumbar-Pudding Paket 25 Pf.
			Cumberland-Pudding Paket 25 Pf.
			Kerst-Pudding mit Mandeln u. Rosin., Paket 25 Pf.
			Mandelchen-Pudding Paket 25 Pf.
			Makronen-Pudding mit Mand. u. Makr., Paket 30 Pf.
			Tutti-Frutti Frucht-Pudding Paket 12 Pf.

300

GROSSER PREISSTURZ

Jackett-Anzüge halb umsonst, aus besten Stoffen verarbeitet, früher bis 80 Mk., jetzt durchweg Pelzwaren aller Art 40 Proz. herabgesetzt

Ein Posten Damenkostüme früher bis 60 Mk. jetzt 15 Mk. : Ein Posten Damenmäntel früher bis 50 Mk. jetzt 9 Mk.

58a Gelegenheitskaufhaus Moritzplatz 58a

20 Mk.

Sozialpolitische Reichstagsdebatte.

Der Reichstag hat gestern, Donnerstag, nach den bereits im „Vorwärts“-Abendblatt gemeldeten Abstimmungen die Anträge auf Änderung des Reichsbeamtengesetzes und des Pensionsergänzungsgesetzes dem Beamtenausfluß überwiesen.

Angenommen wurde gegen Zentrum, Volkspartei und Demokraten ein sozialdemokratischer Antrag, den weiteren Personalabbau solange anzusehen, bis der Gesetzentwurf über eine zweite Änderung der Personalabbauverordnung vom Reichstag verabschiedet ist. Darauf wurde

die sozialpolitische Aussprache

fortgesetzt.

Abg. Frau Teusch (Z.) betont, das Zentrum habe immer mit allem Eifer die Sozialpolitik gefördert in dem Bestreben, einen verständigen Ausgleich zu schaffen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Produzenten und Konsumenten. In der Sozialversicherung ist mehr Wert auf die Sachleistungen als auf die Geldleistungen zu legen. Wir verlangen obligatorische Familienkrankenversicherung, vor allem Ausdehnung der Familienwochenhilfe. In der Unfallversicherung darf nicht die schematische Einheitsrente gelten, sondern es müssen Steigerungen möglichkeiten gegeben sein. Die Verwaltung der Sozialversicherung muß vereinfacht und verbilligt werden. Die Rednerin wünscht Verbesserungen der Erwerbslosen- und Kleinrentnerfürsorge. Die Entwicklung der Arbeitszeitfrage war in der letzten Zeit wenig erfreulich. Die gesetzliche Regelung wäre doch wohl besser gewesen. Wir halten nach wie vor am Normal-Arbeitszeitgesetz fest; aber er darf nicht zum starren Schema werden, sondern muß sich den Produktionsverhältnissen anpassen. Mindestens sollte aber die Arbeitszeitfrage in der Richtung geprüft werden, daß den Arbeitnehmern in gesundheitschädlichen Betrieben und den Schwerarbeitern Erleichterung geschaffen wird. Ein Arbeitsgerichtsgesetz muß schleunigst vorgelegt werden. Wir wollen der Rat des deutschen Volkes abhelfen ohne Rücksicht auf die Herkunft seiner Rat (Beifall i. Z.)

Abg. Stetter (Komm.) bezeichnet es als eine widerliche Heuchelei, wenn hier diejenigen Parteien für die Sozialpolitik sprechen, die durch ihre Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz erst den Abbau der Sozialpolitik ermöglicht hätten.

Das Schicksal unseres Volkes kann nur im blutigen Bürgerkrieg entschieden werden.

Den Sozialrentnern und den Opfern des Krieges und des Ausnahmestandes müsse mindestens das Existenzminimum gesichert werden. Ein deutschnationaler Abgarnener, ein Direktor von Böhmen u. Vog. habe als erster die Kriegsbeschädigten aus dem Betrieb entfernt und ihnen nur 25 Proz. der Mindestlöhne gezahlt. (Hört, hört! b. d. Komm.) Vom diesem Reichstag, diesem Reichsparlament könne das Proletariat nichts erhoffen, es müsse sich selber helfen. (Händeklatschen b. d. Komm.)

Abg. Thiel (D. Sp.) fordert in erster Linie bessere und gerechtere Verforgung der Kriegsopter, denen in der Inflationsperiode bitteres Unrecht angetan worden sei. Die Sozialversicherung müsse dem sozialistischen Monopol entgegen und auf berufständischer Grundlage aufgebaut werden. Die Erwerbslosenfürsorge müsse in eine Erwerbslosenversicherung umgewandelt werden. Die Arbeitsgerichte müßten den ordentlichen Gerichten angegliedert werden. Ihre heutige gemeindliche Aufbau verbürge nicht die notwendige Unabhängigkeit der Richter. Ein Dogma des Arbeitszeitgesetzes behelbe für vernünftige Arbeitnehmer nicht; aber die Bemessung der Arbeitszeit dürfe auch nicht der Willkür des Arbeitgebers überlassen werden. Die Handhabung der Arbeitszeitverordnung durch verschiedene Stellen sei nicht zu billigen. Das Schlichtungswesen bedürfe zwar noch mancher Reformen, aber es sei doch nicht schlecht. An Stelle des Schlichters sollte eine Körperschaft über die Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen entscheiden. Den Hebern und Scharfmachern müsse der Gedanke der Arbeit- und Volksgemeinschaft entgegengesetzt werden. (Beifall b. d. Sp.)

Abg. Jahrenhorst (Nat.-Soz.) nennt es eine Schande, daß man erst im Reichstag die Billigkeitsfrage gegen die Kriegsopter fordern müsse. Die nachdememberlichen Regierungen hätten dafür kein Geld, aber sie hätten Geld für den Staatsgerichtshof zum Schutze der jüdischen Vorbesitzer, für das Spielzeug des Genossen Seering und für die Einleitung der vielen Prozesse gegen schwerbeschädigte Kriegsteilnehmer, die sich nicht auf den Boden dieser dreimal verfluchten Novemberrepublik stellen und den Rat hatten, die jüdische Börse der Re-

vemberrevolution ein Verbrechen und ihre Urangereue Verbrecher zu nennen. Die Regierung Marx-Stresemann beantwortet wohl die unerschämte Entwaffnungsnote des Juden Herzl, aber nicht den Rotschrei der Reiteranten. Die vordememberliche Sozialpolitik der kaiserlichen Zeit ist von den nachdememberlichen Regierungen in Grund und Boden verkauft worden. Wir brauchen Geld und wir könnten es haben, wenn wir das eingewanderte östgalische Schiebergeld entgelten und ausweisen. Nur den Kassen mit den Käufen sollen sie behalten. (Heiterkeit b. d. Nat.-Soz.) Die soziale Frage kann in dieser

mit dem jüdischen Kapital verfluchten Novemberrepublik

überhaupt nicht gelöst werden. Das ist erst möglich in dem östlichen Staat, den wir nötigenfalls mit der Waffe in den Straßen Berlins gegen die jüdischen Generale Schölen und Kay erkämpfen wollen. Diesem östlichen Deutschland, das von Strahburg bis Danzig, von Schleswig bis Wien reichen soll, gilt unsere Arbeit. (Heilgeschrei d. Nat.-Soz.)

Bizepräsident Dr. Bell wacht auf und sagt: Der Redner hat von einer „dreimal verfluchten Novemberrepublik“ gesprochen. Dieser Ausdruck ist durchaus parlamentarisch unzulässig. Er ist eine schwere Beleidigung der durch die Verfassung geschaffenen Staatsform. (Beifall b. d. Nat.-Soz.)

Abg. Hegler (Dem.) hält es für unmöglich, sozialpolitische Arbeit mit solchen hehneriammlungsreden zu treiben, wie sie der Redner hielt. Eine wirksame Sozialpolitik werde erst möglich sein, nach der Lösung des Reparationsproblems. Wir ersuchen die Regierung um eine Zusammenstellung aller Maßnahmen, die für die Kriegsbeschädigten getroffen sind. Im Arbeitsnachweiswesen ist der Betrieb zu bürokratisch. Aus der gleichen Ursache werden auch die Entschädigungen im Schlichtungswesen oft unentgeltlich verzögert. Wenn es notwendig war, ist die Arbeiterschaft immer zur Leistung von Überstunden bereit gewesen; aber der

Abschlusstag darf nicht befristet werden.

Wir hätten es nicht für richtig, daß Juristen an die Spitze der Arbeitsgerichte treten. (Beifall b. d. Dem.)

Abg. Schwarzer (Bayr. Sp.) verlangt grundlegende Veränderung in der Verforgung der Kriegsbeschädigten. Der größte Teil der Bedürftigen gehe jetzt trotz der Zuschüsse leer aus. Die Zuschüsse sollten einfach zur Grundrente zugeschlagen werden.

Abg. Hebel (Wirtl. Bg.) schließt sich dem an und verlangt Hilfe für den Mittelstand, der durch die staatlichen Verfügungen in der Inflationsperiode an den Bettelstab gebracht worden sei. Der Mittelstand müsse an den Wohltaten der Sozialversicherung teilnehmen können. Vom Artikel 164 der Verfassung, der dem Mittelstand den Schutz des Reiches verleihe, ist noch nie Gebrauch gemacht worden. Dieser Artikel sei nur gemacht worden, um den Mittelstand dumm zu machen. Die ganz unpraktische Wohnungspolitik müsse gründlich umgestellt werden. Der Hausbesitzer gehe bei der Zwangswirtschaft zugrunde.

Abg. Jensen (Döschg.) bebauert die langen Reden, die doch keine praktische Wirkung hätten. Er selbst werde in fünf Minuten fertig sein. (Heiterkeit und allgemeiner Beifall.) Hilfe für die

der beste Schutz der Republik.

Dem Volkspital, dem Wucherzins und der Dividendenpolitik der Banken müsse zu Leibe gegangen werden. Dann werde auch Geld für die sozialpolitischen Aufgaben da sein. Damit schließt die Aussprache.

Abg. Gol (Dnall.) bestreitet in einer persönlichen Bemerkung die Behauptung des Abg. Stetter, daß er die

Schwerkriegsbeschädigten auf die Straße geworfen

habe. Die Kriegsbeschädigung dürfe allerdings nicht als Freibrief für kommunisistische Hehe gelten. (Wahl b. d. Komm.)

Abg. Stetter (Komm.) sieht in dieser Bemerkung eine Bestätigung seiner Behauptung.

Die Anträge, die die Kriegsbeschädigten betreffen, werden einem besonderen Ausschuss, die übrigen dem Sozialpolitischen und dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Am 7½ Uhr vertagt sich das Haus auf heute, Freitag, 12 Uhr mittags. Auf der Tagesordnung stehen die Verträge mit Hauen und Eßland sowie Inflationen über die Notlage der Landwirtschaft und des Weinbaues. Nationalsozialistische und kommunistische Anträge auf Erweiterung der Tagesordnung (Wirtschafts- und russische Handelsdelegation) werden abgelehnt.

Justizdebatte im Landtag.

Sozialdemokratische Anklagen.

Der Landtag feierte gestern die Aussprache über den Justizetat fort. Als erster Redner sprach

Abg. Kuttner (Soz.):

Das Lob, das ich unlängst im Ausschuss dem Herrn Justizminister gespendet habe, hat man etwas vorzeitig in ein Lob auf die preussische Justiz im allgemeinen umgewandelt. Ja, man hat die Umbelegung sogar auf die bayerische Justiz ausdehnen wollen. Das war doch herzlich überflüssig; denn von der bayerischen Justiz gilt ein Wort von Ferdinand Lassalle: sie ist so schwarz, das selbst ein Neger ihr gegenüber ins Weißliche zu schimmern beginnt. Wenn also die preussische Justiz im Verhältnis zur bayerischen etwas weiß erscheint, so will das noch nicht viel bedeuten. Im übrigen gilt auch von der preussischen Justiz das Wort: Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben. Raum waren wir unlängst im Ausschuss mit unseren Beratungen zu Ende, da wurde das Urteil im Thormann-Grandel-Prozess bekannt. Dieses Urteil hat bis tief in die Reihen der Rechtsparteien peinliches Aufsehen hervorgerufen. Dieses Urteil hat großen Schaden angerichtet im In- und Auslande. Was soll das Ausland von einem Staate denken, in dem Attentatsversuche, wie sie im Thormann-Grandel-Prozess in Frage kamen, ungestraft bleiben! Der Freispruch für die Attentäter war sicher in dem Augenblick, als General v. Seede erklärte, er werde gegebenenfalls auch gegen rechts schließen. Von diesem Augenblick an haben die Richter den General v. Seede im Stich gelassen.

Wenn man in Deutschland und in Preußen über die Rechtspflege spricht, dann wird immer wieder der Name Felix Fehrenbach fallen.

Es gibt kein Recht in Deutschland, so lange der Justizmord an Fehrenbach fortbesteht.

Oder ist vielleicht Bayern Justizland? Wir werden immer wieder unsere Stimme zum Protest gegen die Schmach der Verurteilung Fehrenbachs erheben. Herr Nikolaus Cohnmann, der Denunziant Fehrenbachs, ist heute als sterblicher Füllhahn entlarvt. Herr Cohnmann will wahrscheinlich seinen in östlichen Kreisen verdächtigen Namen durch seine gehässigen und schädlichen Angriffe bei den Antisemiten in Vergessenheit bringen.

Der Fall Fehrenbach ist aber nur ein Glied in einer ganzen Kette von Fah- und Racheprozessen, mit welchen ein Teil des Bürgertums sich für die Angst rächen will, die es bei der November-Revolution ausstehen mußte. Nur so ist es zu erklären, daß Leute wie Graf Arco, feige Mörderbuben begnadigt werden, während

gegen links ein förmliches Kesseltreiben inszeniert wird. Nur so ist die Hehe gegen den Minister Hermann in Thüringen zu erklären, nur so der Prozeß gegen Zelner. (Zurufe rechts: Das sind jüdische und thüringische Dinge.) Auch in Preußen haben wir ein solches Kesseltreiben gegen Personen gehabt, die heute glänzend gerichtet sind. (Zurufe bei den Kommunisten: Auch Sie, Herr Kuttner?) Die Herren Kommunisten vergessen, daß ihre Redaktoren, die mich verleumdete, vor Gericht mindestens erklärt haben, sie hätten sich an die kommunistische Zentrale gewandt und um Beweismaterial gebeten. Die Zentrale aber habe ihnen erklärt, sie habe keine Unterlagen für die Verleumdungen. (Hört, hört! bei den Soz., großer Lärm bei den Kommunisten.)

Es gibt eine Reihe von Fällen, in denen der Justizminister seine Pflicht getan hat. Trotz dieser Anerkennung für den Herrn Minister bleibt es aber Tatsache, daß der Minister nicht überall eingreifen und korrigieren kann. So hat der Oberstaatsanwalt eine Anklage gegen den Beleidiger und Bedroher des Chefredakteurs der „Vossischen Zeitung“ abgelehnt. Wir nehmen gern zur Kenntnis, daß das Justizministerium nunmehr den Oberstaatsanwalt angewiesen hat, Anklage zu erheben. Es gibt so viele Fälle, in denen noch immer mit zweierlei Maß gemessen wird. Wenn es sich z. B. um Arbeitertumulte handelt, dann ist man rasch bei der Hand mit dem Prozeß. Handelt es sich aber um antisemitische Ausschreitungen, dann ist man merkwürdig zurückhaltend. Wenn ein Oberpostdirektor beleidigt wird, dann erklärt eine hohe Justiz, solch eine Beleidigung sei schlimmer als die eines Ministers, da es sich bei einem Oberpostdirektor um einen Beamten handle, während ein Minister nur durch einen minderwertigen Kubhändler gewählt werde. Der Herr Justizminister sollte auch gegen Justizbeamte einschreiten, die sich erlauben, den Reichspräsidenten als Mann mit der Ballonmütze zu beschimpfen und sich als Beamte geradezu unqualifizierbar verhalten, wie das z. B. in Erfurt vorgekommen ist. (Der Justizminister bemerkt, daß ein Disziplinarverfahren eingeleitet ist.) In Schneidemühl ist ein Schlosser wegen Beleidigung des Reichspräsidenten zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt worden und man hat seine Armut als strafmildernd herangezogen. Nicht immer wird und wurde die Armut als strafmildernd betrachtet. Als vor dem Kriege ein Schlosser auf der Plattform der Strahnenbahn seinem Herzen Luft machte und sagte, den Reichspräsidenten v. Jagow soll der Teufel holen, wurde der arme Teufel zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Die preussische Justiz verfährt in der Belämpfung der Feme-morde. Auf ihr Konto ist es zu schreiben, wenn der Hauptorganisator dieser Morde, Herr Ruge, entwich.

Dann noch ein Wort zu den Massenprozessen. Wir leben in

einer unruhigen Zeit. Handelt es sich um Delikte, die Arbeitern zur Last gelegt werden, dann läßt man das Gesetz in seiner ganzen Schärfe wirken. So bei dem Dramburger Landfriedensbruch-Prozeß. Man hat da die Führer der dortigen Sozialdemokratie als intellektuelle Urheber zu schweren Zuchthausstrafen, zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt und unter Polizeiaufsicht gestellt. Wir verlangen hier unbedingt Remede durch das Justizministerium. Ebenso fordern wir eine Amnestie für die Verurteilten, die im Herbst des vorigen Jahres während der Inflationszeit infolge des Hungers zu Ausschreitungen sich hinreißen ließen. Die Einzelbegnadigung arbeitet zu langsam. Als wir im Hauptauschuß die Begnadigung dieser Fälle verlangten, gab man von allen Seiten zu, daß man unmöglich diese Personen, die denen der Hunger das Hauptmotiv zur Tat war, verurteilen könne, so lange nicht die Bauspekulanten der damaligen Zeit verurteilt seien.

Man hat in diesen Tagen wieder einmal den großen Philosophen Kant gefeiert. Man hat sich aber dabei nicht daran erinnert, daß Kant das Wort gesprochen hat, wo es keine Gerechtigkeit gäbe, lohne es sich nicht zu leben. In Italien hat es bei der Ermordung Matteotti einen Sturm des Unwillens und der Empörung gegeben. Frankreich wurde bis in seine Tiefen aufgewühlt, so lange im Fall Dreyfus die Gerechtigkeit nicht triumphierte. Nur bei uns, wo der Fall Fehrenbach noch immer zum Himmel schreit, schläft man, ist man und tut man so, als ob nichts geschehen sei. Wir jedenfalls werden keine Gelegenheit vorbegehen lassen, um das Gewissen der Nation aufzurütteln. (Beifall.)

Abg. Göbel (Z.): Am dem Grundgedanke der Unabsehbarkeit der Richter sollte nicht gerüttelt werden. Eine schärfere Trennung der Richter vorbestehenden Geschäfte und Amtshandlungen von den durch die Gerichtsfreibeitenden zu erledigenden wären wünschenswert. Daß der Abg. Kuttner in diesem Jahre im Ausschuss die Justizverwaltung gelobt hätte, wie er heute bemerkt, haben wir nicht finden können. Gegenüber den Hunderttausenden unangefochtener Strafurteile fallen doch die von ihm belämpften wirklich nicht entscheidend ins Gewicht.

Abg. Lüdtke (Dnat.): Die Notverordnungen haben sich über bestehende grundlegende Rechtsgarantien glatt hinweggesetzt. Bewiß hat die preussische Justizverwaltung in wenigen Monaten mit der Keimling Justizreform Großes geleistet; aber die Umwälzung in den Gerichten, bis hinauf zum Kammergericht, hat auch große Erfolge mit sich gebracht. Die Armenrechtsgesuche müssen besonders gründlich geprüft werden. Bei Ueberfällen auf Rationalgelder sollte die Strafe möglichst schnell den Täter ereilen. Sonst büßt sie jede Wirkung ein. Am 9. November 1918 hat, wie Herr Kuttner sich merken sollte, die Kommandantur zu Berlin Laufende von Offizieren, die sich zur Aufrechterhaltung der Ordnung zur Verfügung gestellt hatten, zurückgewiesen. Und noch dem Rapp-Buß hat man viele prominente Sozialdemokraten mit abstrakten Bärten antreffen können, die sich in diesem Bezug für sicherer hielten. (Heiterkeit rechts.)

Abg. Obuch (Unabh.) erklärt, der kapitalistische Staat lenne keine Gerechtigkeit.

Abg. Dr. Berndt (Dem.) tritt für Verstärkung des Laienelements

in der Rechtsprechung ein. Notwendig sei die Aufrechterhaltung der Schwurgerichte; eine Trennung von Schul- und Strafrecht sei nicht zu billigen. Eine Veränderung des Zivilprozesses durch die Verordnung vom 13. Februar schließe gleichfalls schwere Bedenken in sich. Die Zivilrechtspflege solle zunächst in die Hände des Einzelrichters gelegt werden. Das durch die Verordnung eingeführte Verfahren, das einer Beschleunigung dienen solle, werte nur verlangsamend. Recht angreifbar sei auch die Bestimmung, daß der Richter das persönliche Erscheinen der Parteien durch Strafe erzwingen kann. Diese Bestimmungen müßten so bald wie möglich wieder verschwinden und an ihre Stelle müsse eine einheitliche Gesamtreform treten. Auf die Geschäftsverteilung müsse die Anwaltschaft Einfluß gewinnen. Die Frage der Einführung eines numerus clausus bedürfe eingehender Prüfung; besonders die richtige Auswahl werde Schwierigkeiten machen. Jede politische Rechtsprechung müsse verschwinden; noch immer werden linksgerichtete Leute härter angefaßt. Die Staatsanwälte seien Anwälte des heutigen Staates; wo sie sich als solche nicht erweisen, müßten sie entlassen werden. Verschwinden müsse auch das offensbare Mißverhältnis zwischen rechts und links bei der Befegung der leitenden Stellen in der Justizverwaltung.

Freitag 11 Uhr: Weiterberatung. Schluß 5¼ Uhr.

Zentralverband Deutscher Konsumvereine

Am dritten Verhandlungstage wurde zunächst das Referat von August Ratz (Hamburg) über den Mißbrauch der Konsumvereine durch die Kommunisten entgegengenommen. Schon gleich zu Beginn fanden erhebliche Ermahnungen statt, verursacht durch unqualifizierbare kommunistische Zwischenrufe. Sie endeten mit dem Hinweis auf einen Weihenstepfer Delegierten, der sich auf die Karte des bekannten Dr. Bittel eingeschlagen hatte. Der Redner gestattete seinen Vorzorn zu einer gründlichen Abrechnung mit der auf Wostauer Beisehl in den Konsumvereinen betriebenen kommunistischen Parteiarbeit, deren Charakter er an einer Fülle einwandfreien kommunistischen Aktenmaterials darlegte. Die Doppelzüngigkeit und Unehrlichkeit der Agitation, die gewissenlose Verheugung wurde in schärfster Form gebremst. Die Gegner der Konsumgenossenschaftsbewegung würden die gesetzlichen Rechtsmittel gegen diese ausnützen, vor allem, wenn die Kommunisten ihnen die Handhaben geradezu auf dem Präsentierteller darbrächten. Die Erkenntnis dieser Gefahr sei ebenso allgemein wie die Empörung über die Urheber und der Wunsch, daß endlich Recheus geboten werde. Das Gesetz gestatte bei parteipolitischen Betätigung Auflösung der Vereine und der Revisionsverbände. Schweigen und Nichthandeln befördert den Verdaht der Täuschung oder gar Billigung des Treibens. Die übergroße Masse derer, die am Aufbau der Genossenschaften tätig war, sei nicht gewillt, parteipolitischen Herostaten zuliebe ihre kostbare Organisation in die Luft gehen zu lassen, so auch nur ein Steinchen des Baues verbredender Elemente preiszugeben. Sie würden deshalb rücksichtslos alle Mittel anwenden, die geeignet und erforderlich seien, weitere Schäden zu verhüten. Es handle sich nicht um eine leere Geste oder eine papierene Drohung. Wer nicht hören wolle, werde lästern. Der Verlust an Organisationen, der vielleicht entsteht, werde auch eine Reinigung der Atmosphäre, eine Befreiung des Bewusstseins und die Befreiung lästiger Störungen bedeuten. Lieber ein kräftiger Schnitt, als Vergiftung des ganzen Organismus durch ein Geschwür. Der Zentralverband denke nicht an „Ausnahmegesetze“, deshalb lege er überhaupt keinen Beschlus vor. Die geltenden Gesetze und Satzungen genügen vollst. Der Vorstand werde im Benehmen mit den Revisionsverbänden in allen Fällen, wo durch beherrschende, systematische, von parteipolitischen Absichten geleitete Mißachtung der Grundzüge und Beschlüsse die Organisation gefährdet werde, durch Befreiung der Schuldigen für die Befreiung der Gefahr sorgen.

Die Aussprache, die sehr lebhaft war und manche Zwischenfälle zeitigte, war das übliche Duell mit den Kommunisten, für die Zimmermann (Sena), Müller (Halle), Lud (Gotha), Granz (Limbach) sprachen. Sie predigten die unermessliche Weltrevolution, an der sich selbstverständlich die Genossenschaftler beteiligen müßten. Die politische Neutralität sei abzulehnen. Eine Handhabe zum Einschreiten der Regierichter liege nicht vor, da die kommunistischen Thesen nicht zum Verneinshat erhoben seien. Man wolle nur Ruhe vor der „Opposition“ haben, aber das werde nicht gelingen. Für die andere Seite sprachen Feuerstein

(Stuttgart), Friedrich (Bochum), Heinrich Kaufmann (Hamburg) und Fresno (Dortmund). Nicht die politische Ueberzeugung der Kommunisten stehe zur Erörterung, sondern die Existenz der Genossenschaftsbewegung. Die kommunistische Auffassung ihrer Grundlagen sei aus sittlichen Gründen abzulehnen. Haß, Verunglimpfung, Lüge und Heuchelei ständen dem gemeinnützigen Prinzip der Genossenschaften entgegen. Der Faschismus sei die Frucht kommunistischen Terrors. Die Masse der Mitglieder stehe nicht hinter der „Opposition“, mit der man ihrem ganzen Charakter nach nicht zusammenarbeiten könne. Der Zentrosfokus sei angesichts des stolzen Benehmens seiner Vertreter in Eisenach nicht eingeladen; das gebiete die Selbstachtung.

Im Schlusswort fertigte der Referent kurz die kommunistischen Einwendungen und Behauptungen ab.

Paul Hoffmann (Hamburg) erörterte das Nachbaderbot. Dieses habe sich zu einem Schutzgesetz für die Kleinbäckereien gegen die Großbetriebe entwickelt. Redner legte folgende Entschliessung vor: „Der Genossenschaftstag fordert bei der gesetzlichen Neuordnung der Arbeitzeit in den Bäckereien Berücksichtigung der berechtigten wirtschaftlichen Interessen der Genossenschaftsbäckereien und der Verbraucher. Großbetriebe, die in jeder Schicht mindestens vier Personen beschäftigen, müssen die Möglichkeit haben, in drei Schichten zu arbeiten. Alle übrigen Betriebe müssen die Genehmigung erhalten, durch eine beschränkte Personenzahl Vorarbeiten und Nacharbeiten zur Vorbereitung der Leige, zum Heizen der Backöfen und zum Ausbacken des Brotes während der Ruhezeit vornehmen zu dürfen. Der Genossenschaftstag erwartet, daß das Reichsarbeitsministerium und die gesetzgebenden Körperschaften den berechtigten Wünschen und Forderungen der Genossenschaften in vollem Umfang Rechnung tragen.“

Frenzag (Hamburg) stellte für den Bäckerverband fest, daß dieser an seinem Standpunkte festhalte.

Ernst Markus (Eisen) berichtete eingehend über die Lage der

Konsumvereine im besetzten Gebiet.

Aus dem Bericht, der in politischer Beziehung selbstverständlich zwangsläufig Einschränkungen erfuhr, ist zu erwähnen, daß Tarifrückgriffe der Arbeiter und politische, zu Zusammenbrüchen führende Quertreibereien die an sich außergewöhnlichen Schwierigkeiten sehr stark erhöht haben. Redner beantragt eine Entschliessung, die Anerkennung dafür ausdrückt, daß es den Vereinen des besetzten Gebiets trotz Schwierigkeiten und Verlusten möglich war, die Mitglieder mit den notwendigen Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsgütern zu versorgen und die Existenz der Vereine im allgemeinen zu erhalten. Darin lebe der Genossenschaftstag die urwüchsigste und unbeflegbare Kraft des Genossenschaftsgedankens und schöpfe daraus das Vertrauen, daß es den Konsumvereinen des besetzten Gebiets durch unermüdete und zähe Weiterarbeit gelingen werde, der etwa noch ferner entstehenden Schwierigkeiten Herr zu werden und die verursachten Schäden wieder weitzumachen. Er erwarte von den zuständigen Regierungsstellen, daß alle Kraft dafür eingesetzt werde, eine Verständigung in der Reparationsfrage mit den Besatzungsmächten herbeizuführen, damit die verkehrs- und wirtschaftshemmenden Schwierigkeiten ihr Ende finden und die Bahn für eine gesunde Weiterentwicklung unserer gelamten Volkswirtschaft und damit auch für die Konsumvereine wieder frei wird.

Die Resolution wurde ohne Aussprache angenommen.

Zu den internationalen genossenschaftlichen Angelegenheiten teilte Heinrich Kaufmann mit, daß infolge der Geldentwertung in Mittel- und Osturopa der Internationale Genossenschaftsbund von diesen Ländern nur etwa die Hälfte der fähigsten Beiträge erhalte. Der deutsche Zentralverband und auch andere Organisationen hätten nicht einmal das geleistet. Der Zentralverband habe mit Hilfe seiner beiden Zentralen in den beiden letzten Jahren nur je 100 Pfund Sterling gezahlt. Das Internationale Genossenschaftsbulletin erscheine in englischer, französischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe, die in 2573 (1923: 2843) Ausgaben ersehe, trage der Zentralverband die finanzielle Verantwortung. Er bitte, dem Komitee erhöhtes Interesse zuzuwenden. Wegen der Besichtigung der Internationalen genossenschaftlichen Ausstellung in Gent hätte bereits im Herbst 1923 Bescheid gefaßt werden müssen. Vorstand und Ausschuss seien davon ausgegangen, daß für Deutschland nur eine der Größe und der Bedeutung der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung entsprechende Beteiligung in Frage kommen könne. Sei dies nicht möglich, so sei es besser, ganz zu verzichten. Eine solchen Grundrissen entsprechende Beteiligung hätte aber so hohe Ausgaben verursacht, daß sie nicht hätten verantwortet werden können. Mittlerweile sei die Ausstellung bereits eröffnet worden. Die Frage der Beteiligung an dem vom 1. bis 4. September in Gent stattfindenden Internationalen Genossenschaftstag sei infolge der politischen Schwierigkeiten lange Zeit umstritten gewesen, jedoch sei jetzt begründete Aussicht auf Besserung vorhanden, weshalb Vorstand, Ausschuss und Generalrat beschlossen hätten, die Beteiligung zu empfehlen. Die Kosten der Delegation könne allerdings nicht der Zentralverband tragen; Genossenschaften, die in ein Interesse daran hätten, auf ihre Kosten Vertreter zu entsenden, möchten Zahl und Namen der Zentrale angeben.

Ueber Tarifangelegenheiten und den Bericht über die Tätigkeit des Tarifamtes referierte August Rasch (Hamburg). Er begründete den Antrag, die mit dem Verkehrsband und dem Verband der Bäcker abgemachten Tarife zu kündigen und die genossenschaftlichen Tarifamtsbeisitzer und je einen Vertreter der Revisionsverbände mit der Führung etwaiger Verhandlungen über neue Tarife zu beauftragen. Die geltenden Tarife seien unter Verhältnissen und Voraussetzungen abgeschlossen, die heute nicht mehr beständen, sie seien untrennbar geworden, weil sie Lasten enthielten, die die Leistungsfähigkeit der Genossenschaften übersteigen und ihre Wettbewerbsfähigkeit völlig in Frage stellen. Daher müsse verhandelt werden, Vereinbarungen zu treffen, die der veränderten Sachlage Rechnung trügen.

Auf Vorschlag Knoll wurde eine formelle Aenderung vorgenommen, der der Referent zustimmte. Knoll gab weiter eine Erklärung zu Protokoll, welche die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Genossenschaften betraf.

Der Antrag wurde angenommen. In den Vorstand wurden Ernst und Lorenz, in den Ausschuss Bobbig, Lesche und Böhm, in das Tarifamt und die Fortbildungscommission gleichfalls die bisherigen Mitglieder wiedergewählt.

Die Jahresrechnung, der Voranschlag und die Beiträge für 1924 wurden genehmigt.

In seinem Schlusswort sagte Lorenz knapp und treffend die Bedeutung der Tagung und ihrer Beschlüsse zusammen, beginnend mit dem Dank an die Ulmer Freunde. Es bleibe bei der Neutralität, der Selbsthilfe, der Selbstverwaltung, der Verantwortung und dem hohen Ziel, das der Wahlspruch des Ulmer Konsumvereins kennzeichnet: „Ich diene dem Volk!“

„Revolutionäre“ Gewerkschaftsarbeit.

Die noch gewerkschaftlich eingestellten Kommunisten können die Schäden nicht mehr übersehen, die durch die jahrelange kommunistische Unterminierungsarbeit in den Gewerkschaften angerichtet wurden. Es graut ihnen selber vor den Früchten der kommunistischen Drachenjaat. In die „Rote Fahne“ vom 26. Juni hat sich eine Betrachtung eingeschlichen mit der Ueberschrift „Revolutionäre Gewerkschaftsarbeit“, die ungewollt eine vernichtende Kritik der kommunistischen Quertreibereien in den Gewerkschaften darstellt.

Zunächst wird festgestellt,

„daß zurzeit bei großen Teilen der deutschen Arbeiterschaft, in unzähligen Betrieben in Berlin und in anderen Städten eine Passivität Platz gegriffen hat, die sich in schlimmster Weise für das gesamte Proletariat auswirkt. Es gibt sehr viele Betriebe, wo die Unternehmer sich ungeheure Provokation erlauben



„Marxisten — was sind das eigentlich für Leute, Hugo?“
„Faule Leute, die die Arbeiter ausnutzen und selbst nichts tun wollen.“

können, längerarbeiten, Ueberstunden, Akkordabzüge usw. Die Arbeiter ballen die Faust, schimpfen, machen aber mangels genügenden Zusammenschlusses nichts dagegen, sondern führen die Befehle des Kapitalisten, wenn auch murrend, aus. Ja, es gibt zahlreiche Betriebe, wo sich kein Arbeiter mehr dazu hergibt, sich als Betriebsratsmitglied aufstellen zu lassen und wo die Belegschaft stillschweigend zusieht, wie der Unternehmer einen ihm genehmen Betriebsrat ernannt. Gewiß ist es nicht in allen Betrieben so schlimm bestellt, aber es gibt zurzeit verhältnismäßig wenig Betriebe, wo die Geschlossenheit, die engste Zusammenarbeit der gesamten Belegschaft und der Widerstandsgeist und Kampfesmut gegen jede Verschlechterung der Arbeits- und Lohnbedingungen so ist, wie er sein sollte.“

Woher kommt das? Anstatt dieser Frage auf den Grund zu gehen, wird einerseits die Arbeitslosigkeit und andererseits das verräterische Verhalten der Gewerkschaften als Ursache angegeben. Schlimmer als die Wirkungen, „die ein großes draußensitzendes Arbeitslosheer auf die noch im Betriebe Arbeitenden ausübt“, seien „die Folgen der arbeitgemeinschaftlichen Politik und Taktik der Gewerkschaften, denn sie haben verschuldet, daß das Vertrauen der Masse zu den Gewerkschaften geschwunden, daß eine Massenflucht aus den Verbänden einsetze, so daß heute in vielen Betrieben die Unorganisierten die große Mehrzahl darstellen.“

Diese falsche Darstellung der Ursachen hat die KPD, ihren Gläubigen mit solchem Eifer und solcher Ausdauer eingetrichtert, daß sie sich bei ihnen festgesetzt hat. Die Wirkungen der systematischen Hege gegen die „Sozialverräter“, die Gewerkschaftsbezugslosen, „die gelben Reformisten“, der ganzen kommunistischen Parolen gegen die Gewerkschaften, der Jellenbauerei innerhalb der Gewerkschaften, die Lohndubielei der Unorganisierten, kurzum der ganzen Quertreiberei, konnten nicht ausbleiben. Das Vertrauen zu den Gewerkschaften wurde mit allen Mitteln untergraben, die Beitragsgläubigen als Klassenkämpfer gefeiert und die Unaufgeklärten mit Weltrevolutionssphrasen gesüßert, so daß es kein Wunder ist, wenn der Austritt aus den Gewerkschaften und die Provozierung des Ausschusses als „revolutionäre Tat“ galt. Bis endlich die Kommunisten ihre Taktik umstellten, zur Beibehaltung der Mitgliedschaft aufforderten, weil sie die Gewerkschaften als Ganzes erobern wollten. Ihre Taktik hat sich inzwischen bestmöglich wiederum geändert. Die kommunistischen Parteimitglieder sollen solange in ihrer Gewerkschaft bleiben, bis ihre Partei für die einzelnen Berufe und Industrien einen eigenen Laden aufgemacht hat. Daher auch die folgende Strafpredigt für die Maulhelden, deren Verhalten zuerst als „revolutionär“ gefeiert wurde, heute aber beim rechten Namen genannt wird:

„Wir haben an dieser Stelle schon oft genug das, wenn auch verständliche, so doch im höchsten Grade schädliche Herauslaufen aus den Gewerkschaften verurteilt. Was aber noch verurteilungswürdiger ist, ist die Tatsache, daß es Arbeiter gibt, die nicht nur das freiwillige Herauslaufen aus den Gewerkschaften für revolutionär halten, sondern ihre pseudorevolutionäre Gesinnung und Betätigung so weit treiben, daß sie sagen: Ich übernehme keine Funktion mehr, weder im Verband als Vertrauensmann, noch im Betrieb als Betriebsrat, wie ich überhaupt jeden Kampf um diesen „Kleinram“ ablehne. Wir kämpfen nur für die Diktatur des Proletariats und den Sturz des Kapitals. Diese Arbeiter kommen sich sehr revolutionär vor, in Wirklichkeit läuft ihre Tätigkeit auf eine ganz gefährliche Passivität hinaus.“

Wohlgemerkt, das schreibt nicht der „Vorwärts“, sondern die „Rote Fahne“, der wir darin durchaus zustimmen. Wir haben von vornherein betont, daß hinter all den ehemaligen gelben unsolidarischen und streikbrecherischen Elementen, die sich im Handumdrehen als revolutionäre Klassenkämpfer aufspielten, nichts weiter steckte, als jämmerliche Spießbürgerei, die bei Proletariaten weit über ist als bei ihren ursprünglichen Trägern. Der KPD waren alle Nachläufer gut genug, wenn sie ihr nur nachliefen und sich als Stoßtrupps gegen die Gewerkschaften gebrauchten ließen.

Fretlich, die „Rote Fahne“ verfolgt mit ihren Ausführungen nicht etwa den Zweck, die Gewerkschaftsbewegung, die die Kommunisten so sehr geschädigt haben, wieder zu größerer Entschlossenheit kommen zu lassen. Sie will die Hege nicht etwa eingestellt, sie will sie verschärfen wissen. Sie will mehr kommunistische Funktionäre in den Gewerkschaften, da man innerhalb der Verbände und ihrer Funktionärskörper „die schändliche Politik der kapitalfreundlichen Verbandsführer brandmarken“, die Masse den Reformisten entreißen könne und sie „nicht nur ideologisch, sondern, wenn es durch die Spaltungspolitik der Amsterdamer nicht anders möglich ist, sie auch organisatorisch (in der „R. F.“ unterstrichen) auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes herüberzuleben“. Das sei revolutionäre Tat.

Diese Anweisung zu „revolutionärer“ Gewerkschaftsarbeit ist nicht allein von dem kommunistischen Agitationsbedürfnis diktiert, sondern mehr noch von der nicht ganz unbegründeten Befürchtung, daß den kommunistischen Lagerherren die Gewerkschaftsleute davonschwimmen, der kommunistische Einfluß in den Gewerkschaften allmählich mehr und mehr abflaut. Der Besetzungsprozess muß durch gründliche systematische und gediegene Aufklärungsarbeit der Gewerkschaften gefördert und beschleunigt werden. Es soll die KPD zu revolutionieren durch Erkenntnis. Die Agenten der russischen Auslandspolitik müssen sich damit abfinden, daß der deutschen Arbeiterschaft die Besserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen näher liegt als das Apportieren der Weltrevolutionssphrasen.

Das Schicksal der Reichsbahn.

Die Eisenbahner und das Sachverständigengutachten.

In einer allgemeinen Funktionärskonferenz der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Eisenbahnerverbandes sprach Dr. Böler vom A.D.B. über die Wirkung des Sachverständigengutachtens auf die deutschen Eisenbahner. Der Referent ging zunächst auf die Wirkungen der Vorschläge auf die allgemeinen politischen Verhältnisse ein: Die Vorteile des Gutachtens liegen besonders darin, daß es zu seiner Erfüllung die Wiederherstellung der staatlichen und wirtschaftlichen Selbstständigkeit Deutschlands zur Voraussetzung hat. Die Leistungen nach dem Gutachten sollen alleinige Leistungen sein; alle anderen Lasten fallen fort. Die Voraussetzung für die Erfüllung des Gutachtens ist weiter die Herbeiführung und Erhaltung der Stabilität der Währung. Das Gutachten macht positive Vorschläge dazu. Die Leistungen können in Sachwerten erfolgen. Dr. Böler äußerte Bedenken, ob die empfangsberechtigten Länder uns ohne Gefahr für ihre eigene Industrie alle Leistungen in Sachwerten abnehmen werden. Es werden daher auch Restbeträge in bar geleistet werden müssen, doch sind hier Vorkehrungen getroffen, die eine Gefährdung der Währung bei Ueberweisung der Beiträge ins Ausland verhindern sollen.

Der Referent kam nun auf die Auswirkungen des Gutachtens auf die Eisenbahner selbst zu sprechen. Das Betriebsziel der Eisenbahn soll grundlegend geändert werden. In erster Linie muß in Zukunft die Rentabilität des investierten Kapitals im Vordergrund stehen. Die Eisenbahn soll also in erster Linie Profit abwerfen. Das wird zur Folge haben, daß die Eisenbahnverwaltung zu einer Aenderung der Tarif- und Betriebspolitik und auch der Personalpolitik kommen muß.

Die Eisenbahn wird eine Aktiengesellschaft werden. Auf 38 Jahre muß das Reich die Konzeption auf den Betrieb der Eisenbahn dieser Gesellschaft überlassen. Wenn auch das Eigentum an der Eisenbahn dem Reich vorbehalten soll, ist doch in Wirklichkeit ein Verfügungsrecht so gut wie nicht vorhanden. In dem Maße, in dem das Reich seinen Aktienbesitz veräußern muß, schwindet auch sein Einfluß im Verwaltungsrat. Damit büßt aber das Reich von der wirtschaftlichen und politischen Macht der deutschen Eisenbahn viel ein. Die Uebernahme dieser Macht war vielleicht auch ausschlaggebend für Stinnes, als er seinerzeit die Eisenbahnen haben wollte. Mit der Aenderung der Organisationsform wird also ein ungünstiger Einfluß auf die Arbeiter- und Beamtenchaft zu erwarten sein.

Die Abschaffung der Verkehrssteuer als Reparationsleistung wird dem Reich eine namhafte Einnahmequelle entziehen. Diesen Ausfall wird das Reich also wieder in Gestalt von neuen Steuern einbringen müssen, die natürlich die Arbeiterschaft stark belasten werden. Der Redner ging weiter auf die sonstige Belastung der Eisenbahn durch das Gutachten ein.

In der Frage der Veräußerung der Stammaktien liegt die zukünftige Eigentumsfrage der Eisenbahn begründet. Hier wird die politische Kräftekonstellation im Reich ausschlaggebend sein, in welchem Maße die Regierung gezwungen sein wird, ihr Besitzrecht an der Eisenbahn zu verkaufen. Ein weiterer Befahrenspunkt liegt in der Beeinflussung der Tarifpolitik durch die Aktierten und in ihrer Auswirkung auf die allgemeine Handelspolitik Deutschlands und damit auf die Gesamtwirtschaftsführung.

Am Schluß seiner interessanten Ausführungen glna Dr. Böler auf die Auswirkungen des Gutachtens auf die Personalpolitik der Eisenbahn ein. Das Gutachten nimmt an, daß die Gehälter und Löhne der Eisenbahner nur halb so hoch wie die der englischen und amerikanischen Eisenbahner sind. Bei der Festlegung dieser Ansicht scheint der deutsche amtliche Lebenshaltungsindegen einen unheilvollen Einfluß ausgeübt zu haben. Es wird sich also ergeben, daß die Löhne und Gehälter nicht in dem wünschenswerten Maße aufgebessert werden können. Die sozialen Verhältnisse des Eisenbahnpersonals werden in Zukunft nach rein privatkapitalistischen Grundsätzen geregelt.

Für die Eisenbahner werden sich an die neue Aktiengesellschaft folgende Forderungen ergeben:

Uebernahme aller Beamten und Arbeiter mit allen Rechten und Verpflichtungen; Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisationen; Zahlung ausreichender Gehälter und Löhne; Aenderung der Gehälter und Löhne nur nach Vereinbarung mit den Organisationen; Anerkennung und Ausbau der Betriebsvertretungen; Wahrung der Beamtenrechte der bisherigen Reichsbahnbeamten und vor allem ist eine Vertretung des Personals im Verwaltungsrat zu fordern. Darüber hinaus muß verlangt werden, daß das Deutsche Reich durch Befehl Gewährleistung für alle durch die Eisenbahn-Aktiengesellschaft nicht erfüllten Verpflichtungen übernimmt.

Die Versammlung nahm das instruktive Referat mit starkem Beifall auf; von einer Aussprache wurde Abstand genommen.

Wetter für morgen.

Wetter für Berlin und Umgegend. Trocken und ziemlich heiter bei mäßigen westlichen Winden.
Für Deutschland. In der Mitte leichte Regenfälle, sonst größtenteils trocken, im Binnenlande fortwährend warm.

